

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis druckunverändert
Bietzeit 25 Pf. monatlich 1.10 Bf.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
jeber deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereine
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 20. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Arbeiterfrauen!

Cure Kinder müssen hungern!

22 000 Kinder gehen im Winter, 36 000 Kinder
im Sommer ohne ein Morgenbrot in die Schule.
In Berlin allein bleiben 14 000 Kinder ohne
Frühstück, darunter 9900 schulpflichtige. 179 000
Schulkinder erhalten des Mittags im Winter nur
einen kalten Imbiß, im Sommer sind es etwa
113 000. Kein Abendessen genießen im Winter
15 000, im Sommer 22 000 schulpflichtige Kinder.

Diese Zahlen galten nach unparteiischen Fest-
stellungen von Lehrern für die Jahre 1907 bezw.
1908.

Seit jener Zeit ist die Not noch gestiegen.

Der Brot- und Fleischwucher trägt die Haupt-
schuld an Eurem Elend, an dem Hunger Eurer
Kinder.

Arbeiterinnen und Mütter!

Protestiert am Dienstag gegen Ausbeutung
und Rechtlosigkeit!

Die Parlamentschlacht
in Budapest.

Aus Wien wird uns vom 18. September geschrieben:
Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat es gestern eine
berühmte Schlacht gegeben. Das ist nun nicht mehr bildlich
zu nehmen, sondern ganz wirklich: zwischen den Polizisten,
die der Schutz auf dem Präsidentenstuhl in den Sitzungssaal
gerufen hatte, und den oppositionellen Abgeordneten entspannen
sich regelrechte Faustkämpfe, und nur der Umstand, daß die
Polizisten in erdrückender Uebermacht waren - etwa 240 Poli-
zisten gegen 60 Abgeordnete, die überdies seit früh im
Dienst der gewalttätigen Obstruktion standen und daher
recht ermüdet waren - führte den „Sieg“ der Polizei her-
bei, den Sieg nämlich, daß die gewählten Abgeordneten aus
dem Saale der Volksvertretung hinausgeschmissen wurden und
die Konstabler unter der Führung des nun schon berühmten
Polizeioberinspektors Pavlit, der derzeit die eigentliche Stell-
vertreter des gekrönten apostolischen Königs in Ungarn
ist, das Feld behaupteten. Die Szenen, die sich gestern
im ungarischen Abgeordnetenhaus abspielten, lassen in ihrer
Scheußlichkeit alles weit hinter sich, was jemals an
Schändung des Parlamentarismus erlebt worden ist. Die
Opposition, die alle „Friedensverhandlungen“ zurückgewiesen
hat und, wie selbstverständlich, auf der Enthebung des
Kammerpräsidenten Lufacz-Tisza kategorisch beharrt, hatte
gestern, da das Parlament nach den Julistürmen zusamen-
trat, die lärmende Obstruktionstaktik sofort auf-
genommen. Da wird nun nicht mehr gestritten oder mit den
Hautdeckeln geklopft, da treten alle Lärminstrumente in Aktion,
die es nur gibt, Trompeten, Pfeifen, Automobillhupen und
Sirenen, Weder, kurz alles, womit sich wahrstimmiger Lärm
erzeugen läßt, kam zur Verwendung. Die Antwort des Tisza
war gleichfalls die alte: er ließ die Polizisten einmarschieren
und gab ihnen den Auftrag mit, die Abgeordneten, die er sich
notiert hatte, hinauszuschleusen. Das geschieht nun ganz
regelmäßig im ungarischen Abgeordnetenhaus; es muß
also nachdrücklich hervorgehoben werden, daß es durchaus
geschäftswidrig ist, daß dem Präsidenten das
Disziplinarmittel der Ausschließung gar nicht zusteht, und
daß er noch weniger das Recht hat, Polizei zu holen,
und Polizei einmarschieren zu lassen. Daß der Präsident
über die militärische Gewalt schrankenlos verfügt, zeigt eigen-
lich die Anarchie des Staates an. Die Oppositionellen, die
das vorige mal schon der bildlichen Gewalt, verkörpert in
dem Vandalentum des Pavlit, gewichen waren, setzten sich
diesmal in wahrstimmiger Erregung zur Wehr. Die Abgeordneten
verbarrikadierten sich gerabezu zwischen der Ministerbank
und den Sitzungsbänken und es währte Stunden, bis die
Polizei ihrer Herr geworden war. Manche Abgeordneten mußten
von zehn Polizisten überwälzt werden und wurden, an Kopf
und Füßen gehalten, in aller Form hinausgeschleift. Zwischen
den Abgeordneten und den Polizisten gab es ununter-
brochen Schlägereien, von den erbitterten Schimpfworten, die
da ausgefaßt wurden, nicht zu sprechen. An dem Wider-
stand beteiligten sich diesmal auch die hochgeborenen Feudalen
und so wurden unter anderen Graf Kowoy, Graf Andrássy,

zwei Grafen Karoly, zwei Grafen Bathanyi, Graf Jichy „ent-
fernt“. Ehemalige Präsidenten des Abgeordnetenhauses, ehe-
malige Minister, Seiner Majestät Geheimräte, Universitäts-
professoren, sie alle warf der Pavlit mit hinaus. Die
interessanteste Episode war es freilich, als ein schlichter
Polizist - (Poljak ist der Name des Wadern) - dem Befehl
den Gehorsam versagte und dem Kommandanten erklärte, er
lege nicht Hand an die immunen Volksvertreter. In der
heutigen Sitzung, in der die Opposition das Feld übrigens
freiwillig räumte, war das Haus Zeuge, wie sich der Handels-
minister auf die Opposition mit geballter Faust stürzt, von
einigen oppositionellen Abgeordneten zu Boden geworfen und
windelweich geprügelt wird. Kurz, der ungarische Parlamen-
tarismus hat sich in das wildeste Vetyarentum verwandelt,
das in ähnlicher Rohheit auch auf der Ruszta schwerlich zu
finden sein dürfte.

Das Selbstverständliche wäre nun, daß die zwei Lumpen,
die allein diese Entwürdigung auf dem Gewissen haben, ent-
fernt werden. Hier von dem parlamentarischen Majoritäts-
recht zu reden, das ihnen angeblich zur Seite steht, ist einfach
ein Stumpfsinn. Wie war es denn? Die Lufacz und Tisza
haben, als sie, um des Wehrgesetzes willen, die gewissten
Bestimmungen der Geschäftsordnung mit Füßen traten, das
Recht der Opposition schände vergewaltigt. Daraufhin hat
sich diese, da auf ihre geschäftsordnungsmäßigen Proteste
nicht geachtet wurde, zu außerordentlichen Protesten, zu
dem der Lärmobstruktion gezwungen gesehen, worauf sie,
wieder ohne geschäftsordnungsmäßiges Recht, der Tisza mit
Polizei- und Militärgewalt hinausgeschleusen ließ. Und das
soll sie sich gefallen lassen und danach soll sie mit den zwei
Schurken paktieren? Auf Gewalt gibt es nur eine Antwort:
nämlich wieder Gewalt. Wenn es den Nachhabern recht
ist, daß das ungarische Parlament nun nur unter dem
Schutze der Bajonette tagen kann, und Sitzung um Sitzung
Polizei einmarschiert, um die Abgeordneten hinauszuschleusen,
kann es der Welt, die das Privilegienparlament haßt und
verachtet, nur angenehm sein. Daß sie es oben, so sehr
sie die Pose der Unnachgiebigkeit annehmen, nicht lange aus-
halten werden, ist ziemlich sicher; zumal dann, wenn die
Opposition ihre Absicht, in gleicher Art die ungarische
Delegation, die am 23. September in Wien zusammentritt,
zu behandeln, zur Ausführung bringt. Natürlich wären
all diese Schändlichkeiten, wie so viele andere, zum Beispiel
das Schandregime des Kommissärs in Kroatien, nicht möglich,
wenn in der Hofburg nur ein Gran Vorstand vorhanden
wäre. Aber dort scheint sich nun der politische Schwachsinn
häuslich niedergelassen zu haben, der von den Strebern und
Halunken in der ungarischen Regierung natürlich nach Herzens-
lust mißbraucht werden kann.

Budapest, 19. September. (Privattelegramm.) Die Regierung
hat Budapest in ein Krieglager verwandelt. Ungeheure Massen
Militär und Gendarmen sind nach Budapest gezogen worden und
die Polizeimannschaften befinden sich ununterbrochen im Dienst. Auch
darin prägt sich der Kriegszustand aus, daß die Regierung den
Nachrichtendienst überwachen läßt. Es ist nicht möglich,
telefonisch und telegraphisch etwas über die Absichten der Opposition
weiterzugeben, ohne daß die Polizei davon Kenntnis erlangt. Bald
genug wird vielleicht auch der Briefdienst solcher Ueberwachung aus-
gesetzt. Die Opposition und insbesondere die Leitung der Arbeiter-
partei werden sich natürlich auch dadurch nicht abhalten lassen, den
Kampf fortzuführen. Die Leitungen tagen in Permanenz.

Ueber die für Mittwochabend angelegte Demonstration
der Arbeiterpartei und Studentenschaft ist noch zu berichten: Die
Mahren der Polizei konnten die Demonstration nicht verhindern.
Bei Anbruch der Dunkelheit um 6 Uhr abends besetzten Husaren-
eskadrons sämtliche Verkehrsstraßen und Knotenpunkte der Stadt.
Zahlreiche Gendarmepatrouillen und Polizeimannschaften postierten
sich auf den Straßen. Die gesamten Rettungsmannschaften, 8 Ambulanz-
wagen, 4 Autos mit 65 Doktoren und Heilgehülften eröffneten ihre
Verbandsstationen auf offener Straße, und alles war bereit, die
Demonstranten zu empfangen. Bis 7 Uhr abends regte sich nichts.
Kurz nach 7 Uhr begannen die Arbeiter in kleinen Trupps sich in
den Straßen zu sammeln. Die Taktik der Arbeiter war heute eine
ganz andere, und so kam es, daß trotz der riesigen Vorbereitungen
der Polizei die Demonstration vollkommen gelang. Die Polizei hatte
die Arbeiterviertel abgesperrt, um so das Zu-
strömen der Arbeiter nach den inneren Stadtvierteln zu verhindern.
Dies konnte jedoch die Polizei nicht durchführen. Während die
Gendarmen- und Polizeiaufgebote an der Peripherie der Stadt
den Arbeitermassen den Einzug in die inneren Stadtteile ver-
wehrten, zog ein Trupp Arbeiter vor das Lokal der Opposition
und begann dort, Hochrufe auf die Opposition auszubringen. So-
fort stürzte die Polizei, ohne auch nur den Befehl auseinanderzu-
geben, zu erlassen, auf die Demonstranten und vertrieb dieselben.
Nach kurzer Gegenwehr gelang dies. Damit glaubte die Polizei
der Demonstration ein Ende bereitet zu haben. Unterdessen zog
jedoch das Gros der Arbeiter nach der Elisabethstraße, dem verkehrs-
reichsten Stadtviertel der Hauptstadt. Die elektrischen Wagen wurden
mit Steinen beworfen, aufgehalten und in einem Moment war der
ganze Straßenbahnverkehr eingestellt. Gaslaternen wurden zer-
trümmert und um 1/9 Uhr abends war dieses Stadtviertel voll-
ständig finster. Nun begann der Kampf zwischen Militär,
Gendarmen und Polizei einerseits und der Arbeiter-
schaft andererseits. 32 Verwundete, darunter ein Polizist,
liegen im Rospitalspital. Hunderte von Leichtverwundeten
wurden von den Samaritern verbunden und befinden sich

in häuslicher Pflege. Ein Polizist befindet sich ebenfalls unter
den Schwerverwundeten im Spital. Zur selben Zeit wurde unter
den Demonstranten ein Flugblatt der sozialdemokratischen Partei
verteilt, worin dieselben aufmerksam gemacht wurden, daß das
morgige Parteiorgan die weiteren Anweisungen über das Verhalten
für Donnerstagabend bringen werde. Erst nach 10 Uhr gelang es
dem riesigen Aufgebot von Militär und Polizei, die Straße herzu-
stellen.

Demerkenswert ist es, daß das amtliche Organ der Regierung,
der „Pester Lloyd“, in seiner Donnerstags-Ausgabe an erster Stelle
betont, daß es sich wieder einmal gezeigt habe, daß die ge-
samte Heeresmacht in Budapest nicht im stande
war, die Demonstration der Sozialdemokratie zu
verhindern.

Die Donnerstagsnummer des deutschen Parteiorgans, der
„Volkstimme“, wurde soeben konfisziert. An der Spitze des Blattes
befindet sich ein Aufruf, in welchem gesagt wird, daß die Arbeiter-
schaft die Gesetze nicht zu respektieren braucht; zu
einer Zeit, wo die Opposition im Reichstage geschicklich behandelt
wird, sei die Arbeiterschaft vollkommen berechtigt, auf geschicklicher
Weise die Ehre der Nation zu retten.

Neben der Arbeiterdemonstration ging eine Demonstration
der Studenten einher. Bei den Studenten befanden sich auch
oppositionelle Abgeordnete, die Ansprachen hielten. Ein
ehemaliger Staatssekretär im Handelsministerium erklärte,
Lufacz habe gegen die zehn Gebote gesündigt, insbesondere habe er
gegen das Gebot verstoßen: Du sollst nicht stehlen! Der frühere
hohe Staatsbeamte klagte den Ministerpräsidenten öffentlich an, daß
er gestohlen, auf Kosten des Staats sich bereichert habe, und
daß mit solchen Männern nicht öffentlich verkehrt werden könne.

Die Opposition gab auch ein Flugblatt heraus, das mit dem
Wilde Lufacz „geziert“ ist und in dem so schwere ehrenrührige Vor-
würfe gegen Lufacz erhoben werden, daß, wie es heißt, in keinem
gesitteten Lande der Welt ein solcher Mann eine öffentliche Stelle
einnehmen könnte.

Das Regierungsorgan kündigt an, daß es künftig keine
Parlamentsberichte mehr bringen werde, um Ungarn nicht vor dem
Auslande bloßzustellen.

Der Parteitag.

Chemnitz, 19. September 1912.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Genossen Roske nahm
die gestern abgebrochene Debatte über das Stichwahl-
abkommen ihren Fortgang, doch kamen nur noch 2 von
den 26 vorgemerkten Rednern zu Worte. Beide sprachen
gegen das Abkommen. Genosse Pappenheim-Schwabe
legte Nachdruck auf ein besseres Studium des Verhältnisses
zwischen Antisemiten und Liberalen, während Genosse Pie-
Steglich seine schon aus der Verbandsgeneralversammlung
Berlin bekannte überhöflich pointierte Kritik gegen die
Dämpfungsklausel richtete. Sie trug ihm eine vor dem
Forum des Parteitages unserer Meinung nach überflüssige
Abrückenerklärung der übrigen Delegation von Teltow-
Deeslow ein. Die Position des Genossen Scheidemann
war insofern ungünstig, als die Debatte nur Offensivhöhe
gegen sein Referat ausgelöst hatte. Er erwiderte mit großer
Ruhe und hatte den Erfolg, daß der Parteitag mit großer
Majorität auf seinen Wunsch über alle zum Stichwahlabkom-
men vorliegenden Anträge des Tadels wie der Billigung
zur Tagesordnung überging.

Die mit graufiger Regelmäßigkeit wiederkehrenden
Grubenkatastrophen hatten den Parteitag veranlaßt, sich auch
noch mit der Frage des Bergarbeiterstreiches zu be-
fassen, zu der Genosse Sue sprach. Als einer der gründ-
lichsten Kenner der Bergarbeiterverhältnisse gab er seinen
Darlegungen den unwiderleglichen Ernst des Sachmannes
und die Wärme des überzeugten Streikers gegen soziale
Krebsgeschäden. Grubenunfälle und Hochkonjunktur stehen
in einem unheilvollen Zusammenhang. Die öffentliche Meinung
und die Behörden regen sich aber immer erst, wenn die Ver-
lustliste des „Armeekorps der Kohle“ durch eine Massen-
katastrophe erschreckend anschaulich wird. Von hervorragender politi-
schem und sozialem Interesse war, was Genosse Sue über
die wahren Ursachen der Katastrophe auf der Höhe Vohbrin-
gen und über die Art, wie Wilhelm II. darüber informiert
wurde, sagte. Der Wahrheitswert der von der Bergbehörde
anlässlich dieser Katastrophe an den „Vorwärts“ gesandten
Verichtungen wurde in den Ausführungen des Genossen
Sue gleichfalls in das rechte Licht gesetzt. Nach scharfer
und berechtigter Kritik des Siderheits- oder richtiger Unsicher-
heitsmännerstems, nach Hinweis auf die soziale Struktur
der Bergarbeiterpartei und auf die perfide und verräterische
Haltung des christlichen Bergarbeiterverbandes im letzten
Streik legte Genosse Sue dar, daß die bei den Bergarbeitern
nach all den schweren Prüfungen und Enttäuschungen an den
Tag tretende Muthlosigkeit durch eine energische Willensstär-
kung des Parteitages zugunsten der Grubenproletarier
zerstreut werden könne. Diese Kundgebung erfolgte denn
auch durch debattelose Annahme der eingebrachten Resolution.

Seinen schriftlichen Bericht über die Tätigkeit der
Reichstagsfraktion ergänzte sodann Genosse Stad-
hagen mit Ausführungen über die Duelldebatten, die Sol-
tung der Partei beim Kaiserhoch, den Fall Landsberg usw.
und betonte zum Schluß, daß bei aller Erfüllung der parla-
mentarischen Pflichten und bei aller Ausnutzung der parla-

mentarischen Situation die Erziehung unserer Wähler zu überzeugten Klassenkämpfern die Hauptaufgabe sei.

In der Diskussion wurde die Verhandlung dramatisch belebt, sobald die Frage der Sonderkonferenzen angeschnitten wurde. Diese viel umstrittene Frage fand in Genossen Hoch einen feurigen Verteidiger, dem durch Zwischenrufe mit gleicher Hitze aus dem gegnerischen Lager geantwortet wurde. Der schon in der Presse erörterten, wahrlich nicht weiter-schütternden Eisenacher Zusammenkunft schenkte der Parteitag eine ganz unbedeutende lebhaftige Beachtung. Genosse Frank-Mannheim antwortete auf die Angriffe Hochs und suchte die Unschuld der revisionistischen Seite an Sonderkonferenzen darzulegen, ohne viel gläubige Seelen zu finden. Immerhin gab er die feierliche Versicherung ab, daß er und seine Freunde auf diese zu ungelunden Konsequenzen führenden Verlogenheiten verzichten wollen, wenn die linke Seite auch dazu bereit sei. Da nun gar Genosse Bebel nach einigen historischen Rückblicken zur Einstellung dieser Richtungs-zusammenkünfte riet, können alle auf diesen Gegenstand sich beziehenden Anträge, die unter anderem auch von den Genossen Hennschel-Berlin 6 und Lorenz-Niederbarnim begründet worden waren, als erledigt gelten. Genosse Bebel wandte sich auch gegen einen Antrag, der sich gegen Doppellandidaturen richtete.

Die Ausführungen des Genossen Meerfeld-Köln über die Präsidentenwahl und den Besuch bei Gose fanden offenbar nur bei einem kleinen Teil des Parteitagess williges Gehör. Genosse Bebel trat ihnen entgegen. Wirkungslos waren die Ausführungen des Genossen Haupt-Magdeburg, der eine energische Stimmung des Parteitagess gegen die empörende Haltung der behördlich geschützten Streikbrecher-rowsds verlangte.

Mit recht gut gewählten Argumenten vertrat Genosse Baron-Brandenburg einen von ihm gestellten Antrag, der auf Klärung über die theoretische Seite der Reichspressefrage ufw. hinausläuft.

Nach einer an Irrungen reichen Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich der Parteitag auf Freitag. Vorher hatte er einem Sympathietelegramm an die Wahlrechtskämpfer und an die Opfer reaktionärer Brutalität in Budapest seine Zustimmung gegeben.

Zur Teuerung.

M. Gladbacher Doppelzüngigkeit.

Wir erhalten folgende Verichtigung auf Grund des § 11:

Die Nr. 215 vom 14. September des „Vorwärts“ enthält einen Artikel: „M. Gladbacher Doppelzüngigkeit“, der die Zentrale des Volksvereins einer widerspruchsvollen Haltung beschuldigt. Es heißt u. a. darin:

„In der von M. Gladbach inspierten Kölnner Versammlung forderten die christlichen Gewerkschaftler die dauernde Einfuhr von Gefrierfleisch und Ermäßigung der Vieh- und Fleischzölle — zwei Tage darauf fordert ein gleichfalls aus der M. Gladbacher Zentrale stammender Zeitungsartikel noch höhere Vieh- und Fleischzölle, für den Fall, daß das Gefrierfleisch die heutigen Wucherpreise tatsächlich herabdrücken sollte! Die Kölnner Demonstration war das Werk der gewerkschaftlichen, der Artikel dasjenige der agrarpolitischen Abteilung der M. Gladbacher Zentrale. Man darf dessen gewiß sein, daß der Artikel zum Ausdruck bringt, was die liberalen Dreißiger wirklich denken, daß die Resolution aber demagogisches Scheinwerk ist.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß die Beschlüsse der Kölnner Versammlung weder von der gewerkschaftlichen Abteilung der M. Gladbacher Zentrale noch überhaupt von der Volksvereinszentrale „inspiert“ waren. Der angezogene Zeitungsartikel ist weder von der Volksvereinszentrale noch von irgend einem Mitglied derselben verfaßt worden und steht zu ihr in absolut keinem ursächlichen Zusammenhang. M. Gladbach, den 18. September 1912.

Zentralstelle des Volksvereins.
Dr. S. Brauns,
Direktor.

Die Zuschrift kann nicht leugnen, daß zu gleicher Zeit von Zentrumsleuten sowohl Ermäßigung als auch Erhöhung der Fleisch- und Viehzölle gefordert wurde. Weder sollte nicht der M. Gladbacher Zentrale eine zwiespältige Haltung zugetraut werden, die sich die gesamte Zentrumsparlei täglich leistet?

Erlaß für den Ausfall an Einfuhrzöllen.

Auf einer Konferenz zur Fleischteuerung in Stuttgart führte der württembergische Minister des Innern v. Bischof aus, daß die Aufhebung des Einfuhrzölles auf Futtermittel der Reichsstaatskasse einen Ausfall von 68 Mill. Mark verursachen würde. Ohne entsprechende Ersatzsteuer könne an eine Aufhebung des Zölles daher nicht gedacht werden. — Solch ein Erlaß ist leicht gefunden. Das geltende Einfuhrzöllystem raubt der Reichsstaatskasse jährlich mehr als 100 Millionen Mark. Man beseitige es und die gewünschten Millionen sind vorhanden. Da wir aber auch die Abschaffung der Lebensmittelzölle fordern, empfehlen wir noch eine andere Ersatzquelle, die Erbschaftsteuer. Die württembergische Regierung kann also ruhig im Bundesrat die Aufhebung des Zölles vertreten, die ebenso wichtig wie die auch vom Minister befürwortete Milderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes ist.

Fleischnotgeschrei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist „lebhaft überrascht“, daß der Landwirtschaftsminister die Genehmigung zur Einfuhr von Schlachttvieh aus Oesterreich-Ungarn nach Polen gestattet hat. In ihrem Vorgehen sammelt sie etwas von „Verminderung des unbedingt notwendigen Seuchensinnes“ und unndigem „Zugeständnis an das Fleischnotgeschrei“. Da die Tiere sofort in Polen geschlachtet werden müssen, kann natürlich von Seuchengefahr keine Rede sein. Recht können wir der „Tageszeitung“ allerdings darin geben, daß die Erlaubnis kaum einen Einfluß auf die Fleischpreise ausüben wird. Der Mangel an Schlachttvieh ist nämlich so groß, daß die auf Polen beschränkte Maßregel nicht helfen wird. Man muß eben alle Grenzen für Schlachttvieh und vor allem für gefälschtes Fleisch öffnen — dann wird die Fleischnot völlig beseitigt werden.

Bescheidene behördliche Maßregeln.

Wie die „Neue Politische Korrespondenz“ erzählt, wird eine Vorlage der preussischen Staatsbahnverwaltung über die Verlängerung des Ausnahmearziffs für Fleisch von frischegeschlachtetem Vieh von dem demnächst zusammentretenden Landesparlament verhandelt werden.

Kommunen und Teuerung.

Die Stadtverordneten in Lüdenscheid i. Westf. wählten auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zwei Stadtverordnete, die gemeinsam mit dem Magistrat Schritte zur Linderung der Fleischnot unternehmen sollen. Der Erste Bürgermeister Dr.

Jodisch erklärte, daß er einen Bericht über die kommunale Schweinezucht in Ulm einfordern habe.

In Köln a. Rh. wurde am Donnerstag zum erstenmal das von der Stadtverwaltung aus Dänemark in 72 halben Tieren bezogene Rindfleisch an die Schlächter abgegeben und von diesen zu den von der Stadt festgesetzten Preisen: 70—83 Pf., und von 90 Pf. für Rostbraten und 1,20 M. für Filet verkauft. Die Stadt wird jede Woche 88 geschlachtete Tiere aus Dänemark beziehen, da die Sachverständigen das Fleisch als von sehr guter Beschaffenheit bezeichneten. — Die Befürchtung, daß die Schlächter Obstruktion treiben würden, hat sich nicht bestätigt. Es wurde von den Metzgermeistern mehr Fleisch verlangt, als die Stadt liefern konnte. Wohl aber haben die von der städtischen Konkurrenz bedrohten Fleischimporteure und Großschlächter gleichfalls eine große Menge von Fleisch auf den Markt gebracht, so daß der Kölnner Schlachthof sozusagen von Fleisch überflutet war. Es war von den Importeuren eine ganze Menge dänischen und holländischen Fleisches herbeigebracht worden, das von den Vertretern mehrerer rheinischer Stadtverwaltungen, wie Arefeld und Mülheim a. Rh., gekauft wurde. Nach inländischem Fleisch wurde wenig gefragt, so daß es stark im Preise sank und unter dem Einkaufspreis abgegeben werden mußte.

Der Danziger Magistrat wendet sich an den Reichsanwalt mit der Bitte, dafür einzutreten, daß aus Rußland oder Oesterreich-Ungarn bis auf weiteres möglichst bis zu 300 Schweine in plombierten Wägen zum sofortigen Abschachten in das städtische Schlachthaus zu Danzig eingeführt werden dürfen; ferner, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien und Australien nach Deutschland möglichst erleichtert, der Zoll für diese Einfuhr womöglich vorübergehend aufgehoben und die Untersuchungsgebühr ermäßigt werde. Die zweite Bittschrift des Magistrats ist an den Landwirtschaftsminister gerichtet. In ihr wird gebeten, zu erwägen, ob nicht in Danzig eine Quarantäneanstalt für bänische und schwedische Rinder eingerichtet werden kann.

In Flauen i. B. haben Stadtrat und Stadtverordnete in gemeinschaftlicher Sitzung einstimmig eine Petition zur Teuerung an den Bundesrat und die sächsische Regierung beschloffen. Sie führt aus, daß die Fleischpreise in letzter Zeit außerordentlich gestiegen sind und der Verbrauch daher bedeutend abgenommen hat. Sie wünscht Beseitigung der zehnjährigen Quarantäne, Aufhebung des § 12, der Grenzsperrre für Schweine, Ermäßigung der Zölle auf Vieh und Fleisch, Aufhebung der Zölle auf Futtermittel, Postfall der sächsischen Schlachthaussteuer, Ermäßigung der Eisenbahnfrachtkosten für Vieh und Fleisch.

Das Gewerkschaftsforum und eine gegen die Lebensmittelteuerung stattgefundene Protestversammlung hatten den sächsischen Körperschaften ebenfalls Anträge gegen die Fleischteuerung zugehen lassen. Diese Anträge wurden aber nicht berücksichtigt.

Während der Rat und die Stadtverordnete über die Maßnahmen gegen die Fleischteuerung verhandelten, bröckelten die Wahlrechtskrise der etwa 8000 Personen starken Wahlrechtsdemonstration dumpf in den Sitzungssaal hinein. Mit der Ruhe bei den Verhandlungen war es darauf vorbei.

Wo bleiben die Ärzte?

Ein Berliner Arzt bittet um Aufnahme folgender Zuschrift: Vorwiegend wächst die Protestbewegung gegen die ungeheure Preissteigerung der allernotwendigsten Lebensmittel, insbesondere des Fleisches. Zuerst traten die Arbeiter auf den Plan, dann die Frauen, die Städte, gewisse Schichten des liberalen Bürgertums, gewisse Berufe — wie die Hebammen, Gastwirte usw., nur ein Stand fehlt bis heute noch, ein Stand, dessen Vertreter von Rechts wegen ganz im Vordergrund dieser Protestaktion stehen müßten: die Ärzte!

Wo bleiben die Ärzte?

Handelt es sich doch um Fragen, die im Kern ihres Wesens Fragen der Volksgesundheit sind. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, sollten doch wahrlich die beruflichen Vertreter und Verfechter der Volksgesundheitspflege, die Ärzte, ganz im Vordertreffen des Kampfes stehen. Wo also, so frage ich, bleiben die Ärzte, die nach einem Ausspruch Virchows „die natürlichen Anwälte der Armen sind“, die Vertreter der medizinischen Wissenschaft, die nach Reumann „in ihrem innersten Kern und Wesen eine soziale Wissenschaft ist“.

Da sind in dieser Woche die Frauenärzte zu einem internationalen Kongreß zusammengetreten. In einer Zeit, in der die Frage des Geburtenrückganges bei allen zivilisierten Völkern einen breiten Raum in der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten einnimmt, eine Frage, die bei uns als eine „bedenkliche Erscheinung“, als eine „nationale Gefahr“ von der Regierung hingestellt wurde, eine Frage, auf die nach einem Ausspruch Rümehns der „Wechsel der wirtschaftlichen Bedingungen, wie Teuerung und Wohlstand der Lebensmittel einen sehr beträchtlichen Einfluß ausüben“. Was hätte für einen Kongreß der Frauenärzte näher gelegen, als daß diese Frage, die alle Völker in gleicher Weise beschäftigt, vom Standpunkt der medizinischen Wissenschaft aus einer Erörterung unterzogen wird? Eine Erscheinung, die nach dem Urteil Pistoris als Folge einer immer mehr zunehmenden Verteuerung der Lebenshaltung hingestellt wird, die zum großen Teil durch die überwiegend im Interesse der unerlässlichen und geldgierigen Agrarier ins Leben getretene Geizgehung unaufrichtig ist. Kein Wort von alledem! Kein Wort über die schweren Schädigungen, die eine Unterernährung auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett ausüben, kein Wort, daß die Preissteigerung der allernotwendigsten Lebensmittel deshalb ist an der geringen Süßblütigkeit breiterer Schichten. Kein Wort über die sozialen Ursachen der zunehmenden Frühgeburten und Aborte, kein Wort darüber, daß nach einem Ausspruch des Professor Seib in Erlangen „die heutige Wochenbettshygiene eine Hauptaufgabe darin sieht, für eine möglichst ausgiebige Ernährung der Wöchnerin zu sorgen“.

Alle diese Fragen standen nicht auf der Tagesordnung, so bemerkte mir einer der Teilnehmer des Kongresses und ein anderer sagte hinzu: „ein wissenschaftlicher Kongreß darf nicht in die Arena des politischen Tageskampfes hinabsteigen, die Wissenschaft ist nur der Wissenschaft halber da.“ Die Wissenschaft ist um der Menschheit willen da, und wenn diese Menschheit unter Erscheinungen leidet, die gegen die Ergebnisse dieser Wissenschaft sprechen, dann haben die Vertreter dieser Wissenschaft nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, laut ihre Stimme zu erheben und zu warnen vor den Folgen solcher Erscheinungen. Was nützt alles Kämpfen gegen die Tuberkulose, was nützt die Errichtung von einigen wenigen Lungenheilstätten belogen, was nützt und der Kampf gegen die Sänglingssterblichkeit, was die Errichtung weniger Säuglingsfürsorgeeinrichtungen, wenn die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, die doch am meisten von diesen Wägern der menschlichen Gesellschaft heimgesucht sind, sich dauernd, von Jahr zu Jahr in steigendem Maße, im Stadium der Unterernährung befinden, hervorgerufen durch eine volks-gesundheitsfeindliche Politik einer Regierung, die „Raubden treibt in dem größten Aktivum des Staates, dem Menschen“.

Wo bleiben also die Ärzte?

Darf man sich da wundern, wenn in breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Gedanke auftaucht, daß die Ärzte nur dann geschlossen auf den Plan treten, wenn es sich um die Vertretung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen handelt, aber da versagen, wo die Interessen der Volksgesundheit auf dem Spiele stehen?

Kun: wir Ärzte wissen, daß die Gesundheit eines Menschen in hohem Grade abhängig ist von der jugendlichen Ernährung. Diese jugendliche Ernährung ist für die arbeitende Bevölkerung durch unsere agrarische Geizgehung immer mehr im Schwinden begriffen. Die Volksgesundheit steht auf dem Spiel!

Darum: Ärzte heranz! Erhebt euch zu gemeinsamem Protest! Erhebt laut eure Stimme! Die Stimme der Wissenschaft kann der Staat nicht überhören!

Der zweite rote Dienstag.

Amsterdam, 18. September 1912. (Sig. Ver.)

Mit einem Nachspruch wollte der Haager Bürgermeister Karneboel die diesjährige Wahlrechtsdemonstration des holländischen Proletariats zerbrechen. Mit der Macht der Waffe beantwortete dieses die Willkürherrschaft des holländischen Potentaten. Das Recht zur Demonstration hat es sich erhalten, indem es sein Recht auf die Straße handhabte.

Unter dem offenen und geheimen Druck der herrschenden Klasse und der Regierung hatte der Haager Bürgermeister den für den Eröffnungstag der 2. Kammer geplanten Demonstrationsumzug für das allgemeine Wahlrecht nicht gestattet. Sein Verbot scheiterte an dem festen Willen der Arbeiterklasse. Nachdem an den vorhergehenden Tagen bereits in den meisten Städten Hollands Versammlungen und Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer stattgefunden hatten, führten am Dienstag 50000 Züge die Delegierten und andere Teilnehmer nach der Residenzstadt, den Haag. Auf dem ausgedehnten Sportfelde Houtrust fand ein Rieseneeting statt, bei dem von 12 Tribünen vor etwa 80—85000 Arbeitern und Arbeiterinnen auf die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen und Männer hingewiesen wurde. Aus den Ansprachen der Redner sprach durchweg die Erkenntnis, daß es einer mehr revolutionären Betätigung des Proletariats bedürfe, um von der herrschenden Klasse das Wahlrecht zu erzwingen. Als Mittel hierzu wurde von den Tribünen der Massenstreik und die Massenbewegung empfohlen. Nach den kurzen Ansprachen verließen die Massen den Versammlungsplatz. Aus zehn Gruppen mit je einem Parteivorstandsmittglied und zehn Haager Genossen an der Spitze bildeten sich zehn große Demonstrationen, die ohne Hindernis die Straßen des vornehmen Teiles von Haag auf verschiedenen Wegen durchzogen, mit Ausnahme von der Polizei beobachtet. In der Umgebung des Parlamentsgebäudes floßen die Massen wieder zusammen. Ein Hoch von Polizei und Militär schützte die Kammermitglieder vor allzu enger Berührung mit dem Volke. Zwei Stunden lang stürzten die Massen vor dem Parlamentsgebäude auf und nieder.

Unter dem Singen sozialistischer Kampflieder, von der Polizei auseinander getrieben und sich wieder sammelnd, formten dann die Arbeitermassen von neuem einen Demonstrationsumzug, der den Herrschenden zeigte, daß auch das holländische Proletariat sich immer mehr seiner Aufgabe im Klassenkampf bewußt wird, und daß es nicht gewillt ist, sich von neuem überhöhlen und mit irgend einem scheinbar erweiterten Wahlrecht abspeisen zu lassen. — In der von der Königin bei Eröffnung der Kammer verlesenen Thronrede verspricht die Regierung noch in diesem Jahre Anträge für die Verfassungsänderung einzubringen. Da die Wahlrechtskommission bisher zu keinem Entschlusse über das neu zu schaffende Wahlrecht gekommen ist, wird das Proletariat auch weiter ein wachsam Auge haben müssen auf das, was die christliche Regierung ihr als Wahlrecht bieten wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September 1912.

Ein sauberer Plan.

Nach einer Mitteilung der „Tägl. Rundschau“ verfolgt die Schwarzburg-Rudolstädter Regierung mit dem von ihr promovierten Konflikt nicht den Zweck, einen Verfassungskonflikt heraufzubeschwören und in diesem die Entscheidung des Bundesrats anzurufen, sondern sie will lediglich auf den Landtag eine starke PreSSION ausüben, damit dieser sich, eingeschüchtert und des Widerstandes satt, willig der Diktatur der Regierung fügt und gutheißt, was der Staatsminister v. d. Rede ihm zur Genehmigung vorlegt. Da der Schwarzburg-Rudolstädter Kleinrat keine einjährigen Etatsperioden hat und überdies das Verfassungs-gesetz der Regierung die Möglichkeit bietet, unaufsichtbare Gesetze im sogenannten Verordnungswege zu erlassen, so beabsichtigt allem Anschein nach Freiherr v. d. Rede, den Landtag so lange zu vertagen, bis dieser sich in das ihm zugedachte Joch spannen läßt.

Die „Tägl. Rundschau“ schreibt:

Es ist durchaus unangebracht, im gegenwärtigen Augenblick von einem drohenden Verfassungskonflikt in Schwarzburg-Rudolstadt zu sprechen, und daher entfallen vorerst alle Hinweise auf den § 76 der Reichsverfassung, der bekanntlich bei Verfassungskonflikten in einem Bundesstaat auf Anrufen die Entscheidung des Bundesrats vorseht. Es liegen in Schwarzburg-Rudolstadt zwischen Regierung und Landtag erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Rechte der Exekutive und Legislative vor. Es darf aber angenommen werden, daß es an Berufenen nicht fehlen wird, eine Verständigung herbeizuführen. Zu einer derartigen Verständigung bleibt reichlich Zeit, denn die thüringischen Staaten haben bekanntlich zwei- und dreijährige Etatsperioden und die thüringischen Verfassungen enthalten die Bestimmungen, daß, falls ein Etats-gesetz nicht zustande kommt, die Ausgaben für die laufende Etatsperiode auf Grund des letzten Etatsgesetzes zu leisten sind. Ferner hat die Regierung den in nahezu allen Verfassungen enthaltenen Notparagrafen zur Verfügung, der es ermöglicht, Gesetze, die keine Verfassungserbunden können, unter Vorauferlegung der nachträglichen Genehmigung durch den Landtag im Verordnungswege in Kraft zu setzen. Eine Zuspitzung des Konflikts und damit die Möglichkeit, den Bundesrat zum Schiedsrichter anzurufen, kommt erst in Frage, wenn nach Ablauf der jetzigen Etatsperiode, während der die Regierung verfassungsgemäß die Ausgaben auf Grund des alten Gesetzes leistet, eine neue Etatsperiode beginnt. Theoretisch ist es ja möglich, daß bis dahin eine Einigung noch nicht erzielt ist, praktisch ist die Wahrscheinlichkeit dafür nicht sehr groß.

Beamten-Schmiergelder.

Der preussische Minister des Innern hat den Postgelbehörden einen neuen Erlaß über Beamten-Schmiergelder zugehen lassen. Die

nachfolgenden Ausführungen in diesem Erlass lassen auf ganz bedenkliche Zustände schließen:

Die auf meinem Rundbrief vom 1. April 1900 vorgelegten tobakrischen Ueberprüfungen lassen erkennen, daß hinsichtlich der den Verwaltungsbeamten zur Annahme von Geschenken und anderen Zuwendungen privater Personen zu erteilenden Genehmigungen nicht immer mit der durch die Natur der Sache gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung verfahren wird. Geht man der in der Wissenschaft und in der Rechtsprechung herrschend gewordenen Meinung folgend davon aus, daß die einem Verwaltungsbeamten seitens seiner vorgelegten zuständigen Behörde erteilte Genehmigung zur Annahme von Geschenken oder Entgegennahme anderer Vorteile für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung die Strafbarkeit des Beamten gemäß § 31 des Reichsstrafgesetzbuches ausschließt, so erwächst hieraus für die Genehmigungsbehörden die erste Pflicht, bei Ausübung der fraglichen Befugnis alles zu vermeiden, was das Empfinden der Beamten für die bestehende Rechtslage abzustumpfen oder zu zerstören geeignet sein könnte und dafür zu sorgen, daß die Integrität und das Ansehen der Beamenschaft durch die Handhabung des Genehmigungsrechts in keiner Weise beeinträchtigt wird. Von diesem Gesichtspunkte aus kann es aber beispielsweise nicht gebilligt werden, daß einzelnen Beamten gestattet wird, Geschenke oder andere Vorteile von Privaten dafür entgegenzunehmen, daß sie deren Wohnungen, Grundstücke, Geschäfte, Räume usw. überwachen, obgleich diese Überwachung zu dem regelmäßigen Dienstobliegenheiten dieser Beamten gehört, oder ferner, daß die Genehmigung dazu erteilt wird, daß zahlreicher Beamten einer Polizeiverwaltung für ihre Bemühungen zur Feststellung und Angabe öffentlicher Zustände seitens einer Gemeinde Zuwendungen in Form einer Rantente an dem Ertrage der für die Gemeindefälle zur Hebung gelangenden Luftbarkeitssteuer gemacht werden. Des weiteren muß es, wie bereits im Einzelfall wiederholt betont worden ist, als unzulässig erachtet werden, zu genehmigen, daß für Polizeibeamte, die anlässlich von Streikbewegungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder zum Schutze von Arbeitgebern oder von Arbeitswilligen herangezogen sind, von den beteiligten Unternehmern Geldgeschenke oder andere Vorteile, ein freies Quartier, sowie Verpflegung usw. gewährt werden. Ich unterlasse es, an dieser Stelle auf andere, nicht minder bedenkliche Formen von Zuwendungen an Beamte näher einzugehen, nehme aber Veranlassung, auf die in dem Rundbrief vom 21. November 1901 vorgelegten Grundzüge wiederholt hinzuweisen und die strenge Beachtung in Erinnerung zu bringen.

Daß ein Minister erst solche Verfügungen erlassen muß, ist ein Skandal. Es sollte selbstverständlich sein, daß Beamte sich unter keinen Umständen skandalieren lassen dürfen. Durch Verfügungen, wie der obigen, wird jedoch an dem Unwesen wenig geändert werden. Wo die Genehmigung versagt wird, wird heimlich gegeben und genommen, und vielfach wird man sich einer Verletzung der Genehmigung gar nicht erst aussetzen und die Schmiergelder von vornherein unter der Hand anzubringen wissen.

Geistliche als Wahlagitatoren.

Welcher am 10. d. Mts. vollzogenen Reichstagswahl in Schlettstadt hat das Zentrum wieder nach altem Brauch die katholischen Pfarrer und Kapläne als Agitatoren benützt. Wie die angeblich nichtkonfessionelle Zentrumspartei einfach ohne weiteres den niederen Klerus als Wahlmacher rekrutiert und die Pfarrer zur Wahlarbeit beordert, zeigt folgendes vertrauliche Rundschreiben, das der „Babische Landesbote“ veröffentlicht:

Schlettstadt, den 18. September 1912

Sehr geehrter Herr Pfarrer!

Da der Wahltag nahe ist, ist es wichtig, die letzten Vorbereitungen vor dem entscheidenden Augenblick zu treffen. Erlauben Sie mir also, Sie im Namen des Ausschusses zu bitten, daß Sie gütigst sich persönlich davon überzeugen, ob alles bereit ist in Ihrer Gemeinde:

1. ob die Stimmzettel genau in den Häusern verteilt sind,
2. ob unsere Vertrauensmänner am Montag, den 18. September, die Abstimmung auf dem Bürgermeisteramt überwachen.

Es ist von größter Wichtigkeit, die Namen der Abstimmenden aufzuschreiben und durch unsere Leute diejenigen unserer Parteifreunde heranzuführen zu lassen, die um 5 Uhr es noch verstimmt haben, abzustimmen. Alle Kosten werden von unserem Ausschuss gedeckt werden.

Auf der Kanzel wird man äußerste Vorsicht üben und an die Urteile des Oberlandesgerichts denken müssen.

Dr. Schott, Arzt in Schlettstadt.

Herr Schott ist Vorsitzender des Wahlvereins von Schlettstadt. Wie seine Warnung, doch recht vorsichtig zu sein, und sein Hinweis auf die Urteile des Oberlandesgerichts beweisen, weiß er ganz genau, daß die Geistlichen nicht die Kanzel zur politischen Agitation und zur Wahlbeeinflussung benutzen dürfen; aber als guter Zentrumsmoralist ist ihm das höchst schamlos — der Zweck heiligt die Mittel.

Opfer der preussischen Bürokratie.

Die preussische Ausweisungspraxis ist wieder um einen sanftlösen Fall reicher. Aus Breslau wurde die 48jährige Tischlerwitwe Schwarzer mit ihren fünf Kindern im Alter von 7 bis 13 Jahren ausgewiesen und per Schuss nach Oesterreich gebracht, obgleich die Ausgewiesene und ihre Kinder in Preußen geboren sind. Die Frau hat ihre preussische Staatsangehörigkeit jedoch dadurch verloren, daß ihr Mann ein Oesterreicher war. Vor etwa fünf Jahren starb dieser und hinterließ der Witwe sieben unmündige Kinder. Seit dieser Zeit hat sich die Frau mit ihren Kindern durch fleißige Arbeit ihren Lebensunterhalt redlich verdient, ohne jemals eine Unterstützung von irgendeiner Behörde in Anspruch zu nehmen.

Was jetzt hieße sich niemand um sie gekümmert; die Behörde wurde erst in dem Augenblick auf die Frau aufmerksam, als eines ihrer Kinder wegen wiederholten Schwänzens der Fortbildungsschule und Fortlaufens aus der Lehre in eine Zwangs- fürsorgeanstalt gebracht wurde. Damit hätte die Angelegenheit eigentlich ihr Bewenden haben können, da die Witwe sich und ihre Kinder weiterhin reichlich durch ihre Arbeit ernährte; aber mit der Unterbringung des Sohnes in der Fürsorgeanstalt war ein sogenannter Armenunterstützungsfall eingetreten, denn die Mutter konnte von ihrem schmalen Verdienst nicht auch noch die Kosten für die Fürsorgeerziehung bezahlen. Deshalb wurde sie als „lästige“ Ausländerin betrachtet, die schließlich vielleicht doch einmal dem Staat zur Last fallen könnte.

Vor ungefähr einer Woche erschien ein Polizeibeamter in ihrer Wohnung und überbrachte ihr die Mitteilung, daß sie mit ihren Kindern so schnell als möglich das preussische Staatsgebiet zu verlassen hätte. Hiesigen Witten um Zurücknahme der Verfügung fanden kein Gehör. Sie und die Kinder muhten fort. Montag früh 5 Uhr erschienen in der Wohnung der „lästigen“ Ausländerin vier Polizisten in Zivil und Uniform. Mutter und Kinder muhten sofort aus den Weiten und den Beamten nach dem Polizeikommissariat folgen. Von da ging es wieder unter polizeilicher Begleitung nach dem Hauptbahnhof, von wo sie nach Grulich in Oesterreich abgeschoben wurden.

Formell mögen die Behörden im Recht sein. Aber trotzdem bleibt dieser Vorgang ein Skandal. Das Herz ergittert bei dem

Bedenken, daß die Kerne mit ihren fünf unmündigen Kindern in einer wildfremden Stadt dem Elend preisgegeben wird.

Katholische Films.

Wir berichteten kürzlich, daß der bekannte katholische Volksverein in München-Grubbad sich nicht nur mit der Verbreitung von allerlei katholischen Schriften und Traktäthen, sondern auch mit dem Vertrieb „katholischer“ Films für Kinematographentheater befaßt. Dazu wird der „Frank. Jg.“ aus Düsseldorf geschrieben:

Es scheint noch nicht sehr bekannt zu sein, daß der katholische Volksverein von außerhalb bezogene Films von einer für die katholische Bevölkerung geeigneten Qualität an einige hundert Kinematographentheater verleiht, die sich verpflichtet haben, die Films nur aus München-Grubbad zu beziehen, und insolge dessen auch den wirtschaftlichen Schutze der Zentrums-Stadtverordneten genießen, wie die Gesandte des „Vorwärts“ beweist. Man geht in München-Grubbad sogar demnach dazu über, eine eigene Filmfabrik zu erbauen. Die Propaganda dafür besorgt eine besondere Zeitschrift „Bild und Film“, die im Oktober ihren ersten Jahrgang veröffentlicht und durch den Verlag des Volksvereins zu beziehen ist. Wenn das Kino erst als Mittel in der Wahl-agitation benutzt werden wird, so kann das gut werden. Man braucht sich nur der bunten Wahlpostkarten mit den verlogenen Bildern aus dem letzten Wahlkampfe zu erinnern, um völlig genug davon zu haben.

Zu den Unruhen in Deutsch-Südwestafrika.

Zu der gestrigen Meldung über die Aufhebung einer Eingeborenenbande in Südwestafrika berichtet das Gouvernament weiter, daß die auf der überfallenen Guldmannswert anässigen Eingeborenen früher zu den Leuten Simon Coppers gehört hatten und wegen schlechter Behandlung auf deutsches Gebiet entlaufen waren. Die Eingeborenenbande soll bei dem Ueberfalle auf die Guldmannswert den Zweck verfolgt haben, diese entlaufenen Leute wieder zurückzuführen.

Der siebente Deutsche Arbeitsnachweis-Kongress

wurde heute in Hamburg durch den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Dr. Freund-Vorlin, eröffnet. Vertreten sind die Senate Hamburg und Lübeck, das Reichsamt des Innern, das Reichsmarineamt, das Kaiserliche Statistische Amt, die Regierungen von Sachsen, Baden, Württemberg, Sachsen-Weimar, die Landesregierungen von Hannover, Westfalen, Polen und Brandenburg, das Oberpräsidium und Regierungspräsidium von Schleswig, das östereichische Handelsministerium und das dänische Ministerium des Innern. Der Kongress ist sehr stark besucht. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereinigungen sowie die Landwirtschaftskammern sind zahlreich vertreten.

Die Verhandlungen begannen mit einem Referat des Rechtsrats Dr. Fischer-Münchberg über die bisherige Wirkung des Stellenvermittlungs-gesetzes und die sich aus ihr ergebenden Reformvorschlüge.

Frankreich.

Die Flottenkonzentration im Mittelmeer.

Paris, 19. September. Zu der gestrigen Blättermeldung, daß die Entsendung des dritten Geschwaders von Dreifach nach dem Mittelmeer bis Ende Dezember aufgeschoben sei, wird offiziell erklärt, daß der Marineminister seinen Beschluß, durch den die Abfahrt der Panzerschiffe für den 18. Oktober anberaumt wurde, aufrecht erhält; nur der „Charlemagne“, der dringend der Aufbesserung bedürftig, werde in Dreifach verbleiben. Damit das dritte Geschwader vollständig in Viseria eintrifft, werde der „Charlemagne“ durch den gegenwärtig in Cherbourg liegenden „Carnot“ ersetzt werden.

Die Staatsbeamten für die Lehrer.

Paris, 19. September. Wie von mehreren Blättern gemeldet wird, beschloß der Ausschuss des Verbandes der Staatsbeamten für den Fall, daß gegen die Mitglieder der Lehrersyndikate Strafmaßnahmen getroffen werden sollten, im Verein mit dem Verbands der Staatsarbeiter eine allgemeine Versammlung einzuberufen, um eine starke Propaganda zugunsten der gemahregelten Lehrer einzuleiten.

Das lebensgefährliche Pulver.

Paris, 19. September. Dem „Matin“ zufolge ist im Laufe der Untersuchung über das Pulver der Kriegsschiffe festgestellt worden, daß sich in dem Pulver entzündliche Gase entwickeln, und zwar in so beträchtlicher Menge, daß, wenn beispielsweise bei Schießübungen eine größere Zahl von Pulverfässern gleichzeitig geöffnet würden, die Mannschaften von dem Gas stark belästigt werden. Die Marineverwaltung habe beschlossen, diese Pulvergase mittels entsprechender Ventilationsvorrichtungen aus den Pulverkammern zu beseitigen; aber es seien vielleicht noch andere Maßnahmen notwendig, um die Gefahr wirksam zu bekämpfen.

Aberufung der spanische Konsuln.

Paris, 19. September. Ministerpräsident Poincaré teilt mit, der spanische Minister Garcia Prieto habe dem französischen Volschaffter Geoffroy in San Sebastian erklärt, daß die spanische Konsuln in Marokko Amweisung erhalten hätten, sich politischer Einmischung in der französischen Zone zu enthalten und im Einklang mit der zwischen den beiden Regierungen bestehenden lokalen Freundschaft zu handeln. Spanien behalte sich die Möglichkeit vor, die ihm zur Last gelegten Tatsachen nach einer eingehenden Untersuchung richtigzustellen, aber wolle als Zeichen der Freundschaft ein, die beiden Konsuln in Mogador und Mazagan endgültig abzuberufen.

Schweden.

Der dreizehnte Senator.

Die schwedische Sozialdemokratie hat am 17. September bei der Wahl zur ersten Kammer des Reichstags in Örebro einen neuen Sieg errufen. Der von den sozialdemokratischen Kreis-tagvertretern aufgestellte Kandidat, Seminarie-Adjunkt Olsson, wurde mit 10 sozialdemokratischen Stimmen gewählt. Da nach dem Proportional-system gewählt wurde, konnte unsere Partei den einen der sechs zu besetzenden Plätze erobern. Die Liberalen erhielten 2, die Konservativen 3 Plätze für 19 resp. 23 Stimmen.

Der neue sozialdemokratische Senator vermehrt die Zahl der bürgerlichen Emigranten, die in der Sozialdemokratie das Feld ihrer politischen Tätigkeit suchen. In weiten Kreisen der Partei ist er unbekannt, und zwei der größten Parteiblätter, „Arbetet“ in Ralmö und „Ny Tid“ in Gothenburg, hatten sich entschieden gegen seine Nominierung ausgesprochen, um so mehr, als man diesmal durchaus nicht um zuverlässige aus der Arbeiterkraft hervorgegangene Kandidaten verlegen zu sein brauchte. Ihre Stellungnahme wurde freilich von dem Stockholmer Zentralorgan der Partei damit zurückgewiesen, daß der Kandidat in seinem Wahlbezirk bekannt und seit mehreren Jahren Direktor der Studiengirke des — Guttemperordens sei! Jetzt bekommt die Partei aus derselben Quelle auch zu wissen, daß der Gewählte von den Arbeitern Linköping mit einem Stadtverordnetenmandat be-traut worden ist.

Bei dieser Art, politische Mandate zu vergeben, darf man sich nicht wundern, wenn die Opposition der „Jungen“ in der Partei

immer neue Nahrung erhält. Mit dem Wobhe einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei erscheint und diese Methode schwer ver-einbar.

Türkei.

Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 19. September. Idam erklärt die Meldungen, daß die Forts die Annektion von Tripolis angenommen und die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität über Benghasi, das die Autonomie erhalten solle, verlangt hätte, für unrichtig. Das Blatt bemerkt dazu, die italienischen Delegierten seien es im Gegenteile gewesen, die die Autonomie Benghasi mit einem italienischen Residenten vorgeschlagen hätten. Die Forts habe jedoch den Vorschlag als unannehmbar befunden. Der Minister-rat werde demnach die endgültige Entscheidung treffen und den türkischen Delegierten die notwendigen Weisungen erteilen.

Auf der Seite eingegangene Nachrichten bestätigen die Mel-dungen von einem Angriff der Malissoren auf Luft. Die Malissoren seien zurückgeschlagen worden. Wegen der Er-regung, die unter den Malissoren in der Umgebung von Sulari herrscht, hat der Ministerat beschlossen, in das Gebiet von Sulari und an die montenegrinische Grenze eine Division zu entsenden.

China.

Rußland und die Mongolei.

London, 19. September. Die „Times“ melden aus Peking: In einer geheimen Sitzung des Ministerrates erklärte der Kriegs-minister, die Regierung werde sich jedem Angriff auf die innere Mongolei standhaft widersetzen, dagegen die russi-schen Bedingungen betreffend die äußere Mongolei an-nehmen. Bezüglich Tibet's erklärte der stellvertretende Premier-minister, die Regierung sei bereit, mit Großbritannien auf Grund-lage der Aufrechterhaltung des Status quo zu ver-handeln. Die Erklärungen fanden nach längerer Debatte die Zu-stimmung des Ministerrates.

Französischer Gewerkschaftskongress.

Paris, 16. September. (Fig. Ver.)

In dem großen Saale des Cercle Franklin hat heute der fran-zösische Gewerkschaftskongress seine Beratungen begonnen. Gegen 400 Delegierte repräsentieren gültige 1098 Mandate von Gewerkschaften, außerdem sind 40 nationale Verbände und 93 Arbeits-börsen und departementale Unionen vertreten. Mit den noch un-geprüften sind im ganzen 1257 Mandate angemeldet.

Als Gäste aus dem Ausland sind Genosse Sassenbach, Vertreter der deutschen Generalkommission, und Genosse Berg-maens, der belgische Gewerkschaftssekretär, anwesend. Beide haben in der Vormittags-sitzung das Wort ergriffen. Sassenbach führte folgendes aus: Es gereicht mir zur besonderen Freude, nun schon zum zweitenmal einem französischen Gewerkschaftskongress beizuwohnen. Als die französischen Gewerkschaften der in Toulouse überbrachten Einladung der deutschen Kameraden Folge leisteten, gereichte es diesen zur besonderen Freude, die Vertreter der fran-zösischen Arbeiter in Deutschland zu begrüßen, ihnen das Studium der deutschen Gewerkschafts-einrichtungen zu erleichtern und ihnen auch zu zeigen, daß die deutschen Arbeiter keine Grenzen kennen. In der Tat, wäre es nicht ein Wundersinn, die Ausgebildeten des einen Landes mehr zu lieben als die des anderen? — Seit der Zeit des Toulouser Kongresses haben die deutschen Gewerkschaften einen mächtigen Aufschwung genommen. Die 24 Millionen, die wir 1910, und die 21, die wir 1911 für Streiks ausgegeben haben, beweisen, daß wir vor dieser Kampfform nicht zurückweichen, wenn sie notwendig ist. Unsere Fortschritte verdanken wir aber nicht in letzter Linie dem Umstand, daß in Deutschland die Gewerkschaften und die Partei zusammenarbeiten und einander unterstützen. — Die Regierungen der verschiedenen Länder versuchen die Arbeiter gegeneinander aufzuheben, besonders in Frankreich und Deutschland. Gütlichweise geben sich die Arbeiter nicht dazu her. Und wir wünschen, daß die Beziehungen zwischen uns immer fester werden, zum Wohle nicht nur des Proletariats, sondern zu dem der Nationen überhaupt. (Stürmischer Beifall.)

Auch Bergmaens betonte in seiner Begrüßungsansprache das enge Verhältnis, das in seinem Land zwischen Partei und Gewerkschaft besteht und der Einheitslichkeit und Wucht des gewerkschaftlichen Kampfes keinen Eintrag tut.

Die Nachmittags-sitzung war mit der sehr lebhaften und bis-weißen stürmischen Diskussion zweier Konfliktsfälle ausgefüllt, die indes beide eine erfreuliche Lösung fanden.

Der erste betraf die Eisenbahner, bei denen sich ein revo-lutionärer Flügel von dem reformistischen „Syndikat“ losgelöst und als „Föderation der Eisenbahntransporter“ konstituiert hat. Es wurde dem Syndikat der Vorwurf gemacht, die vom Kon-föderationsvorstand angeordneten Einigungsverhandlungen ver-schleppt zu haben und sich obendrein der Aufnahme gewisser revo-lutionärer Eisenbahner unter dem Vorwand der Autonomie der Gruppen entgegen zu stellen. Sehr bemerkenswert war es, daß namhafte Redner vom revolutionären Flügel das Recht des Syndikats, als einzige Eisenbahnergewerkschaft von der C. G. T. anerkannt zu werden, verteidigten. Dieser persönlichen Stim-mung trugen denn auch die Vertreter des Syndikats Rechnung, indem sie dem Antrag zustimmten, den Delegierten der Föderation auf dem Kongress beratende Stimme zu geben. Gegen die Reso-lution stimmten nur 15 intransigente Revolutionärsyndikatskämpfer.

Die zweite Debatte drehte sich um die Textilarbeiter, deren Föderation ein von Werheim vertretener Antrag die Mandate aberkennen wollte, weil die Föderation nur für etwa ein Drittel ihrer Mitglieder die Beiträge an die Konföderation geleistet hat. Als Grund werden die Tendenzen der C. G. T. und die Ablehnung des Propozes angegeben. Mit demselben Recht könnten die Bau- und die Metallarbeiter ihre Beitragsleistungen einschränken, wenn die Abstimmung nach Äpfeln angenommen wird. Werheim protestiert dagegen, daß man den Revolutionären immer Gegnerschaft gegen die hohen Gewerkschaftsbeiträge vor-wirft. Die Metallarbeiter und Bauarbeiter haben die stärksten Beiträge, unsere unablässigen Bemühungen gelten der Organi-sation.

Jouhaux weist in einer Rede gegen Renard, den Sekretär der Textilarbeiter, darauf hin, daß die C. G. T. für das internationale Sekretariat ihre Beiträge für 400 000 Mitglieder leiste, obwohl sie mit den in der Internationale vorherrschenden Tendenzen nicht einverstanden sei. Wir schreiten vorwärts, und wenn das in unseren Verhältnissen nicht zum Ausdruck kommt, so darum, weil die Textilarbeiter und andere ihre Pflicht nicht erfüllen. Ich bin nicht für die Ausschliefung, aber dafür, daß wir die Textilarbeiter energisch an ihre Pflicht mahnen. Wir lieben die Internationale nicht weniger als Renard und darum wollen wir ihre Kraft erhöhen, indem wir unsere Schuldigkeit gegen die nationalen Organisationen tun.

Die Debatte schließt in befriedigender Weise, dank einer Er-klärung Renards, daß die Textilarbeiter voll eingezahlt werden, sobald eine genügende Kontrolle geschaffen ist, daß alle Organi-sationen zahlen. Eine diebezügliche Resolution über die Beitrags-pflicht und die obligate Vorlage der Organisationsbilanz wird angenommen.

Am Schluß der Sitzung werden Sympathie-resolutionen für die Opfer der Klassenregierungen in den verschiedenen Staaten sowie für die französischen Lehrergewerkschaften angenommen. Der Vorsitzende Chaubin, Sekretär der Lehrergewerkschaft der Seine, nimmt die Gelegenheit wahr, um mit dem Dank seiner Kameraden dem Proletariat die Solidarität mit seinen Hoff-nungen und Bestrebungen auszusprechen und zugleich gegen die Verleumdungen der Lehrerschaft zu protestieren.

Gewerkschaftliches.

Deutschnationale Sprengkolonnen!

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat sich durch eine besonders noble Kampfweise seinen Gegnern gegenüber ausgezeichnet. In aller Erinnerung sind die Schlachten, die dieser Verband — nicht nur bildlich — dem Zentralverband der Handlungsgehilfen als seinem gefährlichsten Gegner geliefert hat. Totschläger und Summknüppel haben in diesen Kämpfen eine wenig ehrenvolle Rolle gespielt oder sollten sie mindestens spielen.

Die Deutschnationalen machen wieder mobil! Zur Vorbereitung der Wahlen für die Körperschaften der Privatbeamtenversicherung hat sich in Berlin eine „Freie Vereinigung“ gegründet, welche die Wahl allzu reaktionär gesinnter Vertreter verhindern will. Zu heute abend hat diese Freie Vereinigung eine öffentliche Privatbeamtenversammlung nach den Germania-Sälen in der Chausseestraße einberufen. Das hat die „Nationalen“ auf den Plan gerufen, die folgendes Zirkular verfaßt haben:

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
Ortsgruppe Berlin. Berlin, den 17. 9. 1912.

Sehr wichtig!

An unsere Herren Vertrauensmänner!

Am kommenden Freitag, den 20. September 1912, hält in den „Germania-Prachtsälen“, Chausseestraße 110, die sogenannte

Freie Vereinigung

eine öffentliche Versammlung ab über die Angestelltenversicherung. Die dem Hauptausführenden Verbände haben beschlossene, diese Versammlung zu besuchen. Redner werden anwesend sein.

Die Freie Vereinigung hat besonders uns, D. N. S. angegriffen. Es ist deshalb notwendig, daß von unserer Seite die Versammlung stark besucht wird. Wir bitten Sie daher, in Ihren Kreisen für starken Besuch zu sorgen. Die Deutschnationalen und die dem Hauptausführenden Verbände werden dann spielend in dieser Versammlung die Mehrheit haben.

Sie wissen, daß die Freie Vereinigung, insbesondere die Wandler mit rücksichtslosen Waffen kämpfen und dann, wenn ihre Leute nicht Ruhe halten, versuchen werden, das uns und dem Hauptausführenden in die Schuhe zu schieben. Deshalb halten Sie bitte unsere Freunde dazu an, daß sie die Redner der Freien Vereinigung in aller Ruhe anhören und sich selbst durch ausgesprochene Aufputzungsversuche nicht aus der Ruhe bringen lassen.

Wir haben ein hohes Interesse daran, einmal den Mitgliedern der Freien Vereinigung auseinanderzusetzen, und zwar in aller Ruhe, wie sie von ihren Führern genaschürt werden.

Sie sind Vertrauensmann, auf Sie verlassen wir uns unter allen Umständen. — Wir bitten Sie noch, Ihre Mitglieder anzukommen, daß sie die Planken des Saales, die Ecken und die Gänge besetzt halten.

Sie selbst nehmen am besten unmittelbar vor der Rednertribüne Platz, damit sie aufmerksam verfolgen können, was gesprochen wird. Noch eins: Die Zeit des Beginnes der Versammlung haben die „Freien“ noch nicht bekanntgegeben. Wahrscheinlich werden sie versuchen, den Saal vor Erscheinen der Gegner zu besetzen. Deshalb heißt es für uns: möglichst zeitig erscheinen! Bei um 7 Uhr Geschäftsbesuch hat, geht unmittelbar in die Versammlung. Wer früher Schlus hat, kann schon eber da sein!

Also: Alle Mann ran! Uns Deutschnationale greift niemand ungestraft an!

Seil Ihnen! Ortsgruppe Berlin.
gez. Fischer.

Man beachte die Strategie der Deutschnationalen! Ihre Mitglieder sollen die Planken des Saales, die Ecken und die Gänge besetzt halten! Die harmlosen Besucher der Versammlung werden also regelrecht eingekreist! Die Führer der Nationalen nehmen unmittelbar vor der Tribüne Platz und geben von dort aus ihre Ordre! Was dem „Temperament“ der Nationalen gegenüber die leise Ermahnung zur Ruhe zu bedeuten hat, kann man sich denken, wenn auf der anderen Seite ein regelrechter Schlachtplan vorliegt, nach dem man „mit geistigen Waffen“ operieren will. Die friedliebenden Privatbeamten, die im Ernst ihre Interessen wahrzunehmen gedenken, werden gut tun, sich so zeitig einzufinden, daß der strategische Aufmarsch der „Nationalen“ zur Unmöglichkeit wird!

Berlin und Umgegend.

Beitragserhöhung im Holzarbeiterverband.

Die von der Berliner Ortsverwaltung für notwendig erachtete Erhöhung des Beitrages ist schon vor einiger Zeit in den Bezirken diskutiert worden und die letzte Generalversammlung hat die endgültige Entscheidung über die von der Verwaltung beantragte Beitragserhöhung der Gesamtvertrauensmännerversammlung übertragen, die am Donnerstag im Konfordinaal tagte. Die Versammlung war ungewöhnlich stark besucht. Wenigstens 2000 Vertrauensmänner hatten sich eingefunden. — Blocke begründete den Antrag der Verwaltung, der dahin geht, daß der Wochenbeitrag von 1 M. auf 1,25 M. erhöhe, der halbjährliche Gesamtbeitrag von 1 M. aber nicht mehr erhoben wird. Der Redner führte unter anderem aus: Die große Arbeitslosigkeit in den Jahren 1908 und 1909 hat bedeutende Mehrausgaben verursacht. Auch in den folgenden Jahren war die Arbeitslosigkeit und deshalb auch die Unterstützung immer noch recht groß, besonders in der Bauindustrie herrscht immer noch eine schlechte Konjunktur. Ferner ist zu berücksichtigen, daß Berlin besonders hohe Zuschläge nicht nur zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sondern auch zur Streikunterstützung zahlt. Weiter fällt ins Gewicht, daß vor kurzem nicht nur die Unterstützungsätze erhöht wurden, sondern auch die Zeit, für die sie gewährt werden, verlängert worden ist. Aus alledem ergibt sich, daß die dauernde finanzielle Belastung der Zahlstelle Berlin nicht geringer werden wird. Bis jetzt ist es möglich gewesen, mit dem Beitrage von 1 M. auszukommen, aber es kann dabei für den eigentlichen Zweck des Verbandes: Kampf für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht genug zurückgelegt werden. Jetzt steht eine Tarifbewegung bevor. Es ist sicher anzunehmen, daß der Tarif gekündigt wird und daß die Kollegen Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne stellen wollen. Es kann also wieder zu schweren Kämpfen kommen, die natürlich große Ausgaben erfordern. Für diesen Fall muß sich die Organisation durch Stärkung ihres Kampffonds heiligen rüsten. Wenn die Unterstützungen in der bisherigen Weise weitergezahlt und auch die Hauptaufgabe des Verbandes, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht vernachlässigt werden soll, dann muß der Beitrag in der vorgeschlagenen Weise erhöht werden.

Es kam zu einer regen Diskussion. Der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung konnte sich keiner der Redner verschließen, jedoch wurde von vielen verlangt, daß diese Angelegenheit durch Abstimmung entschieden werde. Auch darüber gingen die Meinungen auseinander, ob die Beitragserhöhung eine dauernde oder eine vorübergehende sein solle. Doch sie für den Kampfweg, also unter allen Umständen bis zum Abschluß der Tarifbewegung erhoben werden soll, darüber herrschte vollkommene Einigkeit.

Ein Antrag auf Abstimmung wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. — Mit sehr großer Mehrheit beschloß die Versammlung, vorläufig vom 1. Oktober ab einen Beitrag von 1,25 M. wöchentlich zu erheben. Das Abstimmungsergebnis wurde mit lebhaften Bravo-rufen aufgenommen.

Die Aussperrung im Dachdeckerberufe.

Die Dachdecker und Hilfsarbeiter waren am Mittwochabend recht zahlreich zu einer Versammlung erschienen, in der Verbandsvorsitzender Diehl-Frankfurt über den bereits acht Wochen währenden Kampf referierte. Redner zeichnete in kurzen Strichen ein Bild von dem seitens des Unternehmertums in übermütiger Weise vom Jaun getriebenen Konflikt. Die Unternehmer seien nicht gewillt, den Frieden zu erhalten; sie haben den Krieg heraufbeschworen, weil sie den Zeitpunkt für gekommen erachteten, den Gehilfen eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Die Gehilfen hätten den besten Willen, den Frieden zu erhalten; sie haben den Krieg nicht verschuldet. Jetzt aber siehe die wirtschaftliche Existenz der Arbeiter auf dem Spiele und deshalb gelte es, den Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Er habe bisher acht Wochen gedauert und werde in derselben Weise bis zum siegreichen Ende geführt werden. Waren die Kollegen bisher einig in allen Maßnahmen, so werden sie auch in Einigkeit und Geschlossenheit den Sieg erringen.

Aus dem im Anschluß an das beifällig aufgenommene Referat gegebenen Situationsbericht geht hervor, daß 42 Firmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen schriftlich anerkannt haben. Eine Firma hat die Unterchrist auf Drängen des Arbeitgeberverbandes und der Jannung wieder zurückgezogen. 37 Firmen haben ihre Arbeiter noch ausgesperrt, deren Gesamtzahl 328 beträgt.

Die Polizei hat sich natürlich auch wieder als „Beschützerin der Arbeitswilligen“ in den Dienst des aussperrungswütigen Unternehmertums gestellt. So kann man seit etwa 14 Tagen in Treptow beobachten, wie fürsorglich man sich um einen Arbeitswilligen bemüht. Auf den Neubauten in der Eisen- und Riefholstraße vertritt der Sohn des Unternehmers Krüger aus Dohrenneudorf Hausreifebedienstete. Frühmorgens wird der Arbeitswillige am Bahnhof von einem Schuttmann in Empfang genommen, nach der Arbeitsstelle geleitet und abends wieder nach dem Bahnhof gebracht. Einige andere Sicherheitsbeamte beobachten den Transport, jednefalls deshalb, damit das eine getreue Schächten dem Unternehmer nicht davonläuft. Diese sich tagtäglich wiederholende Szene wird natürlich in Treptow viel belacht.

Achtung, Steuermehrer! Die Firma Gebr. Kriesche, Kunststeinwerke, weigert sich nach wie vor, den Steuermehrer anzuerkennen. Zwar zahlt sie den tariflichen Lohn, verweigert jedoch die Zahlung des Fahrgeldes nach den Bestimmungen des Steuermehrer. Die Firma beruft sich auf ihren Arbeitsvertrag (Arbeitsordnung), die von jedem in den Betrieb Eintretenden anerkannt werden muß, dessen § 10 vorordnet, daß nach innerhals Groß-Berlins belegenen Bauten, soweit sie durch Stadt- oder Ringbahn, Straßenbahn, Omnibus, Hoch- und Untergrundbahn erreicht werden können, kein Fahrgeld vergütet wird. Die in Betracht kommenden Bestimmungen des Steuermehrerlauten: Nach den Verträgen, nach Arbeitsstellen, welche vom Werkplatze nicht weiter als 1,5 Kilometer entfernt liegen, sowie nach allen Arbeitsstellen innerhalb der Reichsgrenze der Stadt Berlin wird Fahrgeld vor Beginn und nach Schluß der Arbeitszeit nicht vergütet. — Fahrgeld während der Arbeitszeit muß bezahlt werden, und hat sich der Geselle auf dem schnellsten Wege von einer Arbeitsstelle zur anderen zu begeben. — Nach allen übrigen Arbeitsstellen, welche innerhalb des postalischen Groß-Berlin liegen, wird das wirklich entstandene Fahrgeld vom Arbeitgeber bezahlt, jedoch nicht mehr, als von der dem Werkplatze zunächst gelegenen Wohnstation entfallen würde. Bei vorübergehender Beschäftigung bis zu einschließlich drei Tagen wird in der sonst fahrgeldfreien Zone ebenfalls das wirklich entstandene Fahrgeld vergütet.

Die Kollegen, welche bei Kriesche arbeiten oder um Arbeit zu sprechen, sind verpflichtet, die Bestimmungen des Steuermehrer zu respektieren. Dasselbe gilt natürlich für alle anderen Firmen auch. Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Die Bewegung in der Bonbon- und Schokoladenfabrik von Seifert u. Hank. Die Bewegung in der Bonbon- und Schokoladenfabrik von Seifert u. Hank, Liegnitzerstr. 20/21, dauert fort. Durch Lieferung von Streiarbeit suchen folgende Firmen unsere Kollegen niederzuringen: Dahm, Stalgerstr. 100, Mertens u. Janke, Kolonie-strasse 136, Hildebrand u. Sohn, Postleferanten, Pantstr. 24, Stollwerck, Chausseestraße, Vordisch, Pantow, Rudolf, Godstr. 2, Berkmeyer u. Meydorf, Karlsruferstr. 35 und Leppin, Reinholdsdorf.

Verband der Bäcker und Konditoren.

Achtung, Friseurgehilfen! Wegen Tarifbruch für Verbandsmitglieder gesperrt: Lück, Wittthoder Straße 8, Flemining, Neufuß, Kirchhoffstr. 33. Bewilligt haben ferner: Mah, Weidenweg 73, Krüger, Stephanstr. 10, Malick, Liegnitzer Str. 16; in Lichtenberg: Kautz, Frankfurter Chaussee 134, Hartmann, Mainer Straße 18, Ehring, Blumenhalsstr. 38; in Neufuß: Gabriel, Erststraße 20; in Reinholdsdorf: Katalczak, Eichboenstr. 40.

Verband der Friseurgehilfen.

Die Forderungen der Friseurgehilfen sind jetzt von 775 M. beibehalten ungeschritten anerkannt und auch dadurch die Arbeitsbedingungen einigermaßen in eine gewisse Ordnung gebracht. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Gewerbe ist außerordentlich schwierig, da in der Hauptsache nur Kleinbetriebe mit ein bis zwei Arbeitern in Frage kommen. Erschwert wird die Bewegung der Gehilfen auch durch das Verhalten der Arbeitgeberorganisationen. So hat beispielsweise jetzt der Vorstand der Schöneberger Zwangsinnung gegen alle im „Vorwärts“ bekannt gemachten Firmen des Ortes, welche die Gehilfenforderungen bewilligt haben, eine Strafe von 10 M. festgesetzt, die auch bei jeder weiteren Veröffentlichung erhoben werden soll. Natürlich ist hiergegen Beschwerde eingelegt worden. Zu den Aufgaben der Jannung gehört unter anderem auch, ein gutes Einvernehmen zwischen Meistern und Gesellen herbeizuführen. Ob das durch die geschilderte Maßnahme erreicht wird, erscheint denn doch recht fraglich. Gegenüber solchen Maßnahmen ist es doppelte Pflicht der Kundtschaft, den bedienenden Gehilfen nach der Kontrollkarte zu fragen, welche als Ausweis der „Bewilligung“ seitens der Organisation ausgehändigt wird.

Verband der Friseurgehilfen.

Bei der Firma Wilhelm Vehr, Wurstfabrik, Schöneberg, Kolonnenstr. 57, ist vor einiger Zeit ein Kollege wegen seiner Tätigkeit für die Organisation gemahrt worden. Die Angelegenheit ist dem Raummannsgericht als Einigungsamt zur Entscheidung unterbreitet worden. Schon ist ein zweiter Fall der Entlassung zu verzeichnen. Der Betroffene soll sich Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen. Doch war es bisher der Firma nicht möglich, irgend einen Nachweis dafür zu erbringen. Bei niedriger Bezahlung dürfen die Angestellten zum großen Teil 11 und mehr Stunden arbeiten. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, der versucht, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma durch die Organisation zu bessern, hält heute abend in Schwärzen Adler eine Versammlung des Personals ab, die sich mit den Verhältnissen bei der Firma beschäftigen soll. Die Geschäftsleitung hat wiederholt versucht, ihre Angestellten von der Organisation fernzuhalten, was ihr jedoch auf die Dauer nicht gelingen wird.

Zentralverband der Handlungsgehilfen,
Berlin O. 25, Münzstr. 20.

Deutsches Reich.

Die Beamtengehälter im Bäckerverband.

Die Reichsverbandspresse hat zur Abwechslung einmal den Bäckerverband auf Herz und Nieren geprüft, in welcher Art er die

Arbeitergehälter vergebend. Die Methode, deren sich die berufenen Sachwalter der organisierten Arbeiter dabei bedienen, ist die alte, mit demagogischen Kniffen und absichtlichen Fälschungen operierende, die nachgerade doch auch auf den dümmsten Generalanzeigerleiter ihre Wirkung verfehlen müßte.

Da wird zunächst led und läßt behauptet, im Bäckerverband seien die Mitgliederbeiträge gleich um 25 Pf. wöchentlich erhöht worden, und zwar in der höchsten Staffel von 75 Pf. auf 1 M. Das kommt davon, weil die Herren Beamten ihren Dienst immer mehr als Nebenfache betrachten und die nicht angestellten Dienerkräfte, die die eigentliche Arbeit leisten müssen, immer energischer auf Anstellung dringen. . . . So hat der Hauptvorstand durchweg die Zahl der festbesoldeten Beamten auf 61 erhöht, so daß nunmehr auf je 300 Mitglieder ein Beamter kommt.

Es erfolgte keine Erhöhung der Mitgliederbeiträge um 25 Pf. pro Woche, sondern es wurde gemäß eines Verbandsratsbeschlusses eine wöchentliche Beitragsstaffel von 1 M. eingeführt, in der die Mitglieder neben der statutarischen Verbandsunterstützung bei Krankheit bis zur 26. Woche pro Tag 2 M. Unterstützung erhalten. Ebenfalls unwahr ist, daß der Hauptvorstand kurzweg die Zahl der festbesoldeten Beamten auf 61 erhöhte, vom Hauptvorstand sind angestellt 36 Beamte.

Der Analeffekt wird natürlich mit den hohen Beamtengehältern erreicht. Um große Summen dafür zusammenzubringen, werden in altbekannter Weise die sachlichen Verwaltungskosten von 12 355 M. den persönlichen 13 470 M. hinzugezählt und dann verlinket: „Also kann man die 25 825 M. Verwaltungskosten des Hauptverbandes nur als Gehälter und sonstige Bezüge seiner Mitglieder ansprechen.“

In ebenso dummdreister Weise wird behauptet: Nachgewiesenermaßen bezog schon 1907 der Vorsitzende ein Gehalt von 6000 M. und der damalige Gauleiter Lantke hatte nach einer verbandsamtlichen Aufstellung Bezüge in der Höhe von 4000 M. Seitdem sind aber die Bezüge, besonders der oberen Führer, noch erhöht worden, und so ist es kein Wunder, daß die rein persönlichen Verwaltungskosten bei den Zahlstellen allein 164 607,96 M. betragen. Das ergibt mit den Bezügen des Hauptverbandes zusammen 194 433 M. an Beamtenbezügen, so daß dafür von den 826 991 M. betragenden Einnahmen fast der vierte Teil ausgegeben wird.

Also auch noch die Verwaltungskosten der Zahlstellen werden den Beamtenbezügen zugerechnet. Für die nächste reichsverbandserische Durchleuchtung der Passenverhältnisse liegen sich vielleicht doch noch ein paar Ausgabebeleghe hinzuzummieren, so daß für die Mitglieder gar nichts mehr übrig bleibt. Sonderbar nur, daß erst im letzten Jahre zu den zwei Millionen Gewerkschaftsmitgliedern wiederum über 800 000 hinzukamen, trotz der fortgesetzten Aufbedungen der armen Reichsverbandsschäfer.

Zum Metallarbeiterkonflikt in Köln.

Die große Lohnbewegung der Metallarbeiter der Bezirke Köln und Mülheim hat, wie wir berichteten, zu großen Teilerfolgen der Arbeiter geführt. Nachträglich ist es in einem Betrieb zum Ausbruch gekommen, und zwar in der Maschinenfabrik von Schuster u. Co. in Köln-Kall.

Christliche Gewerkschaftsführer als „Arbeitervertreter“.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Köln interpellierte der Stadtverordnete Dedenbach die Verwaltung wegen der Bezahlung tariflicher Löhne bei Arbeiten, die von der Stadt an Privatunternehmer vergeben wurden. — Ein anderer Zentrumstadtverordnete empfahl, die Angelegenheit nachmal in einer Kommission zu verhandeln, und die Herren Dedenbach und Kurtzsch, beides christliche Gewerkschaftsführer, hinzuziehen. Darauf stellte ein liberaler Stadtverordnete fest, daß die beiden Genannten zu einer Kommissionssetzung, in der die Angelegenheit beraten würde, eingeladen worden, aber nicht erschienen waren. Dedenbach hotterte, er habe die Einladung erst nach der Sitzung erhalten; Kurtzsch erklärte, nicht in Köln gewesen zu sein.

Dieser Vorgang erinnert an ähnliche frühere: Kurtzsch, der Vorsitzender des christlichen Holzarbeiterverbandes ist, griff die Verwaltung an, weil sie die Erledigung der Regelung von Lohnfragen auf die lange Bank schiebe. Daraus erhoben sich nacheinander zwei Beigeordnete (Bürgermeister) und hellen fest, daß Kurtzsch sich in der sozialpolitischen Kommission mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Erledigung der Angelegenheit einverstanden erklärt habe.

Ein andermal wurde über die Beschäftigung der Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten beraten. Es lagen Eingaben der freien Gewerkschaften zu der Frage vor. Auch das Kartell der christlichen Gewerkschaften hatte einen Antrag eingereicht, worin gefordert wurde, die Arbeitslosen, die bei städtischen Arbeiten beschäftigt würden, nach dem in dem betreffenden Beruf üblichen Tarif, wenn ein solcher nicht bestehe, nach den berufssüblichen Sätzen entlohnt werden müßten. Als die Frage die Stadtverordneten beschäftigte, geschah das Un glaubliche, daß keiner der zur Sache redenden Arbeiter-Stadtverordneten des Zentrums den Antrag des christlichen Gewerkschaftskartells auch nur erwähnte. Er wurde vollständig lotgeschwiegen. Dabei gehörte einer der Zentrumstadtverordneten, der zu der Sache das Wort nahm, selber dem christlichen Kartell an, das den Antrag eingereicht hatte.

Letzte Nachrichten.

Die Lage in Albanien.

Paris, 19. September. (P. C.) Der „Temp“ beröffensicht heute abend einen Bericht seines Sonderkorrespondenten Nistocac in Albanien über die dortige Lage: Die Nachrichten, die aus dem Vilajet Sütari eingetroffen sind, lauten äußerst beunruhigend. Die aufständischen Albaner und die Malissoren haben Sütari und Durazzo vollkommen umzingelt und belagern beide Städte. Alle Post- und Telegraphenverbindungen mit Konstantinopel sind unterbrochen. Der Kommandant von Durazzo hat durch einen Expressboten, dem es gelang, durch die feindlichen Reihen hindurchzukommen, melden lassen, daß die Situation unhaltbar geworden ist. Er verlangt dringend Hilfe. Der Türkei ist es jedoch unmöglich, Truppen zu entsenden, da diese entweder bei Elbasan oder bei Prizrend passieren müssen und beide Wege bereits von den Aufständischen besetzt sind. Die Malissoren haben die Beridäbe von Sütari verschiedentlich angegriffen und hoffen, die türkische Garnison, der die Lebensmittel zu mangeln drohen, in kurzer Zeit zur Kapitulation zu zwingen. Sie haben bereits Tuzi besetzt und ebenso die Hügelketten von Klemen, strategisch wichtige Punkte gegenüber der montenegrinischen Grenze bei Rodgorika. Der Kommandant von Uesküb, Mehmed Pascha, ist, als er mit einigen Gendarmen sieben betrunkene Arnauten verhaften wollte, von den sich zur Wehre setzenden Unruhestiftern ziemlich schwer verletzt worden. Ebenso wurden vier der Arnauten durch Revolvergeschosse der türkischen Gendarmen schwer verletzt, während es dreien gelang, zu entkommen.

Eisenbahnkatastrophe bei Warbehan.

Brüssel, 19. September. (P. C.) Zu dem Eisenbahnzusammenstoß bei Warbehan in der belgischen Provinz Luxemburg wird noch gemeldet: Der Zusammenstoß erfolgte infolge falscher Weichenstellung. Der aus Libramont kommende Personenzug war mit Reisenden, meist Arbeitern und Marktfräulen, die nach dem Markt von Arlon wollten, und zahlreichen Bauern, die die nächstgelegenen Dörfer besuchen wollten, dicht besetzt. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig. Unter den Trümmern lagen die blutigen Körper zahlreicher Verletzter. Hilfe war sofort zur Stelle. Die Verunglückten wurden sofort nach dem Bahnhof von Warbehan gebracht, fünf Schwerverletzte mittels Spezialzug sofort nach dem Hospital von Arlon transportiert. Der Fahrer und der Zugführer erlitten so schwere Verletzungen, daß sie im Laufe des Tages starben. Insgesamt sind 55 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Gemittelt, 18. September.

Nachmittags-Sitzung.

Haase eröffnet die Sitzung. Zur Verhandlung steht Punkt 4 Die Reichstagswahlen.

Schreibemann:

Zum sechsten Male seit dem Fall des Sozialistengesetzes kann an deutscher Parteilinie der Bericht über allgemeine Reichstagswahlen entgegennehmen. Zum sechsten Male können wir feststellen, daß die Kraft unserer Parole sich im Wahlkampf glänzend bewährt hat. Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung, hieß es früher. Die Sozialdemokratie hat ihren Höhepunkt überschritten, so sagte man 1890, 1893, 1898, 1903 und 1907. 1912 hat man es nicht mehr gesagt. Nach den Wahlen vom Januar dieses Jahres war wohl alle Welt überzeugt, daß sich die Machtzunahme der Sozialdemokratie fortgesetzt zeigt, daß sie sich vollzieht geradezu nach scheinbar unabänderlichen Gesetzen. Der Rückschlag, den unsere Partei 1907 erlitten hatte, was ist er jetzt anders, wenn wir zurückblicken, als eine Wolke, die für einen Augenblick unseren Stern verhüllte, aber nicht am weiteren Aufstiege verhindern konnte. Der Schmerz unserer Gegner nach den diesmaligen Wahlen wäre wohl weniger groß gewesen, wenn der Sprung, den wir machen konnten, nicht ein gar so großer gewesen wäre. Und auch die Liberalen hätten m. E. wohl nicht allzuviel zu verlieren gehabt, wenn wir schon 1907 eine Mandatszahl errungen hätten, die einigermaßen wenigstens den Stimmen, die wir damals bekommen haben, entsprochen hätte. Bei den viel bejubelten Wahlen von 1907 waren es doch, wie immer wieder gesagt werden muß, in Wirklichkeit die Liberalen, die sich selbst die Kiste gebunden haben, mit der sie nachher so schwer gequält worden sind. Eine Finanzreform, wie wir sie jetzt haben, wäre niemals Wirklichkeit geworden, wenn bei den Wahlen vor fünf Jahren die Liberalen nicht dungenweise die Mandate den preussischen Junkern zugeschanzt hätten. Wenn damals 50 Sozialdemokraten mehr und ebensoviele Konservative und Zentrumskräfte weniger gewählt worden wären, dann hätte sich zweifellos manches anderes gestaltet. Von höheren Gesichtspunkten ist sehr oft gesprochen worden bei all den Experimenten, die damals gemacht worden sind von unseren Gegnern. Ich will kein Dehl daraus machen, daß auch ich sage, von höheren Gesichtspunkten aus betrachtet hat es jedenfalls unserer Partei nicht zum Schaden gereicht, daß damals unsere Gegner in dieser Weise Politik machten. Jedenfalls steht das eine fest, daß unser angeleglicher Ueberwinder, der Fürst Bismarck, von dem kaum noch ein Reichsdeutscher redet, das Sprungbrett für uns gewesen ist, das wir jetzt so glänzend benutzen haben.

Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich über die Tatsachen der Wahl selber, die Ihnen allen bekannt sind, mich hier in Einzelheiten erlaube. Was gesagt werden mußte über die von unserer Partei geleistete Arbeit in Bezug auf die Verbreitung von Flugchriften, Abhaltung von Versammlungen usw. ist alles enthalten in dem Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht. Außerdem ist es ergänzt worden in den Reden der Genossen Ebert und Braun. Sie werden auch nicht von mir erwarten, daß ich mit besonderen Ausführungen erhebender Freude über unseren großen Wahlsieg mich ergehen. Gewiß weiß ich, daß es keinen hier im Saale gibt, der sich nicht von ganzem Herzen gefreut hat, als damals die Wahlergebnisse bekannt wurden. (Beifall.) Das möchte ein merkwürdiger Parteigenosse sein, dessen Herz in dem Bewußtsein, daß jeder dritte Mann, der zur Wahlurne gegangen ist, sozialdemokratisch gewählt hat, nicht höher geschlagen hätte. (Beifall.) Aber wir wollen davon absehen, in freudigen Gefühlen zu schwelgen. Das ist ja gerade mit ein Teil der Größe unserer Bewegung, daß wir niemals Zeit gefunden haben, uns aufs Haupt zu legen in dem Gefühl, wie herrlich weit wir es gebracht haben. Wir müssen stets bestrebt sein, aus unseren Niederlagen wie aus unseren Siegen zu lernen. Es ist gut und gesund für unsere Partei, daß jeder Durststich, die etwa aufkommen könnten, von vornherein begegnet wird durch näherne Betrachtungen und durch die jederzeit bei uns einsehende Kritik. Nur so wird es möglich sein, daß wir wachsen mit unseren neuen Aufgaben.

Vor und nach jeder Wahl hat uns immer das Problem der Stimmen- und Mandatszahl sehr eingehend beschäftigt. Die einen haben immer gegenüber der Stimmenzahl und der Ueberzeugungskraft unserer Anhänger die Zahl der Mandate sehr gering eingeschätzt. Andere wiederum haben, wie mir scheint, ein allzu großes Gewicht auf die Mandatszahl gelegt. Nun meine ich, darüber könnte wahrhaftig Klarheit bei uns bestehen, daß selbstverständlich die Massen, die hinter uns stehen, unsere Kraftmesser sind, daß die Zahl unserer Anhänger, ihre Ueberzeugungskraft das einzige und alleinige sind, das uns die Siege, die wir uns erlämpfen wollen, verbürgen kann. — Aber deshalb braucht man doch die Mandate nicht als ganz nebenläufig und bedeutungslos einzuschätzen. (Sehr richtig!) Wir haben gerade im Interesse der werthvollen Bevölkerung alles zu tun, was wir tun können, um in den gegebenden Körperschaften so stark als irgend möglich vertreten zu sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Die haben sich nun die Dinge bei uns im Reich vorher entwickelt? Wir haben immer viel weniger Mandate gehabt, als uns nach der Stimmenzahl hätten zukommen müssen. Auch bei der letzten Reichstagswahl hätten wir bei einem Proportionalsystem statt 110 etwa 140 Vertreter im Reichstage haben müssen. Bei allen Wahlen hat die Regierung und haben die konservativen Parteien die eigenartige Wahlkreisgeometrie und auch unsere grundsätzliche Isoliertheit, die sich aus unserer Eigenschaft als Klassenpartei ergibt, sich umgekehrt gemacht, um uns nicht hochkommen zu lassen, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Sozialdemokraten in den Reichstag hinein kommen. Sie haben sich die größte Mühe gegeben, um durch Kunststücke aller möglichen Art die Sozialdemokratie niederzuhalten und das Wahlergebnis direkt zu fälschen. Was ist demgegenüber unsere Aufgabe? Sie ergibt sich nicht allein aus dem augenblicklichen Parteinteresse, sondern auch aus unserer ganzen grundsätzlichen demokratischen Auffassung, d. h. wir müssen uns gegen derartige Bestrebungen kräftig wehren. Wir dürfen uns unter keinen Umständen unterliegen lassen, wir müssen alles tun, was wir können, um dem Volke den Reichstag zu geben, den das Volk haben will. (Sehr gut!) Den Reichstag, den das Volk haben wollte, konnten wir uns am Abend des 12. Januar ja vorstellen, denn das hatte die Stimmenabgabe deutlich gezeigt. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir nun wissen, den und den Reichstag will das Volk, so stand es am 18. Januar auf einem ganz anderen Blatte, welchen Reichstag das Volk bekommen wird. Sofort nach den Wahlen ging das Treiben bei unseren Gegnern los, um für die Rechte so viel Mandate als möglich herauszuschinden. Es sollten Dreiklassenwahlen gemacht werden, auch ohne das Dreiklassenwahlrecht. (Sehr gut!) Nun, die Vermählungen unserer Gegner, und bei den Stichwahlen wie in früheren Jahren an die Wand zu drücken, sind zum guten Teile abgeschlagen worden, ich bin unbeschwerd genug, zu sagen, daß ein kleiner Teil des Verdienstes da wohl unserer Parteileitung zuzurechnen ist. Von den 12 1/2 Millionen Stimmen am 12. Januar erhielten konservative, Reichspartei, Zentrum und Antisemiten zusammen 3 1/2 Millionen, also noch 400 000 Stimmen weniger als wir für uns allein. (Hört! hört!) Trotzdem bestand die große Gefahr, daß je nach dem Ausgang der Stichwahlen die schwarzblauen Parteien als Mehrheit in den Reichstag zurückkehren könnten. Schon rein zahlenmäßig hatten diese Parteien zusammen nach den von mir wiedergegebenen Stimmen einen Anspruch

auf insgesamt 127 Mandate. Sie hatten in der Hauptwahl schon 116 errungen, wir Sozialdemokraten dagegen bei dem zahlenmäßigen Anspruch auf 133 im ganzen 64 Mandate. Und die Liberalen? Die hatten bei 3 1/2 Millionen Stimmen sage und schreibe vier Mandate erobert. Wir haben keine Ursache, dem Gegner gegenüber auch in dieser Frage mit einem offenen Urtheil zurückzuhalten und ich glaube mit Recht sagen zu können, daß schlimmer als der Liberalismus unter diesem erbärmlichen Wahlsystem geschlagen worden ist, keine Partei jemals geschlagen werden kann. Nach dem Proporzrecht hätten die Liberalen 107 Mandate bekommen müssen, die Rechte 127 und wir Sozialdemokraten 138. Trotzdem haben nun die Liberalen — ähnlich die Nationalliberalen, die Fortschrittliche Volkspartei hat ja überhaupt kein Mandat errungen — nur vier Mandate bekommen. Nun beachten Sie, wie die Situation stand und dann überlegen Sie sich, was aus dem Spiele stand, als wir vor die Frage gestellt wurden: was nun? Wärrten wir es verantworten können, frage ich Sie, daß dieselbe blau-schwarze Mehrheit, die eben durch den Volkswillen aufs Haupt geschlagen war, die Siege im Reichstage wieder eingenommen hätte, von denen sie eben durch den Unwillen des Volkes davon gejagt waren? Nein, ich meine, wir konnten es nicht. (Sehr richtig!) Es war unsere Pflicht, den Wahlsiegern, die uns die uns zukommenden Mandate durch taktische Manöver wegfingen wollten, gehörig in die Parade zu fahren. Es war aber nicht nur unsere Pflicht deshalb, weil die große Wählerchaft von 4 1/2 Millionen für uns eingetreten war, sondern es war auch unsere Pflicht, wenn man bloß von organisierten Parteimitgliedern, von Parteiorganen usw. sprechen will. Dann mußten wir daran denken, daß inmitten des großen politischen Kampfes wir selbstverständlich die Aufgabe hatten, grundsätzliche Politik und Agitation zu treiben und daß das Ziel in diesem großen politischen Kampfe, das nächste Ziel die Niederlage des blau-schwarzen Blodes war. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will nicht auf einige Aeußerungen der Parteipresse beziehen. Es hat nachher Auseinandersetzungen gegeben über das Stichwahlabkommen und da ist später gesagt worden, als wir schon vom Rathause heruntergekommen waren (Heiterkeit), man hätte das ganz anders machen müssen. Mehring hat in der „Neuen Zeit“ vom 24. Februar 1911 geschrieben: „Die Sozialdemokratie hat längst vor dem Junkertum „Ihr zum Gesicht“ gemacht. Sie ist zu einem taktischen Wahlbündnis mit dem Liberalismus bereit, um die Macht des Junkertums zu brechen.“ In der „Neuen Zeit“ vom 17. März war zu lesen: „Die Ausführungen, die wir vor einigen Wochen über die Notwendigkeit machten, daß der Freisinn, wenn er überhaupt noch etwas bedeuten wolle, ein taktisches Stichwahlbündnis mit der Sozialdemokratie schließen müsse, werden von der „Neuen Zeitung“ im Sinne eines heißen Liebeswerbens um die Gunst des Freisinns ausgelegt.“ Mehring schreibt dann später in der „Neuen Zeit“ vom 24. März in einer Polemik gegen den fortschrittlichen Abgeordneten Kaumann, der wieder einmal gegen die Sozialdemokratie wegen ihres Klassenstandpunktes sich gewandt hatte: „Hoffentlich bildet er sich nicht ein, daß seine Donnerkeile der Arbeiterpartei auch nur ein Haar krümmen. Aber wenn man billig genug denkt, ihm diese Torheit nicht zuzutrauen, so haben seine Tiraden nur die Wirkung, das Spiel der, — seitdem eine freisinnig-sozialdemokratische Taktik ins Bereich der Möglichkeit gerückt ist usw.“ (Hört! hört!) Ja darf vielleicht noch daran erinnern, daß in dem von der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand gemeinsam verfaßten und veröffentlichten Wahlaufsatze auf gesagt worden war, nachdem das Volk auf die Verbreitung des blau-schwarzen Blodes hingewiesen war, „sorgt für eine andere Mehrheit im Interesse des Volkes“.

Das waren alle die Dinge, die uns veranlaßten, das Stichwahlbündnis mit der fortschrittlichen Volkspartei einzugehen. Hätten wir anders gehandelt, hätte wir, wie es manche uns nachher empfohlen haben, darauf verzichtet, hätten wir zugehört, wie die preussischen Junker, die vorher herausgejagt worden waren, durch die Stimmzettel unserer Wähler, dennoch ihre Siege im Reichstage einnahmen, dann hätten wir gehandelt wie ein Befehlshaber, der die Festung dem Feinde ausliefert. Dann hätten wir uns als durchaus unfähige Politiker gezeigt, als sehr unpolitische Köpfe, und dann hätten Sie uns zum Teufel jagen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben es nicht getan, wir sind den Wahlsiegern in die Parade gefahren. Wir haben getan, was die Not, die Gefahr des Augenblicks damals erheischte. Was uns in das Stichwahlabkommen hineintrieb, war noch etwas anderes: Wer in bestimmten Situationen nicht sehr schnell handelt, der wird unter Umständen im Handumdrehen zum Objekt der Handlungen anderer gemacht. (Sehr gut!) Und die Junker waren damals schon dabei, uns als Objekte ihrer Revolverpolitik gegenüber den Liberalen zu benutzen. Durch die Drohung, daß sie in Stichwahlkämpfen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie Gewehr bei Fuß stehen wollten und durch die etwas mehr verblühte Drohung, daß trotz dieses Gewehrs bei Fuß das eine oder andere Gewehr losgehen könnte, in der Richtung nach den Liberalen, dadurch sollten die Liberalen in Angst und Entsetzen versetzt werden, sie sollten gewonnen werden für die schwarz-blauen Herrschaften, um dem Blod wieder auf die Beine zu helfen. Ich vermute auch kein Geheimnis, wenn ich hier sage, daß damals die konservativen Katilinarter und Kaisertruppen-fabrikanten sich mehr als verdächtigt in jeder Beziehung verhalten haben. Sie wissen aus Zeitungsbüchern, daß Agenten der schwarz-blauen Parteien an verschiedenen Stellen auch besucht haben, sich bei uns anzubiederern. Wenn ich denke an Parham-Ludwigs-Lust und Arnswalde-Friedberg, auch schließlich an andere schöne Gegenden und mir vorstelle, daß man sich in jenem Lager schon allerlei Hoffnungen gemacht hat, obwohl wir uns jederzeit gänzlich ablehnend verhalten haben solchen Verführungen gegenüber, dann frage ich mich: Was würden wir unter Umständen alles für Substanz angeboten kriegen, wenn wir auch nur ein ganz klein bißchen entgegenkommen gezeigt und uns nicht absolut ablehnend jenen sauberen Vorfällen gegenüber benommen hätten.

Wenn wir nicht trotz dieser Situation zum Werkzeug der konservativen Expresspolitik uns machen lassen wollten, dann war noch ein anderes möglich, und das ist die zwar nicht allzuviel, aber sehr heftig kritisierte Dämpfung des Wahlkampfes in 16 Kreisen. Außerordentliche Situationen erfordern außerordentliche Mittel. Wir haben mit der Dämpfung zu einem außerordentlichen Mittel gegriffen. Ich glaube aber auch, Ihnen den Beweis geliefert zu haben, daß wir uns in einer ganz außerordentlichen Situation befinden haben. Wären die Umstände nicht so außerordentlich gewesen, wie sie in Wirklichkeit lagen, dann wäre ja der Wahlkampf in den 16 Kreisen, die da in Betracht kommen, soweit es sich um Mandatsfragen handelt, an sich entschieden gewesen. Ueberall stand uns in diesen 16 Kreisen eine lompatische bürgerliche Mehrheit gegenüber. Ich glaube, wir verzichten auf den Vertrag der einzelnen Nachweise. Sie können sich aus der Presse, und wer sich dafür interessiert, auch anderweitig Material verschaffen, es gab keine Möglichkeit, durch Anwendung anfänglicher grundsätzlicher erlaubter Mittel die Mehrheit, die uns entgegenstand, zu brechen. (Sehr richtig!) Ueberall handelte es sich doch um Wähler, die der Rechten angehören, die entscheidenden sollten zwischen uns und den Freisinnigen. Daß diese bürgerlichen Parteien, konservative, Antisemiten usw. in der Stichwahl für die Sozialdemokratie gewonnen werden sollten, ich weiß nicht, wie man das durch einen grundsätzlichen Wahlkampf hätte erreichen wollen, es sei denn — und damit komme ich auf ein sehr interessantes Kapitel — daß die bürgerlichen Wähler von der Rechten zu schädigen Wahlmännern zu unseren Gunsten sich hätten gebrauchen lassen. Das war auch der große Trumpf, den die Revolverpolitiker

den Liberalen gegenüber immer in der Hand hatten, und dieser große Trumpf, der wurde den konservativen Parteien durch unsere Taktik aus der Hand geschlagen. (Sehr richtig!) Die konservativen und das Zentrum hatten den Liberalen gedroht, diese und jene Wahlkreise verliert ihr, wenn ihr uns nicht helft, um die Sozialdemokraten zu schlagen. Das mußte für uns ein deutlicher Wink sein. Was war denn auch infolgedessen der ganze Sinn der Dämpfung? Der Sinn der Dämpfung war, daß wir erklärten: Wir beabsichtigen nicht, die Hilfe politischer Intriganten in Anspruch zu nehmen. (Zustimmung.) Das war die Erklärung. Wir wollen keinen Anspruch darauf machen, auf konservativen oder antisemitischen Krücken in den Reichstag zu kumpeln. (Beifall.) Das war die Erklärung, daß wir nicht bereit waren, ein übles Manöver mitzumachen, das letzten Endes sich doch nur gegen uns gerichtet hätte. (Sehr richtig!) So kam das Stichwahlabkommen zustande als das Produkt unseres ungerechten Wahlsystems und der Taktik des preussischen Junkertums. Wenn wir mit diesen beiden Dingen nicht zu rechnen gehabt hätten, dann natürlich hätten wir ein Stichwahlabkommen nicht abschließen brauchen, und das wäre sicherlich das Beste gewesen, wenn wir es nicht nötig gehabt hätten.

Gegen die Dämpfung namentlich sind zwei Einwände gemacht worden: man hat hingewiesen auf zwei Kreise, die trotz der Dämpfung für unsere Partei erobert wurden, Hagen und Nordhausen. In der Rede einer Genossin wurde gesagt: „Von jenen sechzehn Wahlkreisen, die wir selbst der Fortschrittspartei preisgegeben haben, haben wir zur Ueberraschung der Welt zwei gewonnen. Es hieß, es seien ausichtslose Kreise; wie ist das gekommen? Als am ersten Stichwahltag die erkrankte Runde von dem Verrat der Fortschrittler gekommen ist, da haben unsere Genossen gesagt: Hol der Teufel das ganze Abkommen. Und sie haben gesiegt. (Heiterkeit.) So soll man eigentlich keine Gesichte machen. (Sehr richtig!) Wenn in beiden Kreisen gesiegt wurde, so wurde nicht gesiegt trotz der Dämpfung, sondern infolge der Dämpfung. (Sehr richtig!) Das wollen wir doch als eheliche Leute sagen und uns kein A für ein ll machen. Hagen war gewissermaßen nur bedingungsweise in das Abkommen eingeschlossen und es wurde sofort auf den Wunsch der dortigen Genossen ausgenommen. Darüber will ich jetzt gar nicht reden, aber über Nordhausen. Ueber Nordhausen um deswillen schon, weil unser Genosse Cohn es mit zu seiner Aufgabe gemacht zu haben scheint, möglichst viel in seinem Wahlkreise Revolutionen zu ertrahieren gegen unser Stichwahlabkommen. Wie lagen denn die Dinge in Nordhausen? Bei der Hauptwahl hatte Cohn 7482 Stimmen bekommen, der Freisinnige 5208 und der Antisemit 3811. Nun ist keiner hier im Saale, der bezweifeln wird, daß Genosse Cohn ein außerordentlich tüchtiger Mensch, ein guter Parteigenosse, ein glänzender Agitator ist. Wir waren alle überzeugt, daß wenn einer etwas dort herausholen konnte, er es wäre. Aber daß er die richtige Mann sein sollte, der es verstand, sogar sämtliche Kriegervereine für sich mobil zu machen, das hätte keiner angenommen, das schien uns über seine Kraft zu gehen. (Heiterkeit.) Er hat es trotzdem fertiggebracht. Wir wissen aus der Parteipresse heraus, daß mit einer wahren Begeisterung die Kriegervereine die Parole für Cohn ausgegeben haben. (Heiterkeit.) Vor der Hauptwahl waren die Dinge so: auf der einen Seite stand der Antisemit, der Judenstuffer, auf der anderen Seite Dr. Cohn, und zwischen beiden stand der Kandidat der Fortschrittlichen, Dr. Wiemer. Dr. Cohn kennen Sie alle, Dr. Wiemer werden Sie nicht alle kennen; ich will Ihnen deshalb sagen, wie er ungefähr zu charakterisieren ist. Wer Dr. Wiemer jemals gehört hat oder ihn sieht in seinem ganzen Auftreten, der wird zu der Ueberzeugung kommen, an dem Mann ist jeder Boll ein Kriegervereinsmitglied. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Dem gegenüber hatte unser Genosse Cohn nach unserer Ueberzeugung einen sehr schweren Stand, soweit es auf die Hilfe der Kriegervereine ankam. (Heiterkeit.) Selbstverständlich war es, daß die Antisemiten vor der Hauptwahl mit all den Dingen, mit denen sie ihren Wahlkampf führen, mit der Parole austraten: gegen Juden und Sozialdemokraten, mit Gott für König und Vaterland wählt den und den! Dann kam das Stichwahlabkommen. Da wollten die Antisemiten einen Kuhhandel entziehen zwischen Nordhausen und Schwäge-Schmalldalen. In Schwäge-Schmalldalen sollten die Freisinnigen den Antisemiten unterliegen und dafür sollte in Nordhausen dann Dr. Wiemer von den Antisemiten herausgehauen werden. Daraus wurde natürlich durch unser Abkommen nichts. In Schwäge unterkühlten die Freisinnigen unseren Genossen Thöne, der auch gewählt wurde. Nun aber sagten die Antisemiten in Nordhausen: Rache ist Blutwurst! (Gr. Heiterkeit.) Jetzt kamen die Kriegervereine natürlich in die schwerste Kalamität. Was nun machen? Da ergaben sich folgende Aufgaben: Die Kriegervereine gingen im hellen Entsetzen und großer Mut zum Amtsvorsteher, zum Rittmeister a. D. Soundso, zum Kriegervereinsvorstehenden Soundso und fragten, was machen wir nun? Da sagt der Rittmeister, der sich noch am diplomatischen Ausgedrückt hat von den Vertretern der Reaktion in Nordhausen: „Ich habe heute meinen roten Tag, macht was ihr wollt! (Heiterkeit.) An anderer aber wurde vor eine viel kritischere Frage gestellt. Als nämlich die Kriegervereine nun diese Parole hatten, daß heute der Rittmeister a. D., der Kriegervereinsvorstehende und Amtsvorsteher seinen roten Tag hätte, so wollte er auch den anderen nicht vertreiben, auch ihren roten Tag zu haben, da erklärte einer der Kriegervereiner dem Amtsvorsteher: Ja, aber Sie wissen, daß wir wegen der früheren Wahlen, weil man angenommen hat, wir hätten Sozialdemokraten in den Kriegervereinen, bis jetzt noch kein Fahnenband bekommen haben. Da sagte der Amtsvorsteher: Wählt den Cohn, dann kriegt Ihr's Fahnenband. (Stimmliche anhaltende Heiterkeit.) Also die Parole hatte sich vollständig geändert. Vor der Hauptwahl, ehe man eine Ahnung von unserem Stichwahlabkommen hatte, da hieß die Parole: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Nach der Hauptwahl hieß die Parole: „Mit Gott für Cohn und Vaterland — ohne Cohn kein Fahnenband!“ (Erneute stürmische Heiterkeit.)

Ich meine, dieses eine Beispiel genügt wohl für Unterfützung meiner Behauptung, daß man nicht kommen soll und sagen, man hätte dadurch, daß man besonders tapfer kämpfte und auf unsere Parole pfiff, die Leute zu überzeugten Sozialdemokraten gemacht zwischen Haupt- und Stichwahl. Man soll uns mit solchen Argumenten vom Leibe bleiben und bessere zu bringen versuchen. (Beifall.) Stichwahlentscheidungen und Stichwahlabkommen haben selbstverständlich immer etwas Unerquickliches an sich, und unerquicklicher war doch das diesmalige Abkommen auch nicht als das von 1907. (Sehr richtig!) Waren wir damals nicht auch dazu gezwungen? Man soll doch nicht den Blick verlieren für politische Notwendigkeiten. Es ist das eine ebensoviele schön, wie das andere, aber das Abkommen von 1912 war ebensoviele notwendig, wie das von 1907. Warum verlangen wir denn den Proporz? Um uns und auch die andern vor derartigen Uebereinkommen zu bewahren. Je mehr es uns ermöglicht ist, auch unter den bestehenden Gesetzen schon dem Volke so viel Mandate zu schaffen, wie es beanspruchen kann auf Grund seiner Stimmen, um so mehr nehmen wir doch den Gegnern die Argumente aus der Hand gegen den Proporz. Ein unmittelbarer Erfolg des Stichwahlabkommens war, daß die Sammlung aller bürgerlichen Parteien vereitelt worden ist. (Sehr richtig!) Das hat doch auch einige politische Bedeutung. Am 12. Januar war gewählt worden und am 18. Januar rief Beckmann die Vertreter der bürgerlichen Parteien zum Kuhhandel zusammen an die wichtigste Stelle, die er dafür finden konnte, in das Dreiklassenhaus. Da kamen Kon-

verbattene, Reichsparteier und Antifemiten zusammen, um zu beraten, wie die Sozialdemokraten am besten geschädigt werden könnten. Dadurch, daß das Stichwahlabkommen mit den freisinnigen verbunden kam, und dadurch, daß sogar die Nationalliberalen nur den Kopf in die Tür hineinsteckten und sofort wieder verschwand, als sie sahen, daß bloß die Blockparteien ohne die Freisinnigen dort saßen, ging die Sammlung vollständig in die Brüche. Nun kamen die Stichwahltag, deren Entscheidung Sie alle kennen. Die Sozialdemokratie wurde zum erstenmal zur stärksten Partei im Reichstag. Das Zentrum wurde an die zweite Stelle gedrückt, und von einer sicheren Mehrheit, ich will mich ganz vorläufig ausdrücken, des schwarz-blauen Blocks konnte doch gar keine Rede mehr sein. (Beifall.) Das war doch zunächst ein sehr wesentlicher Erfolg. Seit dem Jahre 1878 sind die Reichsparteien im Reichstag niemals so schwach gewesen wie jetzt. Und ich meine, damit sollen sie wenigstens ihren vorläufigen Zustand erreicht haben, den wir nicht nur zum dauernden machen wollen, sondern wir wollen auch arbeiten und dafür sorgen daß sie noch weiter herabgedrückt werden. (Sehr gut.)

Und nun die Liberalen. Wir haben sie im Wahlkampf grundsätzlich bekämpft, aus den Städten und Industriegebieten gedrängt, hineingetrieben in die Domänen der preussischen Junker, wo sie sich Jagdgründe suchen mußten. (Sehr gut.) An dieser Taktik müssen wir festhalten. Die Liberalen sollen wissen, daß sie wenig Aussicht haben, und von dem, was wir befehlen, etwas wegzunehmen. Wenn sie weiter die Junker verdrängen, in die Junkerkreise dringen, dann können sie sich auf unsere Hilfe verlassen, dann werden wir ihnen treue Bundesgenossen sein. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Trotzdem sollen wir nun durch das Stichwahlabkommen unsere grundsätzliche Kampfstellung gegenüber dem Liberalismus verschleiern und verschärfen. In einem Parteiblatt wurde in einer Betrachtung über das Wahlabkommen gesagt: „Wir müssen in allen Situationen für unsere Grundzüge eintreten. Wir dürfen keine Mandate erschleichen und erschauern, denn dadurch sagen wir den Akt ab, auf dem wir sitzen.“ Ohne weiteres wurde dem Parteivorstand Preisgabe unserer Grundzüge unterstellt, er wird ohne weiteres hingestellt als eine Korporation von Weichlingen, die gewissenlos genug sind, Mandate zu erschleichen und zu erschauern. (Auf einen fragenden Zuruf antwortete Medner, daß die jüdische Stelle in der „Bremer Bürgerzeitung“ gestanden habe. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber auch noch anderes ist nicht nur geschrieben, sondern auch geredet worden. In einer Berliner Versammlung sprach am 31. März ein Genosse, der unter anderem nachdem er die Dinstagsrede gesagt hatte, daß in dem Stimmengewinn die ganze politische Bedeutung des Wahlsieges liege, folgendes: „Stimmen, das ist die politische Bedeutung, nicht die künstlich erschaffenen 110 Mandate.“ 110 Abgeordnete haben sicher mehr Bedeutung, aber mehr Macht haben sie sicherlich nicht. (Heiterkeit. Ein Jurist: Wer war denn das?) Na, da könntest doch wissen, daß jetzt Pies Trampf ist in Berlin! (Stürmische lang anhaltende Heiterkeit.) Ich meine, derartige Äußerungen sind sehr zu beklagen und sie sprechen nicht dafür, daß diejenigen, die in dieser Weise über die Parteileitung sprechen, die doch das Vertrauen aller Genossen haben soll, sich dadurch in ihrem Ansehen vergrößern.

Ich möchte auch mit einigen Sätzen auf Auslassungen der Genossin Rosa Luxemburg zu sprechen kommen. Dabei muß ich sehr zurückhaltend sein, weil wir zu unserem großen Bedauern vernommen haben, daß die Genossin Luxemburg schwer erkrankt ist. Ich glaube die Gelegenheit benutzen zu können, daß ich sage, wir wünschen ihr aus ganzem Herzen recht schnelle Genesung. (Lebhafte Zustimmung.) Aber ich kann nicht so weit gehen, daß ich vollständig das, was die Genossin Luxemburg in einem bestimmten Falle gesagt hat, deshalb unter den Tisch fallen lasse. Genossin Luxemburg hat gesagt oder geschrieben, ihr sei die Rote der Scham ins Gesicht gestiegen, als sie von diesem Abkommen hörte. Ich meine, es lag keine Ursache vor, sich des Abkommens zu schämen. Schämen hätten wir uns müssen, wenn unsere Taktik darauf angelegt worden wäre, mit Hilfe von Kriegervereinen und Antifemiten einen sogenannten grundsätzlichen Wahlkampf auszuführen.

Zweifellos gibt es keinen widerwärtigeren Zustand in einem Stichwahlkampf zwischen Freisinn und Sozialdemokratie, als wenn auf der anderen Seite, die wir eventuell anrufen sollen, die schwarze Reaktion steht. (Sehr richtig.) Es ist gesagt worden, wir haben in Württemberg zwei Kreise preisgegeben, die wir hätten kriegen können, Balingen und Göppingen, die wir gewinnen konnten durch eine energische Agitation unter den katholischen Arbeiterwählern, die uns sozial viel näher stehen, als die fortschrittlichen Bauern. Statt dessen hätten wir sie durch die freiwillige Auslieferung des Balingen Kreises an den unter den katholischen Proletariats wegen seines kulturkämpferischen Dramaschreibens verhassten Liberalen Haushamm erbittet und uns mit unserem öffentlich vertretenen Grundgesetz „Religion ist Privatangelegenheit“ in Widerspruch gesetzt. Dafür wäre der niederträchtige Wahlausfall in Gmünd die Quittung gewesen. Das wäre also grundsätzlich gewesen, wenn wir an das katholische Gefühl der Wähler appelliert und uns gegenüber dem kulturkämpferischen Liberalen Haushamm als das gute Kind hingestellt hätten. (Hört! hört!) Ich danke für eine solche Grundlosigkeit. Es ist weiter gesagt worden, daß die Freisinnigen vielfach versagt hätten. Das ist richtig. Was beweist das? Auf allen Dingen spricht dieser Umstand zu unseren Gunsten. Jeder verständige Mensch mußte sich sagen: Im Kampfe gegen die Reaktion gibt es nur einen zuverlässigen Kämpfer, das ist die Sozialdemokratie. Aber wenn wir den Liberalen bevorzugen, daß sie vielfach versagt haben, dann gebietet uns die Ehrlichkeit, festzustellen, daß sie im ganzen nachher ihre Pflicht erfüllt haben. Ich will nicht zitiieren aus der „Neuen Zeit“, was Rehring und andere darüber geschrieben haben, namentlich aus Anlaß der Siegener Wahl. Wir alle wissen, daß hinter seiner Partei in Deutschland so disziplinierte Massen stehen wie hinter uns.

Wir ist es unmöglich, einzusehen, wodurch die grundsätzliche Auffassung der Massen Schaden gelitten haben soll. Wir standen vor einer außerordentlichen Situation, wir haben das Problem mit außerordentlichen Mitteln gelöst, je klarer man das den Massen darstellt, um so besser werden sie es begreifen und erkennen, daß und warum wir das Stichwahlabkommen in seinem ganzen Umfang zur Wahrung unserer Grundzüge und zu ihrer Durchsetzung treffen mußten. (Sehr richtig.) Auf der einen Seite haben sich die Genossen geradezu überauswiegend ausgesprochen über die Macht der Massen und auf der anderen Seite haben wir über die Ohnmacht des Reichstags. Wir wissen alle, wie mächtig das Proletariat sein kann, aber wir wissen auch, daß wir nicht jeden Tag die Massen in Bewegung setzen können. (Sehr wahr.) Das können wir nicht aus der Studierstube heraus. Direkt ins Leben ist es, immer und immer wieder zu reden von der Ohnmacht des Reichstages. Wir wissen, daß der Reichstag sich ohnmächtig benommen hat nach oben hin. (Sehr gut.) Wer ist denn schuld, daß das Volk Rot leidet? Zum guten Teil doch der Deutsche Reichstag. Denken Sie vor allem daran, was das bedeutet, wenn 110 Sozialdemokraten im Reichstag sitzen zu einer Zeit, wo die gesamte Reaktion, alle Verbände der Schatzkammer drauf und dran sind, Sturm zu laufen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. (Sehr gut.) Im Reichstag sind eine ganze Anzahl Gesetze gemacht von weittragender Bedeutung mit Mehrheiten von 5-10 Stimmen. (Sehr richtig.) Wenn die Erbschaftsteuer abgelehnt wurde mit acht Stimmen Mehrheit, so bedeutet das in Wirklichkeit, daß auf der anderen Seite nur noch fünf mehr zu haben brauchten. (Sehr richtig.) Ich behaupte nicht zuviel, wenn ich sage, daß der Parteivorstand beim Stichwahlabkommen alles in Betracht gezogen hat, was für die Partei und für das Volksinteresse auf dem Spiele stand. Es ist vielfach in Artikeln gesagt, daß der Parteivorstand das wiederhaben will. (Heiterkeit.) Ich kann nicht sagen, ob ein künftiger Parteivorstand etwas Ähnliches macht. (Erneute Heiterkeit.) Aber ich glaube, daß das nicht geschieht aus dem einfachen Grunde, weil sich solche Situationen nicht oft wiederholen. Berechtigt scheint der Einwurf zu sein: warum habt ihr nicht im Lande gefragt? Ich sage, die Frage ist berechtigt, aber sie sollten auch unsere Antwort auf der Wahrheit entsprechend akzeptieren. Es war eine glatte Unmöglichkeit, zu fragen, denn es

handelte sich nicht um Tage, auch nicht um einen Tag, sondern um wenige Stunden. Es war eine gewisse Initiative und Aktivität, die der Parteivorstand entwickelt hat. (Heiterkeit.) Besonders schwer ist uns die Heimlichkeit angekreidet worden. Aber sofort nachdem das Abkommen getroffen war, benachrichtigten wir die ganze Parteipresse und die Parteifunktionen, allerdings vertraulich und warm. Erstens, weil es selbstverständlich sein sollte, und dann auch, weil wir wußten, daß es hier und da Parteigenossen gibt, die sich noch nicht einmal scheuen, uns vor der Entscheidung in schweren Kampfe Knäuel zwischen die Beine zu werfen. (Lebhafte Zustimmung.) Und in der „Bremer Bürgerzeitung“ wurde geschrieben, wenn das Abkommen rechtzeitig bekannt geworden wäre, so wäre es noch während der Wahl zu einem lebhaften Kampfe gekommen. (Hört! hört!) Darauf konnten und durften wir es nicht ankommen lassen. Es lag uns selbstverständlich nichts ferner als die Absicht, bestehende Klassengegensätze zu verwischen. Wer das tun wollte, wäre ein Tor. Wir bleiben was wir sind, in unserer grundsätzlichen Auffassung der gesellschaftlichen Zustände. Wir bleiben die Todfeinde der junkerlichen Herrenwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung, als die Vertreter der im Massenkampf stehenden und aufsteigenden werktätigen Bevölkerung. Unser Ziel ist und bleibt die Verwirklichung des Sozialismus und die Regrechte Demokratie der Arbeiter. Wer vermag zu sagen, was für schwere Kämpfe uns noch bevorstehen auf unserem Wege? Wir sind entschlossen, den Weg zu gehen bis ans Ende und wir alle sind überzeugt, daß er uns zum Siege führen wird. (Bravo.) In kommenden schicksalsschweren Auseinandersetzungen wollen wir zwei Tugenden des Kampfes vereinen: schnellste Anpassung an die Erfordernisse des Augenblicks und klare Erkenntnis unseres Ziels. (Lebhafte Zustimmung.) Noch sind feste Wälle zu klären, noch ist ein harter und stempelloser Feind zu werfen. Schwer sind die Kämpfe, die uns bevorstehen, aber herrlich der Sieg, der uns winkt. So, meine ich, wollen wir kämpfen bis ans Ende, bis zum Siege, und in diesem Kampfe wollen wir freudig stehen in dem Bewußtsein, daß es für uns Sozialdemokraten im Kampfe gegen die Unterdrückung, im Kampfe für Freiheit und Gleichheit eine Lust sein muß zu leben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet, die Anträge 100, 101, 102, 103, 104, 105 und 150 werden mit zur Diskussion gestellt.

Stareffon-Rostock: Nach den vorzüglichen Ausführungen Scheidemanns habe ich nicht nötig, meine Stellung zur Verteidigung des Parteivorstandes eingehend zu begründen. Der Hauptfehler war, daß schon Monate vor dem Reichstagswahlen Lipp und Klar erklärt wurde, wenn diese und jene Bedingungen erfüllt werden, dann stimmen wir für die Liberalen, und daß wir diese Bedingungen so verbessert haben, daß selbst die Nationalliberalen sie ohne weiteres anerkennen. Die Liberalen konnten erklären, es ist ja gar nicht nötig, mit den Sozialdemokraten lange zu unterhandeln, sie müssen ja auf Grund des Parteitagbeschlusses für uns stimmen. Man sollte auf dem Parteitage nur die Grundlinien festlegen, die Einzelheiten aber dem Parteivorstand überlassen. Wir haben ja nun einen Parteitag, in den vielleicht auch ein politischer Kopf hineinkommt. (Heiterkeit.) Verlässlichen wir die Ergebnisse bei anderen Stichwahlen, so können wir mit dem diesmal erreichten Erfolge sehr zufrieden sein.

Ich habe das Vergnügen, in Mecklenburg zu leben. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Dort sind die Liberalen sogar soweit gegangen, daß sie nicht nur der allgemeinen liberalen Parole folgten und erklärten: keine Stimme den Konservativen!, sondern sie forderten direkt dazu auf, für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die Mecklenburger sind also in keiner Weise rückständiger als die Bewohner anderer Gebiete Deutschlands. Wenn man sagt, die Liberalen seien zum Teil ausgerissen wie Schafe, so trifft das zu. Man darf aber nicht vergessen, daß die betreffenden Kreise eine einheitliche freisinnige Klasse nicht darstellen, sondern daß auch weite Kreise der Nationalliberalen in Betracht kommen, und daß die Nationalliberalen nach der freisinnigen Parole zu den Konservativen abschwanken.

Run zu der Nachwahl in Hagenow-Gredesmählen. Wir hatten bei der Hauptwahl 82 Proz. der abgegebenen Stimmen erhalten. Das Mandat des Abg. Pauff wurde nun für ungültig erklärt. Die Nachwahl fand im Juli statt, da hatten wir einen Rückgang von 8 Proz. und mühten uns noch 24 Proz. Das läßt sich in der Hauptsache durch die gewerblichen Saisonarbeiter erklären, die teils nach Lübeck, teils nach Hamburg verzogen sind; aber es muß auch zugegeben werden, daß auf dem Lande sozialdemokratische Wähler bei der Nachwahl im ersten Wahlgange für die Liberalen gestimmt haben. (Hört! hört!) Konservatives Blätter behaupten, das wäre die Folge der Dämpfung bei der Januarwahl. Dieser Schwindel sticht nicht aus. Es ist bedauerlich, daß auch Parteiblätter diesen Vorwurf gegen die mecklenburgische Parteileitung erheben. Es handelt sich vielmehr um eine Taktik der Liberalen, die den Arbeitern erklären: „Wenn Ihr den Sozialdemokraten wählt, so kommt er mit den Konservativen in die Stichwahl, und der Konservative wird gewählt, weil wir für ihn stimmen. Wählt also gleich den liberalen Kandidaten, damit die Wahl des Konservativen verhindert wird.“ Damit haben sie auf die Landarbeiter Eindruck gemacht. Die Liberalen werden sicher diese Methode anderwärts wiederholen, darum müssen wir auf der Hut sein und ihnen überall nachstellen.

Ludwig-Hagen: Die ausgezeichnete Rede Scheidemanns wird wohl jeden davon überzeugt haben, daß der Parteivorstand keinen Besseren zu seiner Verteidigung bestimmen konnte. Unser Wahlkreis Hagen-Schwelm gehört zu den beteiligten. Scheidemann sagte, daß der Vorstand Hagen-Schwelm bedingungsweise in die Liste aufgenommen habe und den Kreis freigegeben habe, als Widerspruch laut wurde. Dieses Eingeständnis beweist nur zu Genüge, daß man doch etwas eilig und unvorsichtig bei dem Abkommen vorgegangen ist. Wir rechneten schon 1907 darauf, diesen Kreis, der eine freisinnige Hochburg ist, zu bekommen. Wir begeisterten die Wähler, und dann kam das Abkommen. Wir verzichteten darauf, dem Parteivorstand eine Resolution vorzulegen oder einen Antrag einzubringen. Unsere Genossen haben mit nur den Antrag gegeben, hier zu erklären, daß sie das Abkommen und besonders den Einschluß von Hagen-Schwelm für eine große Dummheit halten. Dessen Auftrag führe ich hiermit aus. (Heiterkeit.) Ich muß aber auch an eine ernste Seite der Sache erinnern. Es ist nicht so leicht, einen Kreis, in dem 8 bis 1000 Organisierte sind, in dem man in zwei Wahlperioden schon auf den Sieg in der Stichwahl rechnen, einfach abzutreten und bei gedämpftem Trommelklang sich ins Bett zu legen und nichts für die Stichwahl zu tun. Das kann für ein paar Jahre die Organisation eines solchen Kreises zerrüttern. Wir wünschen dringend, daß solche Experimente ohne die Zustimmung der Kreise nicht gemacht werden. Ich kann erklären, daß ich gegen alle Resolutionen stimmen werde. Sie haben nach der vorzüglichen Verteidigungsrede Scheidemanns keine Aussicht auf Annahme. (Beifall.)

Vollender-Verenburg: Auch ich habe als Vertreter des Kreises Verenburg-Duerfurt, der ebenfalls bei dem Stichwahlabkommen mißhandelt ist, die Unzufriedenheit meiner Auftraggeber mit dieser ganzen Stichwahlmethode zum Ausdruck zu bringen. Ich bin kein grundsätzlicher Gegner eines Stichwahlabkommens, aber es muß auf einer Basis erfolgen, die für uns keine Entwürdigung ist. Und wenn der Partner zur Bedingung macht, wir sollen unsere eigene Partei aufgeben, so ist das eine schimpfliche Bedingung. Unter den 31 Kreisen, in denen die Fortschrittler verpflichtet waren, für Sozialdemokraten zu stimmen, befinden sich drei, in denen Stimmen für Fortschrittler überhaupt nicht abgegeben wurden. Aber nicht nur die schimpfliche Bestimmung, sondern auch die Art, wie man sie zur Geltung brachte, hat große Entrüstung erregt. Ohne daß der Parteivorstand auch nur eine Ahnung davon hat, erscheint in dem Organ für Verenburg-Duerfurt eine Bekanntmachung mit einer Unterschrift des Parteivorstandes und des Kreisvorsitzenden, monach alle Versamm-

lungen zu unterbleiben haben. Der Wahlkreisvorstand hat von der Bekanntmachung keine Kenntnis gehabt. Sein Name, und besonders der des Vorsitzenden, ist mißbraucht worden. Am folgenden Tage will der Kreisvorstand in demselben Organe eine Bekanntmachung erlassen, monach die gestrige Bekanntmachung unter falschen Voraussetzungen erlassen worden sei. Die Redaktion und Pressekommision lehnen aber die Veröffentlichung dieser Verächtigung einfach ab. (Hört! hört!) Unter solchen Umständen kann bei den Parteigenossen keine besondere Lust für eine weitere Agitation hervorgerufen werden. Unsere Genossen haben sich allerdings an das ganze Abkommen nicht gefreut. Sie haben durch ihre tätige weitere Arbeit bei der Stichwahl eine Stimmengewinnung von 1300 Stimmen erzielt. Im Namen meiner Auftraggeber möchte ich dem lebhaften Wunsch Ausdruck geben, daß in Zukunft derartige willkürliche Bestimmungen nicht wieder Platz greifen.

Pannetoe-Weimen: Ich will kein Wort verlieren über die sonderbare Behauptung, daß derjenige, der mit diesem Abkommen zufrieden ist, dem Antiparlamentarismus verfallen sei. Wenn man ein Stichwahlabkommen nicht will, so beweist das nicht, daß deshalb Stichwahlenthaltung gepredigt ist. Entweder man benutzt die Stichwahlstimmen, um dem Gegner, den man als das kleinere Übel betrachtet, beizustehen, oder man geht den zweiten Weg, daß man möglichst viele Mandate erzielen will, und daher die Stimmen als ein Handelsobjekt benutzt, mit einer anderen Partei ein Abkommen schließt, um Mandate zu gewinnen. In der Resolution im vorigen Jahre in Jena war der erste Weg gewählt. Da ist keine Rede von einem Abkommen zur Herabminderung des schwarz-blauen Blocks, sondern es wird festgestellt, welche Bedingungen unsere Gegner zu erfüllen haben, wenn sie unsere Stimmen haben sollen. Der Parteivorstand hat den anderen Weg gewählt und nicht den in Jena vorgeschlagenen. In der Presse wurde behauptet, die Freisinnigen hätten das Abkommen angeboten, und deshalb mußten wir zugreifen. Aus dem Bericht und aus den Erklärungen Brauns ergibt sich aber, daß unser Parteivorstand die Initiative zu diesem Abkommen ergriffen hat. (Hört! hört!) Die Illusion, daß unter bedeutender Mandatszuwachs eine Folge dieses Stichwahlabkommens sei, muß ich zerstreuen. Wenn man nachrechnet, welche Kreise wir durch die freiwillige Hilfe gewonnen haben, dann findet man, daß es sich höchstens um ein halb Duzend Mandate handeln kann. Auch ohne das Abkommen hätten die Freisinnigen in größerer Zahl als früher in der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt, denn in diesem Jahre herrscht unter ihnen eine sehr bedeutende Oppositionstimmung, der auch die Volkspartei im Reichstage nachgegeben hat. Dieses Abkommen bedeutet einen Schritt in der Richtung des Revisionismus. (Lachen.) Inhalt und Wirkung der revisionistischen Politik laufen überall darauf hinaus, daß den Arbeitern wieder Vertrauen in den Liberalismus eingeflößt wird.

Run zu der Ohnmacht des Reichstages, die wir behauptet haben. In der „Neuen Zeit“ haben Sie lesen können, daß Rautsky in ziemlich langen Ausführungen eben diese Ohnmacht der Parlamente näher analysiert und damit bestätigt hat. Scheidemann meint nun, wir hätten an diesen ohnmächtigen Reichstag ja in der Steuerungsfrage appelliert. Wir wissen dabei aber ganz gut, daß der Reichstag nur unter dem Druck der Massen Beschlüsse faßt, die notwendig sind. Ohne diesen Druck der Massen wäre er ohnmächtig, nur der Druck der Massen treibt ihn an. (Vereinzelt sehr richtig.)

Dr. Gohn-Kordhausen: Gegenüber allen heftigen Angriffen hat der Parteivorstand immer auf die Wahl in Kordhausen hingewiesen, die ja nicht durch, sondern gegen das Abkommen zu dem Siege geführt hat. Diese Wahl ist allmählich zum Paradieserbe des Vorstandes geworden. Es ist allmählich gelungen, die ganze Diskussion auf die eine Frage zu reduzieren: Ist es eine spasshafte oder nicht spasshafte Geschichte, daß in Kordhausen die Partei gestiftet hat? Ist diese Wahl nötig gewesen trotz oder gegen das Abkommen? Ueber die Art und Weise, wie Scheidemann sich mit meiner Person beschäftigt hat, wundere ich mich nicht. Wir war ja das, womit er die lebhafteste Heiterkeit des Parteitagserregt hat, nicht gerade neu; denn wenn man allmählich über die Bierzig gekommen ist, dann kennt man alle Wege, die sich irgend wie über meinen Namen oder andere Namen machen lassen. (Heiterkeit.) Die Biere habe ich deswegen schon gekannt, weil sie auch in der Protestschrift der Fortschrittler gegen meine Wahl enthalten waren. (Hört! hört!) Da ist Scheidemann allerdings ein merkwürdiges Unglück passiert; denn alles, was dort als einseitige Parteibehauptung stand, das sagt er uns als Tatsache vor. Alle die Geschichten von dem Einfluß der Kriegervereine, der zu meinen Gunsten eingesetzt hat, auch die Geschichte von dem Premierleutnant und dem amtierenden Vorsteher, der am 25. Januar seinen „roten Tag“ gehabt haben will, all das findet sich in dem Wahlprotokoll vor. Entweder ist es dem „politischen Kopf“ passiert, etwas für bare Münze zu nehmen, was der andere gesagt hat, oder es bleibt mir die Möglichkeit — und die schalte ich als selbstverständlich aus —, daß Scheidemann benutzt den Parteitag irreführt hat. Scheidemann wird sich also damit abfinden müssen, daß er als „politischer Kopf“ heute verlagert hat. (Heiterkeit.) Der Freisinn wird sich bei ihm dafür bedanken, daß er den Wahlprotokoll der Freisinnigen so glänzend unterschützt hat. Denn wenn heute Scheidemann als offizieller Vertreter des Parteivorstandes die Behauptungen der Freisinnigen als Tatsache hinstellt, was braucht der Freisinn dann mehr? Was braucht die Wahlprüfungskommission mehr? Außer dieser wichtigen Darstellung der Kordhauser Vorgänge hat Scheidemann vier Gründe für die Verteidigung des Stichwahlabkommens gebracht. Parlamentarische Notwendigkeiten seien es erstens, die es erforderlich machen, mit möglichst großem Vertretungskörper in den Reichstag einzutreten. Das steht ja so aus, als ob Scheidemann die parlamentarische Vertätigung mit der Gegnerschaft gegen das Stichwahlabkommen verwechselt, als ob er sagen wollte, gegen das Stichwahlabkommen könne nur der sein, der überhaupt keinen parlamentarischen Einfluß haben will. Das ist ganz verkehrt. Da werden zwei Dinge durcheinander geworfen, die nichts miteinander zu tun haben. Ich kann zugleich im Namen einer großen Zahl mit nachstehender parlamentarischer Genossen erklären, daß wir selbstverständlich, ob mit oder ohne Stichwahlabkommen, alles einlegen werden, damit der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie der ihr gebührende Einfluß zuteil wird. Also Scheidemann kann niemanden grüßlich machen, wenn er sagt, das seien Antiparlamentarier, Massenstreikpropagandisten, die gegen die Dämpfung und das Abkommen sind.

Zweitens erklärte Scheidemann, daß eine außerordentliche Situation auch außerordentliche Maßregeln erfordere. Dieses Argument kann man in dieser Unbestimmtheit für jede Maßregel anwenden. Mit ihm hat Louis Napoleon den Staatsstreich gerechtfertigt und mit ihm könnte eine Abschaffung des Reichstagswahlrechtes im Wege des Verfassungsbruches und der Gewalttat gerechtfertigt werden. Wenn dieser Satz mehr bedeuten soll als eine Phrase, so ist uns Scheidemann den Beweis schuldig geblieben, worin die außerordentliche Situation bestanden haben soll. Er hat auch nicht bewiesen, daß gerade die als ungebührlich empfundene Norm der Dämpfung notwendig war. Das dritte Argument Scheidemanns bestand darin, daß 1907 auch ein Stichwahlabkommen notwendig geworden sei. Aber ist aus 1907 das zugewunken worden, was man uns 1912 zugewunken hat? Gerade dieses besondere Stichwahlabkommen hat das Mißfallen und die tiefste Entregung hervorgerufen. Scheidemann sagte, die 16 Kreise konnten wir nicht leichten Herzens aufschalten, wir hätten sie niemals geholt. Im Wahlkreis Kordhausen-Grasshof-Hohenstein fehlten uns im ersten Wahlgang ganze 750 Stimmen. Unser Zuwachs betrug im ganzen 840 Stimmen, der der Freisinnigen aber 1800. Wenn man schon die eigenartige Folgerung Scheidemanns mitmacht, daß wirklich eine einigermaßen beträchtliche Anzahl von antiparlamentarischen Stimmen auf den Sozialdemokraten übergegangen sind, dann ist es notwendig, daß 1800 antifemistische Stimmen dem Freisinnigen trotz dem Abkommen zugekommen seien. Aber diese

ganze Verechnung ist falsch. Ich bestreite, daß irgend ein Antisemit für uns gestimmt hat. Was wir herausgeholt haben, kam aus unseren Reihen, von den Landarbeitern, denen die Wahl freigegeben sein mag, die nicht durch den Inspektor oder den Herrn Amtsvorsteher selbst zur Wahl geführt wurden, die aber schon bei der Hauptwahl für uns gestimmt hätten, wenn sie freie Wahl gehabt hätten. Die Nordhausener Genossen haben in hingebender Arbeit die 700 Stimmen, die uns gefehlt haben, herausgeholt. Ich vertrete die Resolution, die die Nordhausener Genossen auf der Kreis-Generalversammlung angenommen haben, wenn auch Scheidemann sein Mißfallen darüber ausgesprochen hat, daß ich es für meine Aufgabe gehalten habe, im Kreise herumzureisen und die Resolution zu extrahieren. Ich nein, Genosse Scheidemann, ich kann Sie beruhigen. Ich habe die Resolution der Nordhausener sogar abgemildert. Würde die erste scharfe Resolution hier zur Verlesung gekommen sein, dann würde sich der „politische Kopf“ des Genossen Scheidemann noch viel mehr in Bewegung gesetzt und geschüttelt haben. (Heiterkeit und Anruhe.) Wenn Scheidemann im übrigen dem Wahlprotest der Freisinnigen als bester Quelle, deren sich ein Sozialdemokrat bedienen kann, gefolgt ist, so hat er sich glücklicherweise noch nicht das zu eigen gemacht, was sonst noch in diesem Wahlprotest an sogenannten Tatsachen enthalten ist. Abgesehen von der Fahnen- und Kriegervereinsgeschichte gipfelt dieser Protest nur noch in den schäbigsten Denunziationen gegen Beamte und Arbeiter. Der Freisinn von Nordhausen, unsere Bundesgenossen beim Stichwahlabkommen, schämen sich nicht, Vorkarbeiter der staatlichen Verwaltung zu denunzieren, weil sie den ihnen unterstellten Arbeitern getrauen hätten, den Sozialdemokraten zu wählen. (Hört! Hört!) Wir kennen diese Sorte von Freisinn. Mit Politikern solcher Sorte darf man sich, auf Abmachungen nicht einlassen, und deshalb mißbilligen wir besonders die Dämpfung. Genosse Braun wird sich ja an die Versammlung in Nordhausen erinnern, wo er für das Stichwahlabkommen gesprochen hat. Er wird kaum jemals eine schwerere Aufgabe zu erfüllen gehabt haben als diesen opferbereiten Versammlungsbesuchern zu sagen: Nehmt einen Dolch, stecht Euch tot und tötet auch die Organisation auf viele Jahre! (Zustimmung und Widerpruch.) Es gibt keine politische Situation, keine Notwendigkeit eines Stichwahlabkommens, die es rechtfertigen könnte, unsere Arbeiterbewegung auch nur im kleinsten Maße zurückzuschlagen. Das wäre aber die Folge der Dämpfung in Nordhausen gewesen. Wir werden ja dem Parteivorstand das gute Weiter, um das er gebeten hat, bewilligen. Aber wir wünschen, daß der Parteitag sich glatt gegen die Dämpfung ausspricht. (Weißl.)

Dresdner-Eiberfeld:

Der Widerspruch der Genossen richtet sich keineswegs gegen das Stichwahlabkommen schlechthin, sondern in der Hauptsache dagegen, daß es um den Preis der Dämpfung geschlossen worden ist. Offenlich wird man nie wieder die Bedingung der Dämpfung in ein Stichwahlabkommen aufnehmen. Zu dem schwarzblauen Bloß gehören, wie die parlamentarische Erfahrung der letzten Monate beweist, und wie insbesondere die Annahme der Wehervorlage dargetut, auch die Liberalen. Auch bei der Frage der Teuerung wird es sich zeigen, daß sie zum schwarzblauen Bloß gehören. In Eiberfeld-Barmen sind von den fortschrittlichen Stimmen keine 10 Proz. für die Sozialdemokratie abgegeben worden. Und dabei handelt es sich um eine Großstadt, nicht etwa um das flache Land. Man darf auch nicht die Wirkung eines solchen Abkommens auf die Parteiorganisation unterschätzen. Es geht nicht, daß man den Genossen, nachdem man sie zuerst angezogen hat, ihre volle Pflicht zu tun, einfach sagt: Weht nach Haus, wir wollen nichts unternehmen. Schluß damit! Ich bitte Sie um Annahme der Eiberfelder Resolution, die sich nicht gegen das Stichwahlabkommen überhaupt richtet, sondern nur verlangt, daß es nicht wieder so gemacht wird wie dieses Mal. (Zustimmung.)

Schiller-Hirschberg:

Ich habe Scheidemann zum ersten Male gehört und muß vorurteillos gestehen, ich habe selten einen solchen oratorischen Genuß gehabt. Aber ich hätte einen noch größeren Genuß gehabt, wenn

er zu einer anderen Sache gesprochen hätte. Scheidemann war ja viel vorständiger als der Vorstand selbst. Er hat uns mit seiner glänzenden Rede einen Ball aufgebaut, den wir in unserer Kleinarbeit nicht so leicht übersteigen werden. (Oh! und Heiterkeit.) Ich komme aus dem Riesengebirge und habe eine Wahl-agitation hinter mir, daß ich mir ein Stück Schwindsucht an den Hals geholt habe.

Gegen den Freisinn, wie Cohn ihn geschildert hat, sind unsere Genossen seit 30 bis 40 Jahren mit Recht von dem gleichen Hasse erfüllt wie gegen alle Reaktionäre. Und da muten Sie den Genossen zu, eine solche Parole zu begreifen? Scheidemann sagte, es sei eine große Situation gewesen, die auch große Mittel verlangte. Ich habe aus der bisherigen Diskussion und auch auf der Preiskonferenz in Berlin gehört, daß man deshalb die Genossen so plötzlich mit der Dämpfung überrascht hat, weil keine Zeit mehr blieb, sich mit den Genossen draussen in Verbindung zu setzen. Scheidemann sagt auch, man hätte gefürchtet, daß verantwortlichen Exzessiven in der Partei der Parteiknäuel zwischen die Beine geworfen würde, wenn man offen mit dem Stichwahlabkommen herausgetreten wäre. Wenn so etwas auf dem Spiele steht, haben wir noch viel mehr Grund, die demokratischen Empfindungen in der Partei zu achten. Man hätte Zeit gewinnen müssen, um mit denjenigen Genossen zu sprechen, die seit Jahrzehnten einen erbitterten Kampf gegen den Freisinn führen. Da sagt uns Scheidemann — ich halte ihn ohne Zweifel für einen Ehrenmann — die Dinge wären ganz anders, das Mißtrauen gegen die Radikalen wäre schuld. Da weiß ich wirklich nicht, was ich zu Hause unseren Wählern im Gebirge sagen soll. Ein Stichwahlabkommen an und für sich mit Leistung und Gegenleistung begreift bei niemandem prinzipielle Bedenken. Aber hier handelt es sich um ein Kompromiß, um einen Handelsvertrag, bei dem dem Freisinn die Reichbegünstigung eingeräumt wird. Das ist keine gesunde Erscheinung. Im Interesse der Arbeit, die wir draussen täglich leisten müssen, ersuche ich Sie, gegen ein solches Abkommen mit diesem ungeheuerlichen Anhängel der Dämpfung zu stimmen. Sorgen wir dafür, daß dergleichen nicht mehr vorkommt. Dann dienen Sie der Propaganda mehr als dadurch, daß Sie mit Hilfe der freisinnigen Pufferpartei im Parlament keine Gesetze herauszuschlagen. Wenn es nicht anders möglich ist, dann warten wir noch eine oder die andere Wahl ab, bis wir die Mehrheit oder eine große Zahl sozialdemokratischer Abgeordneter haben, aber auf der Basis gesunder Wahlen aus eigener Kraft. Wir brauchen die Revolutionierung und Umwälzung des Staates nicht übers Anie zu brechen. (Schallende Heiterkeit.) Es kommt nicht darauf an, ob wir noch zwei Wahlperioden warten müssen. (Erneute Heiterkeit.) Die Hauptfrage ist, daß wir für die Durchdringung mit dem „sozialen Gift“ sorgen.

Dr. Laufenberg-Hamburg:

Die Rede Scheidemanns war zweifellos sehr geschickt. Der Reid muß ihm lassen, daß er eine große Wirkung erzielt hat. Aber ich hätte in seinen oratorischen Redewendungen manche gern vernimmt, den „Cohn mit dem Fahnenband“ und die spekulative Verwendung gewisser kleiner Entgleisungen in der Parteipresse. (Zustimmung.) Es ist nicht zu verkennen, daß der Parteivorstand bei dem Abschluß des Abkommens sich in einer schwierigen Lage befand. Es bestand die Gefahr, daß der schwarzblaue Bloß nicht genügend geschwächt würde. Ich bin mit Scheidemann einverstanden, daß man die Zahl der Mandate nicht als nebensächlich betrachten könne, und wenn er sagt, daß maßgebend für die Führung unseres Wahlkampfes bleiben müßten die grundsätzlichen demokratischen Gesichtspunkte, wobei ich bitten möchte, die sozialistischen Gesichtspunkte nicht zu übersehen. Es galt, die Rückkehr des schwarzblauen Bloßes zu verhindern. Und unter diesem Gesichtswinkel haben wir in Hamburg gegen den Abschluß eines Stichwahlabkommens nichts einzuwenden. Viel haben wir einzuwenden gegen die Dämpfung. Scheidemann wies hin auf die Erpreßartikeln der Konfessionen gegenüber dem Freisinn. Die Konfessionen hatten den großen Trumpf in der Hand, für die Sozialdemokratie in gewissen Kreisen zu stimmen. Scheidemann hat recht, daß wir doch keine schätzbaren Wahlmandate mitmachen können. Es will mich bedanken, als sei das eine sehr scharfe Kon-

statierung der Wackelhaftigkeit des Freisinn. Wenn ich zu den „politischen Köpfen“ der Partei gehörte, würde ich mich doch bedenken, eine derartige Charakterisierung zur Grundlage parlamentarischer Koalitionen zu machen. Es ist zweifellos, daß dem Reichstag eine bestimmte politische Nachfolge übertragen ist. Ich bin auch nicht einverstanden, wenn Pannicoel der Meinung ist, daß sich in Deutschland Massenaktionen unter Zurückstellung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen durchzuführen lassen. So, wie die Dinge bei uns in Deutschland sich entwickelt haben, können Massenaktionen nur durchgeführt werden, wenn sie auf der Grundlage unserer Organisationen stehen. Ich gehe nicht so weit, zu sagen, daß das Stichwahlabkommen ein deutlicher Schritt in der Richtung auf revisionistischer Taktik ist; das wäre zu viel gesagt. Es scheint mir, als ob die Entwicklung in der bürgerlichen Welt sich vollzieht in der Sammlung wider das Koalitionsrecht. In dieser Beziehung sind die Fortschrittler genau so unsichere Kantonalisten wie die Liberalen überhaupt. (Sehr richtig!) Die Partei hätte deshalb alle Veranlassung, ihre Wahlkämpfe, auch die Stichwahlkämpfe, mit möglichster Entschiedenheit zu führen und dafür zu sorgen, daß nichts geschieht, was die Energie unseres Klassenkampfes schwächen könnte. Von diesem Gesichtspunkt aus hätte die Dämpfung nicht erfolgen dürfen.

Schlich-Dreslau:

Wer die bisherigen Redner gehört hat, muß zu der Ansicht kommen, daß der Parteivorstand ganz isoliert dasteht. Mit Ausnahme des letzten Redners waren es wohl alle Vertreter von Wahlkreisen, die von der sogenannten Dämpfung betroffen wurden, und man kann sie deshalb begreifen, daß sie sich in scharfer Form gegen das Abkommen wehrten. Auch in dem zu meinem Bezirke gehörigen Kreise Liegnitz waren die Genossen nicht gerade ercartet darüber, daß sie dämpfen sollten. Denn bei uns kandidierte der bekannte Stadtrat Fischbein, und wenn man weiter den politisch verlumpten Freisinn im Liegnitzer Kreise kennt, so wird man verstehen, daß es sehr schwer war, bei dem Abkommen ruhig zu bleiben. Aber trotzdem haben unsere Genossen, als sie sahen, um was es sich handelt, selbstverständlich Disziplin gehalten, und erst dadurch, daß der Liegnitzer Freisinn selbst ausdrücklich erklärt hat, daß er mit dem Vorgehen seines Vorstandes und seines eigenen Kandidaten nicht einverstanden ist, sagten unsere Genossen: Nun hört jede Rücksicht auf! Diejenigen Genossen, die da glauben, daß vielleicht ihr Wahlkreis ohne das Abkommen geholt werden würde, sollten nicht vergessen, daß die Situation durch das Abkommen eine ganz andere geworden war. Ich muß mich wundern, daß Genosse Schiller erst heute hier erklärt hat, daß ihm das Abkommen geschadet habe, während er auf der Bezirkskonferenz, an der er teilgenommen hat, nichts gegen das Abkommen eingewendet hat. Im zweiten schlesischen Kreise, der von der Dämpfung betroffen wurde, hat man sich, wenn auch noch einigem Zögern, ohne weiteres damit einverstanden erklärt. Allerdings haben die Genossen den Wunsch ausgesprochen, daß möglichst bei späteren Abkommen diese Dämpfung vermieden werde. Scheidemann sagte ganz richtig, daß außerordentliche Verhältnisse auch außerordentliche Mittel bedingen. Von diesem Standpunkte aus betrachtet wird jeder, der objektiv die Frage beurteilt, zugeben, daß der Parteivorstand bei dieser Situation gar nicht anders handeln konnte. Draußen im Lande hatte man auch das Stichwahlabkommen sehr gut verstanden. Ich bin in etwa zehn Wahlkreisen meines Bezirkes gewesen, und einmütig haben die Genossen betont, das Abkommen war nicht nur richtig, sondern direkt eine politische Notwendigkeit, und man hätte dem Parteivorstand Vorwürfe gemacht, wenn er in dieser Situation anders gehandelt hätte. Im Auftrage der Genossen kann ich dem Parteivorstand unser Vertrauen aussprechen. Die Genossen wünschen, daß bei ähnlichen Situationen später ebenso verfahren wird, wie es diesmal der Fall gewesen ist.

Um 5 1/2 Uhr läßt Vorsitzender R o s t e darüber abstimmen, ob die Debatte heute noch fortgesetzt oder die Verhandlung auf morgen verlegt werden soll. Der Parteitag beschließt die Verlegung auf Donnerstag früh 9 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen **Santa Lucia Stärkungs-Rotwein** **Fl. 1.50 u. 2. Nachahmung bitte zurückzuweisen.** Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Dellkat.-Gesch.

Schlafzimmer von 362.— Mark an

Herrenzimmer von 440.— Mark an

Speisezimmer von 585.— Mark an

Ohne Preiserhöhung

erhalten Sie einzelne Möbel sowie kompl. Einrichtungen auf sehr bequeme Teilzahlung

bei

Otto Piehl

Möbel

Magazin

Brunnenstr. 120

Stunend billige Preise

Beachten Sie getl. meine **3** Schau-fenster-Ansichten

Beständige Ausstel-lung von zirka **60** Muster-zim-mern

Kleider-schränke

Vertikos

Wasch-toiletten

Um-bauten

Servier-tische

in nur godesonnen Qualitäten

Bunte Küchen von **M. 48.— an**

Trumeaus

Pfeiler-spiegel

Spiegel-spinde

Esstische

Sofas

Nachtische

Chaisa-longues

in riesiger Auswahl

Einzimmereinrichtung von **233.— Mark an**

Zweizimmereinrichtung von **420.— Mark an**

Dreizimmereinrichtung von **580.— Mark an**

Achten Sie genau auf Strasse und Haus-nummer



A. Wertheim



G. m. b. H.

Leipziger Str. 126-30
132-37

König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

Oranien-Strasse

Soweit
vorhanden:

Lebensmittel-Verkauf

Inseriertes Obst,
Gemüse u. Fische
können nicht zu-
gesandt werden.

Obst u. Gemüse

Goldtrauben Pfd. 20 Pf. ^{Kiste} 1.38	Strudeläpfel 2 Pfund 15 Pf.
Blaue Kurtrauben . . . Pfund 18 Pf.	Tiroler Äpfel Pfund 18, 20 Pf.
Kaiserkronen Pfund 15 Pf.	Bananen Pfd. 18, Kochäpfel ² 15 Pf.
Bergamottebirnen . 3 Pfund 25 Pf.	Blaue Pflaumen . . 3 Pfund 30 Pf.
Napoleonsbirnen . . 3 Pfund 20 Pf.	Ital. Pfirsiche Pfund 45 Pf.
Kochbirnen 3 Pfund 10 Pf.	Preisselbeeren Pfund 25 Pf.
Gravensteiner Pfund 23 Pf.	Ananas Pfd. 75, 88 Pf.
Hasenköpfe Pfund 15 Pf.	Frische Gurken 3 Stück 10, 15 Pf.
Graue Reinetten . . 3 Pfund 25 Pf.	Kürbis Pfund 6 Pf., im Ganzen 4 Pf.

Hülsenfrüchte

Victoria-Erbsen Pfund 19 Pf.	Mittel-Linsen . . . Pfund 16, 20 Pf.
Kleine Erbsen Pfund 15 Pf.	Kleine Bohnen Pfund 18 Pf.
Glasiert. Erbsen ^{mit 23% Spalt} 20 Pf.	Java-Reis Pfund 25, 30, 36 Pf.
Grüne Erbsen Pfund 20 Pf.	Rangoon-Reis . . . Pfund 18, 20 Pf.
Grüne glasierte Erbsen Pfd. 30 Pf.	Reisgries Pfund 18 Pf.
Grosse Linsen Pfund 26 Pf.	Hartgries Pfund 22 Pf.

Konserven

Stangenspargel I ^{1/4 Dose} 1.75	Heidelbeeren 1/4 Dose 60 Pf.
Stangenspargel I ^{1/2 Dose} 93 Pf.	Saure Kirschen ohne Steine ^{1/4 Dose} 1.00
Stangenspargel III ^{1/4 Dose} 1.30	Mirabellen 1/4 Dose 65 Pf.
Stangenspargel III ^{1/2 Dose} 70 Pf.	Melange Früchte . . . 1/4 Dose 85 Pf.
Bruchspargel ^{extra stark 1/4 Dose} 1.50	Reineclauden 1/4 Dose 88 Pf.
Bruchspargel ^{extra stark 1/2 Dose} 80 Pf.	Stachelbeeren 1/4 Dose 60 Pf.
Bruchspargel II ^{1/4 Dose} 1.00, ^{1/2 Dose} 55 Pf.	Bismarck-Heringe . . Dose 42 Pf.
Bruchspargel ^{ohne Köpfe 1/4 Dose} 85 Pf.	Brat-Heringe Dose 42 Pf.
Bruchspargel ^{ohne Köpfe 1/2 Dose} 48 Pf.	

Fleisch

Schmorfleisch Pfd. 1.00
Filet ungeschält, im Ganzen Pfund 1.10
Roastbeef Pfd. 1.10, ohne Knochen 1.40
Brust u. Fehlrippe Pfd. 85 Pf.
Kamm u. Querrippe Pfd. 75 Pf.
Frisch. Schinken i. Ganz. Pfund 85 Pf.
Schweinekamm u. Schuft i. Ganz. Pfd. 90 Pf.
Schweine-Kotelett Pfd. 1.00
Schweinefilet Pfund 1.20
Rückenfett u. Liesen Pfd. 85 Pf.
Hammelkeule u. Rücken i. Ganz. Pfd. 85 Pf.
Dicke Rippe 80, Dünnung 70 Pf.
Kalbskamm u. Bug Pfd. 90 Pf.
Kalbsbrust 90 Pf. Spitze 1.05
Pökelschinken Pfund 1.25
Kass. Rippespeer 85 Pf. bis 1.00
Hirsch- u. Wildschwein Keule u. Rücken Pfd. 1.10, Blatt 85 Pf.

Fische

Schellfische Pfd. 20 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, in ganz. Fisch. Pfd. 20 Pf.

Fleischwaren

Pariser Lachsschinken Pfd. 1.90	Jagdwurst Pfd. 1.05
Rollschinken ca. 5-8 Pfund schwer Pfund 1.55	Feine Leberwurst Pfd. 1.15
Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfund schwer Pfund 1.35	Landleberwurst Pfd. 1.00
Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.30	Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25
Braunsch. Zervelatwurst 1.80	Rotwurst Pfd. 55, 75 Pf.
Schinkenwurst Pfund 1.50	Frankfurter Würstchen Dose 2 1/2 Paar 85 Pf., 5 Paar 1.40, 10 Paar 2.60
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.40	Delikatess-Brühwürstchen 6 Paar . . . 90 Pf., 12 Paar . . . 1.75
Teewurst Pfd. 1.25	
Bauernmettwurst Pfd. 1.15	

Räucherwaren

Makrelen Stück 10 Pf.	Sprottbücklinge Pfund 50 Pf.
Sprotten 1/2 Pfund 40 Pf.	Goldfische Stück 15 Pf.
Nordseeschollen Pfund 60 Pf.	Aale Pfund 1.10, 1.55
Ahlbecker Flundern Pfund 40 Pf.	Maifsheringe ^{St.} 15, ^{St.} 25 Pf.
Bücklinge 3 Stück 10, 3 Stück 25 Pf.	Sauerkohl 3 Pfund 10 Pf.

Butter u. Käse

Koch- u. Backbutter Pfund 1.15	Camembertkäse Stück 23 Pf.
Essbutter 1.25, 1.35, ^{1/2 Pfund} 68 Pf.	Schweizer Pfd. 92, Tilsiter 68 Pf.
Bratenschmalz Pfund 70 Pf.	Emmentaler Käse Pfund 1.10
Marmelade leicht gefärbt Pfd. 33 Pf.	Faust- und Spitzkäse 3 Stück 25 Pf.
Pflaumenmus Pfund 30 Pf.	Limburger Käse Pfund 60 Pf.

Geflügel

Junge Gänse Pfd. 65, 75, 85 Pf.	Suppenhühner . . . 1.35 bis 3.00
Gänserrümpfe 4.00, 4.50	Junge Enten 1.65 bis 3.50
Brathühner 75 Pf. bis 2.25	Rebhühner 75, 90 Pf. 1.25

Kulant und reell **Diskret u. vornehm**

HUGO UDO COHN
No. 13 Kottbuser Damm No. 13
offert
auf Teilzahlung
Einzel-Möbel
und
Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Anzahlung niedrigst nach Uebereinkunft!

Grosse Auswahl in
Herren-Garderobe
Damen-Garderobe
Kinder-Garderobe

10% der geleisteten Anzahlung erhält ein Jeder sofort gutgeschrieben, der sich auf dies Inserat bezieht **10%**

VERA
3 Pfg.-Cigarette

Josef

Ziehung unwiderruflich
24. und 25. September in Bonn.

Erste Preisl.
Rheinische Lotterie

Lose à 1 Mk. 11 Lose für 10 Mk.
Porto und Liste 30 Pf. extra.

5717 Gewinne. Gesamtwert Mark
80 000
Garantir 40 Tausend Wert Mark
50 000
und 2077 Gewinne Wert Mark
30 000
Erster Hauptgewinn Wert Mark
10 000

Lose in Lotteriegeschäften, Lose-
verkaufsstellen u. durch Bankgeschäft
Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitstraße 5.
Telegr.-Adr.: Ollwollmüller.

Idealbrikett der Zukunft

Michel

Großes 7" Format, drei Gelas
jeder Etage, M. 8.25 pro 1000,
ersten Seiffenberger Marken
voll gleichwertig.

Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110.
Telephon 1610.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Zigarren-Händlern

bequemsten Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und
reichhaltigste ausgestattete
Tabak-, Zigarren- u. Zigaretten-Engroslager
Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 119.
Amt Königstadt 3981.
Offiziere sämtliche bekannten Berliner und Dresdener
Zigaretten zu Original-Fabrikpreisen.
Generalvertrieb gesetzl. gesch. Kapitän-Kautabake,
der Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Kautabak-Fabriken
G. H. Gancwader und Grimm u. Triebel in Nordhausen;
Brüder Braun in Kopenhagen sowie A. Goldfarb Schnupf-
tabake, Fr. Stargard, Rauchtabake von Cibalet, v. Eiden in
Hamburg etc.

Bei **Neueinrichtungen** von Zigarren-Geschäften
bitten mehr reichhaltiges
Zigarren-Engroslager
zu beschäftigen. — Ich führe nur gut gelagerte, feinste
Qualitäten in allen Preislagen.

Kaufen Sie nicht früher
Kinderwagen-Bettstellen
ohne die Preise
bei mir vorher zu sehen!

Gar-
nierte Kinderbettstellen **7.50** Mk.
an.

Kierski
Berlin N.
Ein-
gang Rülgenstr. 27 (Brunne-Str.) Ecke

Hallo! Spare in der Zeit

beim Einkauf. Wir empfehlen Gelegenheitskäufe in neuen sowie gebrauchten Herren-Ärmeln, Anzügen, Jacketts etc.
Lehens und Maßhaken, (so Monardgarderobe, welche teils in feinsten Wertstoffen (auch auf Seide) gearbeitet sind.
Jeder Herr findet passende Garderobe. Früherer Anschaffungspreis bis 120 Mk., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen.

Herren-Jacketts 8.- 12.- 16.- 20.- Mk. etc.	Mod-Anzüge 12.- 16.- 20.- 24.- Mk. etc.
Herren-Ärmel 10.- 14.- 18.- 22.- Mk. etc.	Gehrod-Anzüge 18.- 22.- 26.- 32.- Mk. etc.
Jackett-Anzüge 9.- 12.- 14.- 19.- Mk. etc.	Herrenhosen 3.- 5.- 6.- Mk. etc.

Verleihung von eleganten Frack- u. Gesellschaftsanzügen.

J. Wand Haupt-Geschäft **Gr. Frankfurter Str. 116,** II. Geschäft: **Chausseestr. 89, Lissenstr.**

Sozialdemokratischer Parteitag.

Vierter Verhandlungstag.

Chemnitz, 19. September.

Vorsitzender Kossel eröffnet die Sitzung, die Diskussion über die Reichstagswahlen wird fortgesetzt. Hierzu ist noch ein Antrag eingegangen von Lorenz und Stadthagen:

Der Parteitag bedauert das Stichwahlabkommen mit der fortschrittlichen Volkspartei insoweit, als dadurch eine Dämpfung des Wahlkampfes in 16 Wahlkreisen herbeigeführt wurde. Der Antrag gilt als genügend unterstützt.

Pfied - Berlin:

Ich hätte nicht zu der vorliegenden Materie mich zum Wort gemeldet, wenn nicht Scheidemann eine Äußerung von mir zitiert hätte, die ich in einer Berliner Parteiversammlung zum Stichwahlabkommen getan habe. Zur Würdigung seiner oft launigen Rede hat Scheidemann die Nennung meines Namens mit einem angeblich in Berlin nicht mehr neuen Witz verbunden. Anlaß dazu gab ihm wohl ein Berliner Genosse, der meine Äußerung wohl kannte, aber dennoch danach fragte und der früher ebenfalls in Berlin einmal Trumpf gewesen ist. Seitdem er Mitglied des Reichstages ist, verhält er sich freilich sehr still in Berlin. Meine Äußerungen waren die Antwort auf eine überschwengliche Einschätzung des Stichwahlabkommens durch die damaligen Vorstandsvorteiliger. Wenn ich dabei von einer künstlichen Verschönerung der Mandate gesprochen habe, so mag ja diese Bezeichnung nicht gerade angenehm klingen, aber es ist doch Tatsache, daß um die Mandate der Wahlkreise, die wir dem Freisinn abgetreten haben und über die, in denen uns die Freisinnigen unterstützen sollten, gehandelt worden ist. Die Mandate werden also Handelsobjekte. Es darf sich bei unserem Wahlkampf nicht um Erlangung von Mandaten, um jeden Preis handeln, auch nicht um das Mittel der Dämpfung. Ich denke dabei an die Worte Wedels, daß ihm 4 Millionen Stimmen und 50 Mandate lieber seien, als 2 Millionen Stimmen und 100 Mandate. Darin liegt keine Unterschätzung des Einflusses, den eine große Zahl von sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag ausüben kann, es soll damit ausgedrückt sein, daß Mandate nur auf dem Wege des politischen Kampfes erobert werden sollen. Auch die Geheimhaltung wird man dem Parteivorstand zugute halten können, weil er sich fügen mußte, daß das Abkommen eine gewisse Risikoprämie bei den Parteigenossen hervorzurufen mußte und besonders die vorzeitige Bekanntgabe der Dämpfungsklausel den ganzen Erfolg in Frage stellen konnte. Scheidemann hätte sich einen Teil seiner Ausführungen sparen können, ebenso die Hinweise auf die Artikel der „Neuen Zeit“. Diese Artikel sprachen sich nur für ein Abkommen überhaupt aus, keineswegs aber für eine Dämpfungsklausel. Auch die Gegner des Abkommens sind der Meinung, eine möglichst große Zahl von Mandaten herauszuholen. Ob das Mittel das richtige war, steht jetzt zur Entscheidung. Ich bin der Meinung, daß es nicht angewendet werden dürfte. Dem Genossen Ledebour hat Scheidemann ein Lob für seine verständige Beurteilung der politischen Situation während der Stichwahl ausgesprochen und auch Ledebour ist gegen die Dämpfungsklausel. Auch Genosse Kautsky rät ja von der Wiederholung eines solchen Mittels ab. (Zuruf von Plannusch: Kautsky war aber dabei!) Wenn er hinterher zu einer anderen Beurteilung kommt, so hat er sich inzwischen überzeugt, daß die Anwendung eines solchen Mittels nicht vorteilhaft ist. Wenn die Liberalen zu den Schwarzblauen gegangen wären, so hätte uns das weniger Mandate eingebracht, aber ein solches Vorgehen der Freisinnigen hätte noch mehr beigetragen, den freisinnigen Wählern aus Angestellten- und Arbeiterkreisen die Augen zu öffnen über das ganze Oppositionsgesetz der fortschrittlichen Volkspartei. Der Freisinn befand sich also in größter Not, wir hatten gar keine Ursache, ihm so weit entgegenzukommen, wie wir es getan haben. Bei einem Votum des Parteitages über das Abkommen kann es sich nur darum handeln, zum Ausdruck zu bringen, daß die Dämpfungsklausel nicht gutgeheißen wird und daß wir vor allen Dingen Wahlbündnisse auf Grund solcher Mittel nicht wollen. Die Resolution bringt eigentlich nur zum Ausdruck, was der Parteivorstand auch schon gesagt hat, nämlich, daß er die Dinge ebenfalls bedauert. Ich protestiere gegen die Ansicht, als ob in dieser Resolution etwa eine Verabsagung des Parteivorstandes läge. Man müßte ihn schon als unschuldig bezeichnen, wenn man seine Handlungen nicht kritisieren dürfte. Ohne Gelpensiererei zu betreiben, ist zu bedenken, daß die Dämpfung nur eine Stappe auf dem Wege zur Verteilung der Mandate zwischen uns und den bürgerlichen Parteien vor der Wahl ist. Wenn die bayerischen Genossen bei ihren Landtagswahlen zu einem solchen Mittel gegriffen haben, so können sie fast dieselben Argumente dafür anführen, wie Scheidemann zur Begründung der Dämpfung. Auch sie wollten den Willen des bayerischen Volkes in der Zusammenfassung des Landtages zum Ausdruck bringen. Ihr Zweck war zwar nicht, den schwarz-blauen Block zu zertrümmern, aber die liberale Mehrheit (zunehmende Unruhe, Vor. Kossel: Aber, Gen. Pfied, ich muß Sie aufmerksam machen, daß das bayerische Abkommen nicht zur Debatte steht.) Ich will nur aufmerksam machen, daß die Dämpfung nur eine Stappe auf dem Wege ist, den die bayerischen Genossen betreten haben. (Neue Unruhe und Zurufe: Sie haben ja keine Ahnung von den bayerischen Verhältnissen.) Gewiß, die Verhältnisse sind andere, und ich möchte mir kein Urteil darüber an, aber Scheidemanns Argumente laufen auf die Argumente hinaus, die die Bayern für die Verteilung der Mandate vor der Hauptwahl gebrauchten. Ich bitte, nicht auf diesem Wege fortzuschreiten, möge der Parteitag der Resolution zustimmen und für die Zukunft Richtlinien für das Vorgehen bei den Stichwahlen ziehen.

Wappenheim - Schwetzingen:

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um auf das Verhältnis der Reichstagswahl bei uns in Schwetzingen zu der Wahl in Nordhausen einzugehen. Das Eintreten der Liberalen für uns, soweit wir mit Vertretern des schwarz-blauen Blocks in Stichwahl standen, mußte eine Selbstverständlichkeit für die Liberalen sein, nachdem sie sich in ihren Redensarten gegen den schwarz-blauen Block so festgelegt hatten, daß ein Zurückweichen unmöglich war. Es ist so hingestellt worden, als ob Cohns Wahl in Nordhausen auf das Eintreten der Liberalen für den sozialdemokratischen Kandidaten in unserem Wahlkreis zurückzuführen sei. Es kann aber keine Rede davon sein, daß die Liberalen für uns eingetreten sind. Der fortschrittliche Kandidat erhielt im ersten Wahlgang 6800 Stimmen und kam nicht in die Stichwahl. Von diesen liberalen Wählern haben 4300 in der Stichwahl den Antisemiten gewählt, also vier Fünftel. In unserem Kreise liegen Verhältnisse vor, die von unseren Parteitheoretikern studiert werden müssen. In der Wahlagitiation wurde schon vor der Hauptwahl von den Antisemiten erklärt: Wenn die Sozialdemokraten mit den Liberalen in die Stichwahl kommen, dann wählen die Antisemiten Vorn für Mann den Sozialdemokraten. (Hört! Hört!) Eine Verbreitung des Inhalts des Stichwahlabkommens war in der regelmäßig erscheinenden Presse des Wahlkreises nicht möglich, die bürgerlichen Blätter weigerten sich bis auf wenige Ausnahmen, den Wahlaufruf der fortschrittlichen Volkspartei zu verbreiten. Die fortschrittlichen hätten nach dem Stichwahlabkommen für uns eintreten müssen, aber die fortschrittliche Kreisleitung hielte zwischen Haupt- und Stichwahl eine Versammlung und empfahl den Wählern Gerechtigkeit bei Fuß zu stehen. Die bürgerlichen Parteioptionen forderten in Kreisblättern und durch

Blugblätter auf, für den Antisemiten zu stimmen. Diese Erklärungen sind selbstverständlich von den bürgerlichen Blättern verbreitet worden. Unser Parteivorstand kann natürlich nichts für diese Verfahren im bürgerlichen Lager, aber es ergibt sich daraus, daß Abkommen mit den Liberalen auch in der Praxis einen Haken haben. Wir bitten um Annahme der Duisburger oder Elberfelder Resolution.

Vor. Kossel: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Es sind noch 34 Redner gemeldet. (Hört! Hört! und Unruhe.) Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Otto Braun - Berlin: Pfied hat auf die Ausführungen hingewiesen, die ich in diesem Frühjahr in der Generalversammlung von Groß-Berlin gemacht habe. Er behauptet, ich hätte in der Versammlung gesagt, daß man sich von dem Zusammenarbeiten mit den Freisinnigen großes versprochen hätte. Ich habe nach dem fast kenographischen Bericht des „Vorwärts“ nur einmal von einem Zusammenarbeiten gesprochen, und zwar habe ich gesagt: Der Parteivorstand hat in keinem Stadium der Verhandlungen über das Abkommen daran gedacht, daß er dadurch einen Block der Linken schaffen werde, selbst von einer zeitweiligen Arbeitsgemeinschaft ist bei den Verhandlungen mit keinem Worte gesprochen worden. (Hört! Hört!) Allerdings waren wir der Ansicht, wenn es gelang, durch das Abkommen den schwarz-blauen Block zu zertrümmern, und eine möglichst hohe Mandatszahl zu sichern und die fortschrittlichen von der Rechten vollständig loszureißen, so würde das auf die politische Konstellation im Reich nicht ohne Einfluß bleiben. Ich weiß nicht, wie Pfied da herauslesen kann, daß ich mir von dem Zusammenarbeiten mit den Freisinnigen große Dinge versprochen habe.

Wels-Berlin: Pfied sagte, Scheidemann habe die Gelegenheit zu einem Witz gegen ihn durch einen Zwischenruf erhalten, den ein Berliner Genosse gemacht habe. Der Genosse bin ich gewesen, ich habe aber den Zwischenruf nicht gemacht, um meine Reue über die Befriedigung, sondern um dem ganzen Parteitag die Kenntnis zu übermitteln. Wenn er weiter sagte, daß ich selbst in Berlin einmal Trumpf sein wollte, so will ich ihm sagen, daß diese Absicht bei mir nicht vorhanden gewesen ist. Wenn er aber daran die Äußerung knüpfte, ich sei stiller geworden, so ist das eine Täuschung, der er sich hingibt, die mir verständlich erscheint, die aber nur darauf zurückzuführen ist, daß Pfied nicht lange in Berlin ist und daß bei seiner überraschenden Berlin alle anderen naturgemäß in den Hintergrund treten müssen. (Stürmische Heiterkeit.)

Vorsitzender Kossel: Es ist folgende Erklärung eingegangen:

Die unterzeichneten Delegierten des Wahlkreises Zellow-Deeslow - Charlottenburg können sich mit den Ausführungen des Genossen Pfied zum Stichwahlabkommen nicht einverstanden erklären. Um keinen Artum aufkommen zu lassen, teilen sie dem Parteitag mit, daß Genosse Pfied nicht von Bremen, sondern von Zellow-Deeslow-Charlottenburg delegiert ist. Kossel, Frau Köhl, Frau Böhm.

Willein - Nordhausen: Scheidemann hat den Nordhäuser Genossen den Vorwurf gemacht, daß sie mit Hilfe der Antisemiten grundsätzliche Politik betrieben hätten. Er hat dafür absolut keinen Beweis. Es wäre auch besser gewesen, er hätte gesagt, um was es sich im Falle Nordhausen handelt, anstatt in seiner Art und Weise über unsere Wahlkampf zu sprechen, die den Gegnern nur Material bieten. (Zuruf: Das ist nicht persönlich!)

Willein - Nordhausen: Scheidemann hat gestern den Kreis Nordhausen angegriffen und erklärt, daß das Mandat nur durch die Antisemiten gewonnen sei. Er hat aber nicht gesagt, welche Folgen das für die einzelnen leitenden Personen in Nordhausen gehabt hat. Ich möchte nur auf eins aufmerksam machen. (Kossel: Sie dürfen eine persönliche Bemerkung nur machen, wenn Sie auf Ausführungen antworten wollen, die gegen Ihre Person gerichtet sind.) Gewiß, die Ausführungen von Scheidemann war ja gegen uns gerichtet. (Kossel: Ich kann mich nicht erinnern, daß Scheidemann Ihren Namen genannt hat.) Dann will ich nur noch darauf hinweisen, daß sich Scheidemann selbst desabonniert hat, er hat in Jena eine andere Parole ausgegeben.

Pfied: In der Vertuschung von Braun habe ich nur zu bemerken, daß der „Vorwärts“-Bericht nicht ganz der Stimmung entspricht, aus der heraus Braun seine Ausführungen gemacht hat. Dem Genossen Wels habe ich nicht den Vorwurf gemacht, daß er Trumpf sein wollte, ich habe gesagt, daß er infolge seiner früheren emigen Tätigkeit Trumpf in Berlin war. In der Januar, die hier von einigen Zellower Delegierten erreicht worden ist, möchte ich nur erklären, daß diese Genossen gar nicht kompetent sind, meine Rede vor dem Parteitag zu zensurieren. Ich bin von dem Kreise gewählt worden, obwohl den Genossen meine Stellung zu dem Stichwahlabkommen bekannt war. Die Genossen haben kein Recht zur Zensurierung, es ist eine Annahme.

Feller - Zellow-Deeslow: Obwohl unter der Erklärung aus Zellow-Deeslow meine Unterschrift nicht steht, weil ich nicht gegenwärtig war, als Pfied sprach, erkläre ich, daß ich — nachdem mir mitgeteilt wurde, was er gesagt hat — meine Unterschrift ebenfalls gegeben habe. (Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Otto Braun - Berlin: Wenn Pfied nur gesagt hätte, daß auf der Generalversammlung in Groß-Berlin die Stimmung eine andere gewesen ist, so hätte ich keine Gelegenheit genommen, darauf zu erwidern. Er hat aber erklärt, ich hätte in Berlin ausgeführt, daß ich das und das von den Freisinnigen erwarre. Ich habe ihm nachgewiesen, daß das nicht der Fall ist und ich hätte erwartet, daß er offen erklärt hätte, er habe sich geirrt. Das wäre loyal gewesen. (Sehr richtig!) Welche Beweggründe ihn geleitet haben, habe ich nicht vernommen, aber ich kann Pfied sagen, daß ich damals bei der Verteidigung des Abkommens in sehr guter Stimmung gewesen bin, wie auch heute noch. (Große Heiterkeit.)

Das Schlußwort erhält

Scheidemann:

Die Ausführungen der Genossen aus Nordhausen kann ich mit dem einen Satze abtun, daß sie mir Äußerungen unterstellten, die ich gar nicht gemacht habe. Ueber Pfied glaube ich wohl nach den Erklärungen, die hier abgegeben worden sind, zur Tagesordnung übergehen zu können. Ich behauere außerordentlich den Schluß der Debatte. (Sehr richtig!) Die Ausführungen waren größtenteils einseitiger Art. Es ist ja verständlich, daß die Genossen, die mit dem Liberalismus zu tun haben, immer der felsenfesten Überzeugung sind, daß gerade sie mit der schlimmsten Art des Liberalismus zu tun haben. Dem Genossen Cohn gegenüber bin ich in einer schweren Lage, denn er ist ein geschickter Advokat und ich bin seit Jahren nur noch Barockant. (Große Heiterkeit.) Er ist mir also über, aber er hat mir offenbar Unrecht getan. Ueber seinen Namen Witz zu machen, ist mir durchaus nicht eingefallen. Sollte durch einige Wendungen der Anschein erweckt worden sein, als hätte ich antisemitische Witze machen wollen, so erinnere ich Sie, daß ich von den 23 Jahren, die ich jetzt in der Partei bin, beinahe 20 Jahre im Spezialkampf gegen den Antisemitismus verbracht habe. Cohn hat in sehr geschickter Weise die Dinge zu verwickeln verstanden, er hat weniger über meinen sachlichen Nachweis, daß das Stichwahlabkommen nur möglich war, indem wir die Dämpfung misshandeln, geredet, als vielmehr darüber, wie schlimm die Freisinnigen in Nordhausen sind. Ich habe nicht, wie es nach der Rede von Cohn den Anschein erwecken mußte, das, was ich über die Agitation der Reitervereine gesagt habe, etwa aus Wankeln entnommen, sondern ich sagte ausdrücklich, daß wir in

der Presse gelesen haben, wie es da zugegangen sein soll. Dann hat Cohn übertrieben, wenn er von einem Vorschlag der Organisation gesprochen hat, als ob durch unser Abkommen die Organisation in Gefahr geraten wäre. Sonst lesen wir immer, daß die Massen viel klüger sind, wie die sogenannten Führer, und jetzt sollen auf einmal die Massen aus lauter Bosheit der Organisation entfliehen. Natürlich kann davon gar keine Rede sein. Die Dämpfung ist angegriffen worden, aber keiner von allen, die dagegen gesprochen haben, hat uns gesagt, wie wir es anders hätten machen sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Volk hat am 12. Januar gezeigt, welchen Reichstag es haben will, das Volk wäre betrogen worden, wenn wir mit unserem Abkommen nicht dazwischen gekommen wären. Glauben Sie vielleicht, wir sind den Freisinnigen gegenüber in einer besonders angenehmen Situation gesehen? Nein, nach der Parole, die wir in Jena ausgegeben haben, waren wir das nicht. Das muß man doch berücksichtigen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß meine gestrige Rede so überzeugend hätte sein müssen, daß gar keiner von Ihnen dagegen hätte reden sollen. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe Ihnen zu dem, was ich gestern in ausführlicher Weise vorgetragen habe, nichts mehr zu sagen. Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß wir glaubten, im Interesse der Arbeiterklasse, im Interesse der Partei zu handeln, und daß wir so handeln mußten, wie wir gehandelt haben. Deshalb wäre es falsch, wenn Sie eine Resolution annehmen wollten, die das Abkommen bedauert. Wir brauchen aber auch keine Resolution, durch die es gebilligt wird. Die Aussprache hat ergeben, um was es sich handelt, und damit kann es genug sein. Wir verdienen kein Lob, denn wir haben nur unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, wir verdienen aber auch keinen Tadel, deshalb bitte ich Sie dringend, über alle Resolutionen, wenn sie nicht zurückgezogen werden, zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo!)

Der Parteitag geht über die zu diesem Punkte vorliegenden Resolutionen und Anträge zur Tagesordnung über. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt, unter Abänderung der Tagesordnung wird mit Rücksicht auf einen Wunsch des Referenten der Punkt

Bergarbeiterchutz

vornommen. Hierzu liegt folgende Resolution vor:

199. Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massenkatastrophen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast andauernd steigende Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubenkatastrophe wiederholte Versicherung, für den Schutz der Bergwerksarbeiten sei hinreichend gesorgt, eine wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung ist. Schon die Tatsache, daß die Unfallziffern in anderen europäischen Ländern erheblich geringer sind, zwingt zu dem Schluß, daß nicht alle Mittel zur Verbesserung der Grubensicherheit in Deutschland in Anwendung sind. Es ist beschämend, daß Deutschland im Bergarbeiterchutz hinter dem Ausland zurückbleibt. Der Parteitag beauftragt deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages diesen erneut und nachdrücklich zur Beschlußfassung über eine den modernen Betriebs- und Arbeitsverhältnissen entsprechende reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterchutzes zu veranlassen. Dieses Gesetz muß mindestens folgendes festlegen:

- 1. Eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens acht Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Ueberzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders heißen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen;
- 2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige berufliche Vorbildung mangelt;
- 3. Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitelohnes, der dem schweren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturreisprechenden Lebensunterhalt ermöglicht;
- 4. Anstellung von Grubenkontrolloren mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet;
- 5. Bereitstellung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfallkoffer, Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauter Mannschaften;
- 6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten (Braumehden) auf allen Werken.

Der Parteitag erwartet, daß angefaßt der furchtbaren Unglücksfälle der letzten Zeit der Reichstag und die verbündeten Regierungen endlich es für ihre Gewissenspflicht erachten werden, die gestellten Forderungen durchzuführen.

Referent Que:

In den letzten Monaten haben sich die Grubenunglücksfälle in einer solchen Weise vermehrt, daß die Öffentlichkeit wohl oder übel davon Notiz nehmen mußte. Es müssen abermals Erörterungen gepflogen werden, wie der Schutz der Bergarbeiter verbessert werden kann. In den letzten Wochen haben sich größere Katastrophen, die zum Teil Tausende, im Falle Lothringen sogar über 100 Arbeitern das Leben kosteten, ereignet. Die Katastrophen ereigneten sich auf Besse Ockerfeld, Oberhausen, Alma bei Gelsenkirchen, Segen Gottes in Niederschlesien, Westend bei Duisburg und vorgelesen hat auch im Strohfurter Salzbergwerk eine schwere Explosion stattgefunden. Es ist unabweislich, daß diese Häufungen der Katastrophen in einem ursächlichen Zusammenhang mit der stürmischen Hochkonjunktur in der Industrie steht. Wenn eine Massenkatastrophe sich ereignet und die sozialdemokratische Presse kritische Bemerkungen daran knüpft, so wird von der Werks- und Regierungspresse erklärt: Grubenkatastrophen können wir nicht völlig verhindern, die wird es auch im sozialdemokratischen Zukunftsstaat geben. Dies Wäghen ist kennzeichnend für seine Vertreter. Die Möglichkeit einer billigen Beseitigung aller Grubenkatastrophen haben wir nie behauptet. Wohl aber haben wir behauptet, die Möglichkeit einer bedeutenden Verminderung durch Verbesserung der Betriebsmittel. Seit August 1887 über das große Grubenunglück auf dem Lugau, und 1880 im sächsischen Bauding Wilhelm Viehnecht über das große Zwidauer Grubenunglück sprach, haben die Grubeninteressen immer und immer wieder erklärt, es ist nicht mehr zu tun für Arbeiterchutz, alles Menschenmögliche ist geschehen. Inzwischen aber haben wir die Erfahrung gemacht, daß gerade die eigentliche charakteristische Ursache der Bergwerksunfälle, die Schlagwetterexplosion, bedeutend vermindert worden ist. Als vor einem Menschenalter Wedel und Viehnecht über diese Unglücksfälle sprachen, verunglückten im sächsischen Bergbau jährlich 2-3 von 1000 Bergleuten. Jetzt aber haben wir in den letzten Jahren über

Haupt keine Schlagwetterunfälle im sächsischen Bergbau zu bezeichnen. Im preussischen Bergbau verunglückten vor 30 bis 35 Jahren jährlich 2-3 von 1000 Bergleuten; im letzten Jahrzehnt war der Promillefuß auf 0,25 gesunken. Es ist überhaupt falsch, die Gefährlichkeit des Bergbaues nach den Massentatropen zu beurteilen. In den letzten 4 Jahren sind im deutschen Bergbau durch Grubenunfälle sofort getötet worden 7059 Menschen. (Hört, hört!) Nur 408 von diesen sind durch Massentatropen getötet worden. Das ist von großer Wichtigkeit, weil die öffentlichen Erörterungen, die Diskussionen und die Untersuchungen usw. sich an diese Massentatropen knüpfen, während von den vielen Tausenden, die einzeln unter hütenden Kohlen oder brechendem Gestein ihr Leben aushauchen, sich kaum eine Lokalnotiz kündigt. (Sehr wahr!) Nur wenn Dugende oder Hunderte Bergmännchen zu Tage geschafft werden, gerät die Öffentlichkeit in Aufregung, erlöset der Ruf nach neuen Bergpolizeivorschriften. Ich möchte nachweisen, daß alle irgendwie bedeutenden Verordnungen zum Bergarbeiterschutz erst dann ergangen sind, wenn sich eine erhebliche Grubentatropen ereignet hat und die Nachpresse und die Arbeiterpresse den Zusammenhang der Katastrophe mit den Grubenmishänden nachgewiesen, sowie weiter nachgewiesen hatte, daß diese Mishände der Bergbehörde schon längst bekannt sein müßten. Dann erst wurde versucht, den Blutzstrom zu hemmen, aber an den Stern des Übels geht man mit dem dicken Verordnungsbund 4, der bald den Umfang der Bibel erreicht hat, nicht heran. Und so schwillt der Blutzstrom immer mehr an. Im Jahre 1888 sind 6,00 von 1000 Bergarbeitern schwer oder tödlich verunglückt, im Jahre 1911 aber 14,57 (Hört, hört!). 1886 waren 25,45 Unfälle auf 1000 Bergarbeiter angemeldet, 1911 aber 136,74 (Hört, hört!). Von 1886 bis 1911 haben sich im deutschen Bergbau 50 978 schwere oder tödliche Unfälle ereignet und sind 31 288 Menschen sofort tödlich verunglückt. Meistens waren es Leute im besten Mannesalter, 74 Proz. der 1911 in dem Ruhrgebiet gestorbenen oder verunglückten Bergleute sind nicht einmal 45 Jahre alt geworden. Jeder kann sich ausmalen, was das für unsere Volkskraft und Volkswirtschaft bedeutet.

Kun zu der Katastrophe auf der Zeche Voßbrünnen, die durch den Kaiserbesuch zu einer Weltkatastrophe gemacht worden ist. Selbstverständlich haben die Werkorgane sich bemüht, die Zeche zu einer „Mustergrube“ zu ernennen. Um so eingehender haben wir die dortigen Zustände untersucht. Am Nachmittag des Tages nach der Massentatropen, die 115 Menschenleben kostete, kam der Kaiser von der Kruppzeche auf die Zeche. Und in dieser unglaublich kurzen Frist wollte die Bergbehörde in der Lage sein, dem Kaiser einen authentischen Bericht zu erstatten!

Der Bericht ging dahin, daß, auch abgesehen von dem Ort des Unglücks, das Selbstverschulden eines oder mehrerer der Getöteten nachgewiesen wird. Es war da ein Herkules Organ in Bochum, das den Werkorganen auch nachdrücklich, daß nach menschlichem Ermessen auf der Zeche Voßbrünnen alles nur Mögliche getan worden sei für die Sicherheit, Ordnung und Staubfreiheit des Betriebs, viel mehr noch, als die gesetzlichen Bestimmungen erforderten. Was hat nun die nach dem Kaiserbesuch fortgeführte ontliche Untersuchung ergeben? Wir müssen diesen Fall um dessentwillen näher besprechen, weil durch die Berichterstattung an den Kaiser und die daran geknüpften Bemerkungen der Bergpresse usw. der Versuch der Werkinteressenten geglückt ist, die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß auf der Zeche Voßbrünnen in der Tat alles in musterhaftem Zustand und das Unglück wahrscheinlich, wenn nicht sicher, auf ein Verschulden der Getöteten zurückzuführen sei, ergo wäre eine Fortsetzung des Bergarbeiterschutzes nicht nötig! (Hört, hört!) Was hat die Untersuchung ergeben? Ich wundere mich — oder ich wundere mich auch nicht! —, daß man diese Untersuchungsresultate nicht ebenso eiligst der Öffentlichkeit unterbreitet hat, wie man nach der Katastrophe dem Kaiser Bericht erstattet und dabei die Verunglückten der Verursachung des Unglücks beschuldigt hat. Ich habe durch eingehende Besprechungen mit Fachleuten, die Bescheid wissen, folgendes ermittelt:

Nach dem Bericht der „Kölnischen Zeitung“, zweite Morgenausgabe vom 10. August 1912, hat der Bergrevierbeamte, Bergat Döbelstein, dem Kaiser am 9. August erklärt, die Explosion sei 1600 Meter vom Schacht entfernt, auf der 8. Sohle im Querschlag, entstanden. Eine Verichtigung der Zechenverwaltung, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 20. August 1912, gibt auch als unzweifelhaftes Resultat der amtlichen Feststellungen an, der Explosionsherd befand sich im 4. Abteilungsquerschlag der 8. Sohle. Bergat Döbelstein hat nach der „Kölnischen Zeitung“ dem Kaiser über die Ursache der Katastrophe folgendes vorgetragen:

„Beim Sprengen des Gesteins sind durch Dynamitschüsse Schlagwetter, die aus dem Gestein herausdraten, freigelegt und entzündet worden. Diese Schlagwetter waren bereits vorher festgestellt worden. Es war sofort der Auftrag gegeben worden, diese Schlagwetter durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen und erst dann wieder in der Gesteinsprengung fortzufahren. Trotzdem der Betriebsführer diesen Auftrag ausdrücklich gegeben hatte und auch ein Beamter zur Stelle war, ist kurze Zeit darauf doch geschossen worden. Es konnte nun festgestellt werden, daß die Mannschaft in diesem Betriebspunkte die Wetterführung zwar verbesserte, aber nicht lange genug wartete, bis sich die Schlagwetter bereits verbrannt hatten, daß sie beim Gesteinschießen nicht mehr gefährlich werden konnten.“

Nach mir gewordenen sodoberständigen Mitteilungen soll aber der Kaiser über den Ausgangspunkt der tödlichen Katastrophe und über ihre Ursachen unrichtig, weil voreilig berichtet worden sein. Es muß überhaupt die Schnelligkeit und Bestimmtheit, mit der die für die Verunglückten schwer belastende amtliche Auskunft gegeben wurde, frapieren, wenn man sich nur erinnert, wie sehr lange es in der Regel nach großen Grubentatropen dauert, bevor die Bergbehörde mit einem bestimmten Urteil über die Entstehungsursachen der Katastrophe dar die Öffentlichkeit tritt. Wie ich in Erfahrung brachte, haben die nach dem 9. August fortgesetzten sorgfältigen Untersuchungen mehrere Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Explosionsherd wahrscheinlich nicht in dem dem Kaiser so bestimmt genannten Betriebspunkte zu suchen ist, sondern viel eher in einer anderen Bauabteilung, und zwar eine halbe Sohle tiefer, mehrere hundert Meter entfernt davon, auf Oct 5 in Flöz G. In dem von der Bergbehörde als Explosionsherd bezeichneten Querschlag sind nur unwesentliche Zerstörungen angedeutet worden, so hing die aus Blech bestehenden Luftzuführrohre (Lutten) von ca. 40 Zentimeter Durchmesser nach der Katastrophe noch unbeschädigt an den Aufhängedächern, während bei solchen Katastrophen gerade die Lutten am leichtesten zertrümmert werden. Ferner fanden die Förderwagen nach auf den Schienen, während, wenn hier die Katastrophe ihren Ausgang genommen hätte, die Wagen müßten durcheinander geworfen worden waren. Auch befand sich der Ausbau des betreffenden Arbeitspunktes 30 bis 40 Meter zurück noch in Ordnung. Außerdem besagten bestimmte Angaben der Beteiligten, daß ca. eine Stunde vor der Katastrophe in dem fraglichen Querschlag die Sprengarbeiten vollendet gewesen seien. Die Art der Auffindung der hier Getöteten sowie der Zustand ihrer Kleider spricht ebenfalls gegen die Behauptung, daß der Explosionsherd im 4. Abteilungsquerschlag der 8. Sohle ist. Ein wesentlicher Teil dieser Untersuchungsresultate konnte der Zechenverwaltung, als sie in einer ihrer Berichterstattungen an die Presse kategorisch jenen Querschlag als den Explosionsherd bezeichnete, nicht unbekannt sein.

Dagegen sprechen für Oct 5 in Flöz G als den wirklichen Explosionsherd folgende Anzeichen: In der Strecke zwischen Oct 4 und 5 ist das Kohlenflöz G 5 bis 5 Meter dick, während es sonst nur 1,20 Meter Mächtigkeit besitzt. Gesteinsverschiebungen sind die Ursachen. Die beim Abbau dieser dicken Kohle entstehenden großen Höhlräume sind zum Teil offen geblieben und sammelten sich hier naturgemäß die explosiven Grubengase an. Ferner fanden in der oberen Seite der Strecke, die infolge des Kohlenraubens viel höher lag als der normale Querschchnitt der Strecke, ebenfalls Schlagwetter, gleichfalls im Bremsberg. Diese Gase konnten infolge ungenügender Luftzufuhr nicht regelmäßig beseitigt werden. Rechn bis zwölf Meter von den mit Gasen gefüllten Höhlräumen entfernt wurde ein Brennsberg angelegt, in dem geschossen werden mußte. Ob nun durch die Stichflamme eines Schusses oder wie sonst die Wetter

entzündet worden sind, kann vielleicht durch eine eingehende fachmännische Untersuchung noch festgestellt werden. Daß hier die Explosion ihren Ausgang genommen hat, dafür spricht die Art der Auffindung der sogenannten Koksperlen (Kalkstrukturen). Im Auftrage der Knappschafts-Berufsgenossenschaft sind im Vorjahre experimentelle Versuche über die Explosivität des Kohlenraubes angestellt worden. Hierbei wurde die alte Erfahrung bestätigt, daß sich die während einer Explosion bildenden „Koksperlen“ auf der der Explosionsrichtung entgegengesetzten Seite des Grubenstrebens ansetzen. Diese Beobachtung wurde nun auch auf dem uns als den wirklichen Explosionsherd bezeichneten Ort 5 in Flöz G und im Bremsberg gemacht. Die an dieser Stelle eingetretenen großen Verbererungen zeigen ebenfalls, daß die Katastrophe hier am härtesten gewiekt haben muß, was gleichfalls die Annahme bestärkt, daß der Explosionsherd hier zu suchen ist.

Ich habe durch die eingehende Besprechung mit einer Reihe von Fachleuten die Ueberzeugung gewonnen, daß die nach dem 9. August, dem Tage des Kaiserbesuches auf der Unglückszeche, fortgeführten Untersuchungen über die Lage des Explosionsherdes mindestens ganz erhebliche Zweifel hervorrufen müssen. Man hätte seitens der Bergbehörde, in Erinnerung an frühere Erfahrungen, dem Kaiser nur einen weniger bestimmten Bericht über den Dingen nicht die Verunglückten in so prägnanter Weise mit dem schweren Kessel der Selbstverschuldung belassen dürfen. Diese schwere Verschuldung der Katastrophopfer in dem Bericht an den Kaiser muß um so mehr erschütternd, insbesondere auf die Hinterbliebenen, wirken, weil sie die gegenoffiziell immer wieder vertretene Behauptung, für den Bergarbeiterschutz sei alles Menschennögliche geschehen, vor der höchsten Regierungsstelle noch besonders betätigt. Dies muß um so mehr der Fall sein, als die Berichterstattung an den Kaiser als der höchsten Person im Reich doch nicht ohne Einfluß auf die Reichsgesetzgebung sein kann. Wir haben deshalb alle Pflicht, diesem Fall mit aller Energie nachzugehen und alle Konsequenzen auf uns zu nehmen, die daraus folgen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Wenn man sich also die Verhältnissen der Zechenverwaltung z. B. an den „Vorwärts“ näher ansieht, dann trifft man auf Behauptungen, die bei kritischer Betrachtung nicht standhalten. Wie steht es nun mit den sogenannten Sicherheitsmännern? Es steht fest, daß die Verwaltung der angehenden Musterzeche einen ordnungsmäßig gewählten Sicherheitsmann an der Ausübung seiner amtlichen Funktionen gehindert hat. (Hört, hört!) Fest steht, daß, als der Kaiser nach der Zeche kam, ein Sicherheitsmann, der am einschlägigsten mit den Verhältnissen vertraut war, nicht auf den Zechenplatz kommen konnte. Heute ist das System der Sicherheitsmänner für die Verwaltung ungeeignet. Mit brutaler Offenheit hat ein Bergarbeiter das gelegentlich anerkannt. Er sagte: „Die Sicherheitsmänner bleiben im Zechendienst. Der Steiger hat die Leute bezüglich ihrer Löhne in der Hand. Mit Geld läßt sich vieles machen.“ (Hört, hört!) Das bekannte Geheimprotokoll der Bergherrenkonferenz beweist, daß das Sicherheitsmännerystem nur weisse Salbe ist. (Sehr wahr!)

Trotzdem die Regierung dieses Protokoll kennt und darüber unterrichtet ist, daß es sich bei diesem Sicherheitsmännergesetz um einen ungeheuren sozialpolitischen Betrug handelt, wird nichts zur Verbesserung unternommen. Durch die Unterbeamten werden die Arbeiter gezwungen, ein bestimmtes Pensum zu liefern, sonst werden sie durch Entzug von Prämien und durch Verhängung von Strafschichten bestraft. So kommt es, daß Leute 36 Stunden in der Grube bleiben. (Hört, hört!) Das ungeheuerliche Ausbeutungssystem ist das Grundübel der allermeisten Unfälle. In Belgien und England ist die Zahl der Unfälle verhältnismäßig viel geringer als in Deutschland. Dort ist das System der Arbeit auch erheblich besser. Auch die Schichtdauer ist viel kürzer als in Deutschland. Furchtbar sind infolge der Vernichtung der Gesundheit des Volkes die Krankheitsziffern in Deutschland. Von 1000 deutschen Bergleuten sind in der Regel jährlich 600 erkrankt (Bewegung), und auch das ist weniger bekannt. Beachtet werden immer nur die großen Katastrophen. Die Bergbehörde behauptet aber trotzdem, der Gesundheitszustand der Bergarbeiter sei befriedigend! Die Beamten müßten unabhängig gemacht und im Gehalt so gekürzt werden, daß sie den Löhnen des Privatkapitals widerstehen. Im Frühjahr versuchte die Bergarbeiterschaft, sich das Loch des Kapitalismus zu erleichtern. Der Kampf mußte abgebrochen werden, weil die Christen den Massenstreikbruch organisierten. Die Folge ist, daß jetzt eine gewisse Apathie unter den Bergleuten herrscht. Der Parteitag würde sich ein Verdienst um die Bergarbeiter erwerben, wenn er durch einstimmige Annahme meiner Resolution bekundete, daß nach wie vor die Bergarbeiterschaft in der Sozialdemokratie die beste und zuverlässigste Stütze findet. (Stürmischer Beifall.)

Von einer Diskussion wird abgesehen. Die Resolution wird unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht der Reichstagsfraktion.

Referent ist Genosse Stadthagen:

Im Hinblick auf den gedruckten Bericht kann ich mich kurz fassen. Die Aufgabe der Fraktion ist es, im Interesse des Proletariats und der werktätigen Bevölkerung die Gesetzgebung zu beeinflussen und die ungeheuren Vorrechte der Besitzenden zu beseitigen. Gerade jene Kreise behaupten heuchlerisch, die Sozialdemokratie fordere zum Ungehorsam gegen die Gesetze auf. Sie selbst aber sind die frechtsten Verhöhnner bestehender Gesetze. Im Handumdrehen hat die bürgerliche Mehrheit wieder 500 Millionen für Militär und Marine bewilligt und die Dedung aus den Taschen der großen Masse genommen. Auch die Rationalisierern benutzten die Gelegenheit, um wieder einmal umzufallen. Tatsächlich bedeutet die angeblidte Liebesgabenauflösung eine Erhöhung der Schnapsliebessgabe. Die Resolution, die eine sogenannte Besitzsteuer verlangt, ist nichts weiter als ein Freigenblat, daß nicht einmal die Schamlosigkeit der schwarzblauen Dedungspolitik verhallen kann. Die Fraktion hat erklärt, für die Oeres- und Flottenvorlage bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen. Wohl aber sind wir bereit, in der gegenwärtigen Situation für die Erbschaftsteuer zu stimmen, wenn damit die Erhebung einer indirekten durch eine direkte Steuer zu erreichen ist. Ein konföderativer Antrag auf Schaffung von Ausnahmengesetzen gegen das Koalitionsrecht ist zwar mit großer Mehrheit abgelehnt worden, trotzdem müssen wir aber noch wie vor gegen derartige Anschläge auf der Hut sein. Vor allem müssen wir auf positive Maßnahmen zum Schutze des Koalitionsrechts der Arbeiter dringen.

Vom Standpunkt der Gleichberechtigung aller Parteien hatten wir selbstverständlich einen Sitz im Präsidium zu beanspruchen, aber es konnte nicht unsere Aufgabe sein, irgend eine Verpflichtung außerhalb staatsrechtlicher und geschäftsordnungsmäßiger Vorschriften zu übernehmen. Die Fraktion beschloß mit über zwei Drittel Mehrheit auf seinen Fall zu gehen, und dort Mitteilung von der Konstituierung des Reichstages zu machen. (Lebhafter Beifall.) Das wäre eine Verbeugung vor einem bürgerlichen Prinzip gewesen. Unmittelbar vor Schluß des Reichstages entstand die Frage, ob die Fraktionsmitglieder bei einem plötzlichen Hoch auf den Kaiser sitzen bleiben oder hinausgehen sollen. Es wurde nach kurzer Besprechung beschlossen, hinausgehen. An sich ist das ganze eine recht müßige Frage. Aber es kann sein Zweifel sein, daß, wenn einige von uns durch Zufall im Saale anwesend sind, wenn eine monarchische Huldigung erfolgt, wir selbstverständlich sitzen bleiben. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Das Verhalten der Fraktion in der Riaktschoufrage hat zu einer kurzen Debatte Anlaß gegeben. Die Fraktion beschloß, die Forderung für die Belassung der Truppen während der chinesischen Revolution in Riaktschou abzulehnen. Das ist auch

die Ansicht der Reichstagsfraktion. So wenig man einem Bürgerlichen zumuten kann, an einem Hoch auf die Sozialdemokratie teilzunehmen, so wenig kann man uns zumuten, daß wir uns an einem Hoch auf den Kaiser beteiligen. (Sehr richtig!) Wir würden zum Beispiel in dem Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt, wo wir die Mehrheit haben, niemals von den Bürgerlichen verlangen, sie sollten aufstehen, wenn unser Präsident den Landtag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie eröffnet oder schließt. (Weiterkeit.) Dann sind Meinungsverschiedenheiten zutage getreten bezüglich der Abgeordneten Roske und Dr. Südekum, deren Abstimmung in der Budgetkommission des Reichstages, wo sie 500 000 M. bewilligt haben für Militär zum Schutze der Deutschen während der chinesischen Revolution. Die Fraktion hat später beschlossen, diese Forderung abzulehnen; wir waren einmal der Ansicht, daß die Interessen von Deutschen durch die chinesische Revolution überhaupt nicht geschädigt sind, und dann sind in der russischen Revolution die Interessen der Deutschen nämlich auch nicht geschädigt worden. (Sehr richtig!) Aber selbst, wenn die Interessen der Deutschen geschädigt worden sein sollen, wenn irgendwo gegen das Leben oder die Gesundheit deutscher Reichsangehöriger im Auslande vorgegangen wird, so ist der diplomatische Weg zu beschreiten, aber nicht Militär aufzubieten. Sie erinnern Sie nur an die schamlose Ausbeutung ausländischer Arbeiter in Deutschland. Wenn nun die Staaten, deren Reichsangehörige diese ausländischen Arbeiter sind, Militär nach Deutschland schicken würden, um ihre Staatsangehörigen gegen diese Ausbeutung zu schützen, so würden wir uns das nicht gefallen lassen; und ebenso wenig brauchen es sich andere Länder gefallen zu lassen, wenn deutsche Soldaten dort die Interessen deutscher Reichsangehöriger wahrnehmen wollen. (Sehr richtig!) Im übrigen sind die Interessen, die da in Frage kommen, niemals Interessen des deutschen Volkes, sondern immer nur Interessen der Großbanken und der Hochfinanz. Es ist eine freche Annahme der Rechte, die ihre Interessen immer mit den Interessen des deutschen Volkes verwechseln, wenn sie jetzt dazu übergehen, daß Militäre immer mehr gegen streikende Arbeiter verwendet wird. Ich erinnere nur an Mansfeld und das Ruhrrevier. Es ist eine Schmach, daß Polizeibeamte und Soldaten dort den kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen sind, und das Schlimmste ist, daß das Zentrum diese Maßnahmen der Behörden gebilligt hat. Ich erinnere an die Vorkommnisse in Magnit und an andere Gegenden Deutschlands. Das ist ein Mißbrauch, das ist eine Anarchie, das ist eine Auflehnung gegen die bestehenden Gesetze, wie sie schamloser seitens der Kapitalistenkreise nicht geschehen kann. (Sehr wahr!)

Zeitwörter hat einmal für Frankreich erklärt, daß dort durch eine partielle Rechtsprechung und durch eine partielle Gesetzgebung der Ausbau des Koalitionsrechts vernichtet würde. Er hat hinzugefügt, so etwas sei in Deutschland nicht möglich, denn dort herrschen die Hohenzollern. Nun, heute bestehen diese von Zeitwörter für Frankreich gezeichneten Mißstände in keinem Lande in so arger Weise, wie in Deutschland. Dem Volke werden die Lebensmittel verteuert, und dann pfeifen die herrschenden Klassen in schamloser Weise auf Recht und Gesetz, wenn es gegen das Koalitionsrecht der Arbeit geht. Auf dem Internationalen Richteramt in Wien hat ein sächsischer Richter aus seinem Herzen keine Mordgrube gemacht und hat seinen Kollegen demonstriert, wie er gegen die Arbeiter Recht spricht. (Hört, hört!) Wenn ein Antrag ein Flugblatt verlangt, auf dem in regelmäßigen Zeiträumen die Ursachen der Klassenjustiz aufgezählt werden sollen, so muß ich sagen: ein Flugblatt genügt nicht, um auch nur den zehnten Teil der brutalsten Klassenjustiz wiederzugeben, dazu fehlt es einfach an Raum.

Ein anderer Antrag verlangt, daß wir für die Abschaffung der Todesstrafe energischer propagieren sollten. Dazu ist nötig, daß wir ausdrücklich noch betonen, daß wir grundsätzliche Gegner der Todesstrafe sind? Die Fraktion ist in allen Fragen auf dem Gebiete der Strafrechtsreform einig und wird sich nach wie vor dieser Aufgabe widmen.

Die Fraktion wird weiter bestrebt sein, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens zugunsten der arbeitenden Klasse herauszutreten, was innerhalb des Parlamentes erreichbar ist. Nochmals will ich der Auffassung entgegenzutreten, als ob die Fraktion, weil sie 110 Mann stark ist, nur alle möglichen Wünsche erfüllen könnte. Je härter wir sind, desto größer ist der Widerstand und die Gewissenlosigkeit auf Seiten der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Unsere Stärke benutzt, selbst wenn wir Abgeordneten Engel wären (Weiterkeit), nur auf der Richtigkeit der programmatrischen Forderungen und auf dem Bewußtsein, daß hinter uns die große Masse des Volkes steht, nicht als Stimmhieb, sondern als bewußte Klassenkämpfer. Erlahmen Sie nicht in dem Bemühen, neue Genossen heranzuziehen und weiter mit unseren Zielen vertraut zu machen. Nur so ist es möglich, den Arbeiter im Parlament auch die Wirkungsmöglichkeit zu geben, die wir alle erhoffen. Kritisieren Sie unser Vorgehen, aber seien Sie überzeugt, daß wir auf allen parlamentarischen Gebieten verstanden haben, im Interesse der Arbeiterklasse zu wirken, im Interesse der Massen, um ihnen erst das Vaterland lebenswert und teuer zu machen. (Leb, Beifall.)

Vorsitzender Haase verliest darauf folgende Erklärung von Pöck: „Nachdem der Genosse Scheidemann in seinem Schlußwort über das Stichwahlkommen deshalb über meine Ausführungen zur Tagesordnung übergegangen ist, weil vier Delegierte von Teltow-Beesow erklärt haben, daß sie mit meinen Ausführungen nicht einverstanden sind, könnte dadurch der Eindruck hervorgerufen werden, daß die Delegierten im Namen des Wahlkreises ihre Erklärung abgegeben haben. Das ist nicht der Fall, denn die Wahlkreisgeneralversammlung hat zu dem Stichwahlkommen überhaupt nicht Stellung genommen. Ich stelle auch noch fest, daß sich die vier Delegierten mit dem Reichstagsabgeordneten des Kreises, dem Genossen Jubeil, nicht einmal in Verbindung gesetzt haben, geschweige denn seine Zustimmung erhalten haben.“

Zur Debatte stehen die Anträge 104, 106, 110, 117, 147, 149, 158, 171, 172, 183, 184, 186, 204, 205, und eine Resolution. Haupt:

„Die Tatsache, daß die Fälle sich mehren, wo friedliche Personen, durch Arbeitswillige schwer mißhandelt, sogar niedergeschossen werden, veranlaßt den Parteitag zu scharfem Protest gegen die planmäßige Bewaffnung der Arbeitswilligen und gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttätigkeiten dieser Personen. Die Fraktion wird aufgefordert, in geeigneter Weise diese Mißhandlungen, die von Arbeitswilligen verübt werden, zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Ausnahmehandlung dieser gemeingefährlichen Elemente ein Ende gemacht werde.“

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 22, 82, 107 und 108. Antrag 9 wird zurückgezogen. Der Antrag 185 ist durch die Annahme der von Hue begründeten Resolution erledigt. Dann wird in die Debatte eingetreten.

Deutsches-Berlin Haupt-Redeburg begründet den oben mitgeteilten Antrag. Die Fraktion muß gegen die planmäßige Bewaffnung von Arbeitswilligen Front machen. Der Redner berichtet über den jüngsten Vorfall in Burg, wo ein Arbeitswilliger nachts einen am Streik unbeteiligten Arbeiter

niederschlag und, als er verhaftet werden sollte, sagte: „Ich bin Arbeiterwilliger bei der und der Firma.“ Arbeiterwillige brauchen nur pfeifen, dann eilen die Schulleute herbei. (Lebhafte Zustimmung.)

Solchen Zuständen werden wir nicht stillschweigend zustimmen. Es ist sehr bezeichnend, daß die örtlichen Behörden jedenfalls auch zur Ohnmacht verurteilt sind den Streikbrechern gegenüber. Als eine Deputation der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Burg bei dem Bürgermeister als Polizeiverwalter vorstellig wurde, er möge doch die Stadt von diesen Scheusalen befreien, da sagte der Bürgermeister, er sei bereit, alles zu tun, was er könne, aber er besitze keine gesetzliche Handhabe diesen Leuten gegenüber; er habe einen tumultuierenden Streikbrecher den ordentlichen Gerichten übergeben, das ordentliche Gericht aber habe ihn freigelassen. (Stürmische anhaltende Hei!, hör! und laute Anrufe.) Es ist bezeichnend, daß diese „nützlichen Elemente“ auf offener Straße einen weit größeren Schutz genießen, als jemals ein deutscher Staatsbürger für sein Vieles Steuerzahlen genießt. Als die Deputation von dem Bürgermeister zurückkam, begegnete ihr das nützliche Element, der Revolverheld. Als die Deputation begreiflicherweise sich diesen Herrn einmal anschauen wollte, da zog er seine Signalfarbe hervor und auf seinen Pfiff kamen sofort die Hüter der Ordnung, um ihn in seine Rille zu nehmen und unter ihrem Schutz sofort nach Hause zu transportieren. Das kann nicht so von ungefähr kommen und kann nicht den Bedürfnissen unserer Polizeiorgane entspringen (Lebhafte Zustimmung), sondern da muß doch irgendwelche Weisung oder Verordnung vorliegen, daß die unteren Organe gegenüber den Streikbrechern so handeln müssen, wie es hier in die Erscheinung getreten ist. Das Verlangen, das wir in unserer Resolution aussprechen, ist das mindeste, was man von der heutigen Gesellschaft verlangen kann. Ich glaube, daß wir sehr gut daran tun, wenn wir Material sammeln, das uns übrigens in dieser Beziehung fortgesetzt zugeht. Wir müssen endlich auch verlangen einen Schutz vor den Arbeiterwilligen. (Stürmischer Beifall.)

Meerfeld-Röll:

Wie in so vielen anderen Orten haben auch die Kölner Parteigenossen eine Resolution angenommen, die die Sonderkonferenz verurteilt. Und ich kann wohl hoffen, daß der Parteitag im Sinne unserer Forderungen beschließen wird, weil doch die Ueberzeugung weit verbreitet ist, daß Sonderkonferenzen zur Vergiftung des Organisations- und Parteilebens beitragen müssen. (Sehr richtig!) Zur Präsidentenwahl möchte ich nur sagen: Wenn die Fraktion sich darüber klar gewesen wäre, daß ohne Antrittsbuch die Wahl Scheidemanns nicht von langer Dauer sein würde, hätte sie ohne weiteres auch auf die Beteiligung am Präsidium überhaupt verzichten sollen. (Zuruf: Warum denn?) Dann wäre unseren Parteigenossen die Enttäuschung erspart geblieben (Wachen), die sich zweifellos ihrer bemächtigt hat. (Wachen und Anrufe. — Zuruf: Wer ist denn enttäuscht worden?) Die schöne Photographie des Genossen Scheidemann ist noch lange nicht ausverkauft, die Wahl wurde zu bald umgehoben. (Heiterkeit.) Wenn man Politik treiben will, muß man sich über die Konsequenzen völlig klar sein. Vor allem muß man sich darüber klar sein, daß der Taktik des Zentrums größere Aufmerksamkeit zugewendet werden müßte. Die Gefährlichkeit und taktische Gerissenheit des Zentrums darf nicht unterschätzt werden. Das Zentrum hat sich zu einer rein kapitalistischen Partei des Großkapitalismus und der Großindustrie entwickelt. Unsere Fraktions- und Parteileitung ist ja in den letzten Jahren von der stillen Liebe zum Zentrum etwas kurziert worden. Und wir erkennen, wie recht jene Genossen hatten, die schon 1907 gegen die Stichwahlparole protestierten, die dem Zentrum günstig und den Liberalen ungünstig war. Jedenfalls dürfen wir uns vom Zentrum nicht ins Schleppjau nehmen lassen, sondern müssen immer verheben, selbst eine prophagische Initiative auf dem Gebiet von sozialpolitischen Entwürfen zu ergreifen.

Verbreiten wir Klärung über die reaktionäre großkapitalistische, junkerliche und scharfmacherische Gesinnung des Zentrums, so erfüllen wir damit die beste Arbeit zur Ueberwindung unserer Schärsten und gefährlichsten Gegner. Wenn uns auch eine Verächtlichkeit des Zentrums vorab nicht gelingen wird, so muß die Perplexität des Zentrums unsere Aufgabe sein, und das muß geschehen, indem wir den katholischen Arbeitermassen und dem demokratischen Teil des Zentrums dessen neuere Entwicklung klar machen und das Zentrum dorthin drängen, wohin es gehört, zu den konservativen und den nationalliberalen Scharmachern. Die Fraktion hätte vielmehr auf das verächtliche Verhalten des Zentrums nach den Novemberstürmen von 1908 zurückkommen müssen, wo das Zentrum jede Reform der Rechte des Parlamentes verhindert hat. Die Klassen, die heute hinter der Sozialdemokratie stehen, verlangen von 110 Abgeordneten mehr praktische Arbeiten und politische Fortschritt, als von 43 oder 53. Die Fraktion sollte mehr politische Initiative entwickeln und gegenüber den neuen Problemen der Politik mehr Verständnis bekunden. (Zuruf: Zum Beispiel: Wie denn? — Der Redner verweist darauf, daß er seine Redezeit bereits überschritten habe.) Ohne uns von unseren Prinzipien zu vergeben, soll die Fraktion durch kluge Ausnutzung aller politischen Situationen im Reichstag mehr erreichen.

Folgender Antrag Hoch, Emmel, Ledebour, Wurm und Genossen steht zur Debatte: „In Erwägung, daß unverbundene Ansprachen, die nur der Verdrängung der Genossen untereinander dienen und schon seit jeher stattgefunden haben, die Rechte der Organisation nicht beeinträchtigen, daß sie ferner unvermeidlich und geeignet sind, die Geschlossenheit der Partei zu erhöhen, erklärt der Parteitag die Angelegenheit durch die Aussprache erledigt und lehnt alle Anträge gegen die Sonderkonferenzen ab.“

Hoch - Danau:

In allen Reden und Anträgen über die Sonderkonferenzen tritt der Parteiville zutage, die Einigkeit, Geschlossenheit und Disziplin mit allen Mitteln zu fördern und zu unterstützen, was bei uns die allergrößte Zustimmung findet. Wir haben uns seit jeher gegen die Bestrebungen gerichtet, die Partei und ihre Disziplin zu untergraben. Besonders hat es mich gewundert, daß der Redner, der der Fraktion so schöne Lehren gibt, nicht einmal die Geschichte der Partei genügend kennt, um zu wissen, daß das Parteileben ohne Sonderkonferenzen gar nicht möglich ist. Aber erstaunlich ist, daß sich gerade diejenigen über die Sonderkonferenzen so entziehen, die gar nicht entziehen waren, als uns in Magdeburg mit den Worten: „Ich zieh mei Holz und zahl mei Steaf!“ der Disziplinbruch verurteilt wurde. Das sind dieselben, die jetzt die Eisenacher Konferenz benutzen, um in unmachtvoller, geradezu schamloser Weise gegen uns Stimmung zu machen. (Lebhafte Anrufe. — Vorhänder Röske: Ich bitte doch, gegen Parteigenossen nicht den Wortwurf der Schamlosigkeit zu erheben. Lebhaftes Sehr wahr!) Der Redner schildert dann das Zustandekommen der Eisenacher Konferenz. Bei einem gemächlichen Beisammensein nach Reichstagsabschluss, an dem die noch in Berlin anwesenden Freunde Hochs aus der Fraktion teilnahmen, wurde, wie gewöhnlich, über Parteiangelegenheiten gesprochen, die den Teilnehmern eben am meisten am Herzen liegen. Hoch, der der Organisationskommission angehört, wurde angegangen, über ihre Arbeiten zu berichten, was ihm aber nicht lokal erschien und was er deshalb unterließ. Auf seinen Vorschlag beschloß man, die Aussprache vorzunehmen, sobald die damals bevorstehende offizielle Veröffentlichung des Kommissionsentwurfs und seiner Begründung erfolgt sein werde. Da aber die Teilnehmer des Abends nicht in Berlin bleiben konnten, wurde Ledebour beauftragt, sobald die Veröffentlichung erfolgt sei, die Genossen auf einen Sonntag irgendwohin einzuberufen, da sie ja im Besitz ihrer Abgeordnetenkarte waren. Dies geschah, eine kleine Anzahl, die den Sonntag frei hatten, kamen in Eisenach zusammen, wo keinerlei bindende Beschlüsse gefaßt wurden. Wollten Sie das beabsichtigen, dann müßten Sie ja neben einen Polizisten stellen, und warum sollen Sie die im Reich zerstreuten Freunde aus der Fraktion nicht zur gewohnten Besprechung von Parteifragen zusammenfinden? Es ist doch leicht begreiflich, daß diejenigen, die leicht zusammen-

kommen können, auch leicht zusammenkommen. Gibt es denn nur eine mündliche, gibt es nicht auch eine schriftliche Aussprache? Sie haben ja die Kongressnummer der „Sozialistischen Monatshefte“ bekommen. Ist das keine Sonderkonferenz? (Sehr gut!) Also, was wollen Sie denn eigentlich? Zunächst erschien belanlich die Notiz der „Chemnitzer Volksstimme“, dann schrieb der „Vorwärts“, es handle sich um eine private Zusammenkunft einzelner Genossen, auf der bindende Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Das darf natürlich nicht sein, daß bindende Beschlüsse gefaßt wurden. Die „Magdeburger Volksstimme“ brachte einen längeren Bericht, worin es heißt: „Während der letzten Tage der Session, als der Beschluß auf Abhaltung der Konferenz bereits feststand, ist denn auch peinliches Stillschweigen über das Vorhaben gegenüber den anderen Fraktionsmitgliedern bewahrt worden.“ Kein Kunststück, wir haben es ja selbst noch nicht vorher gewußt. (Ledebour: Am letzten Tage.) Ja, am letzten Tage. In dem Bericht der „Magdeburger Volksstimme“ war noch weiter gesagt, wir hätten uns scharf gegen die Einsetzung eines Parteiaususses gewendet. Und dann heißt es: „Sollte ferner kurz vor dem Parteitag in bestimmtem Parteiblättern auf einen Personenwechsel im Parteivorstand hingewirkt werden, so darf auch das als Ausstrahlung der Eisenacher Konferenz betrachtet werden.“ Demgegenüber stelle ich fest, daß über keine einzige Person gesprochen worden, auch nicht darüber, wer in den Parteiaususs hineinkommen soll. Sie sehen also, daß es aus den Fingern gezogen, direkt erlogen ist. (Sehr wahr.) Hier haben Sie eine Vergiftung. (Bravo und Anrufe.) Ich stelle fest, wir haben die Sonderkonferenzen in der jetzigen Form erst gemacht, nachdem wir durch das Vorgehen der Revisionisten dazu gezwungen waren. (Zustimmung und Widerspruch. David: Das ist nicht wahr!) Ich muß es als eine unerhörte Ungehörigkeit zurückweisen, wenn sie mir zurufen: Das ist nicht wahr! (David: Ich halte das aufrecht!) Wir werden den Nachweis in jedem einzelnen Falle führen, daß wir nur durch das Vorgehen der Revisionisten zu unseren Zusammenkünften gezwungen wurden. (Dr. Frank: Sind Sie bereit, darauf zu verzichten?) Gewiß, wir werden uns jedem Beschluß fügen, aber wir würden es für einen Betrug halten, Beschlüssen zuzustimmen, die nicht gehalten werden können. Die Konferenzen sind heute das wichtigste Mittel, die Geschlossenheit der Partei und die Arbeit des Parteitages zu fördern. Ich rufe alle Genossen auf, die die Verhandlungen der letzten Kommission mitgemacht haben. Es schien unmöglich zu sein, zu einer Verteidigung zu gelangen, da beantragt Frank, die Sitzung zu vertagen, damit Sonderkonferenzen abgehalten werden könnten. (Heiterkeit, Zustimmung und Widerspruch. Röll: Nicht zu Sonderkonferenzen!) Gewiß, Genosse Röll, das ist nicht gesagt worden, aber verlangt wurde, daß man sich privatim unterhalten kann. (Zuruf: Ungläublich!) Auf der einen Seite stand Frank mit seinen Freunden, auf der anderen Seite wir und in der Mitte der Parteivorstand und in einigen Minuten hatten wir uns verständigt. (Zuruf: Das nennen Sie Sonderkonferenzen?) Gerade die Sonderkonferenzen, die sich an die große Masse der Wähler wenden, die zu uns gehören, bieten Gelegenheit zu jenem segensreichen Zusammenwirken. Öffentlich werden die Beschlüsse des Parteitages das zeitigen, was wir wollen, die Einigkeit und die Geschlossenheit der Partei immer mehr zu stärken. (Lebhafte Beifall.)

Vorhänder Röske schlägt dem Parteitag vor, sich nunmehr auf Freitag früh zu vertagen. Gottschalk-Königsberg beantragt, nachmittags noch wenigstens eine Stunde zu tagen. Der Vertagungsantrag wird abgelehnt und beschloffen, noch eine Stunde zu verhandeln.

Herr-Altuna:

Die Angelegenheit der Sonderkonferenzen hat ja mit einem Schläge eine ganz ungeheure leidenschaftliche Erregung in die Versammlung hineingetragen. Ich glaube, daß man diese Frage sehr viel ruhiger behandeln kann und daß es nicht nötig ist, daraus gleich einen Richtungsstreit zu machen, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil Vertreter beider Richtungen, nämlich Ströbel in der „Neuen Zeit“ und Heine in den „Monatsheften“ sich gegen alle Anträge auf Einschränkung der Sonderkonferenzen erklärt haben. (Sehr richtig!) Wenn Sie irgendeinen positiven Beschluß in dieser Richtung fassen, so können Sie auch gleich einen Gerichtshof einsetzen zur Entscheidung dessen, was eine Sonderkonferenz ist. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wobei hat bei der Besprechung des Branntweinschloßes sehr gut gesagt, daß man durch mechanische Mittel solche Zustände nicht beseitigen kann. Es ist schon heute bald so weit, daß man sich förmlich fürchtet, mit einzelnen Parteigenossen in Besprechungen einzutreten. (Sehr richtig!) Ich glaube daher, daß die überwältigende Mehrheit des Parteitages im eigensten Interesse den Anträgen auf Einschränkung der Sonderkonferenzen widersprechen muß. Nun zum Fall Land sberg. Nachdem die Extratur von Landberg in der Presse erörtert und namentlich auch von der bürgerlichen Presse kommentiert ist, kann der Parteitag an ihrer Erledigung nicht ganz vorübergehen. Aber man hat doch nicht nötig, gleich mit Feuer und Flamme zu arbeiten. Die Berliner Protestresolution entspricht nicht der politischen Bedeutung des Falles. Ich halte es für viel besser, wenn man den Trommelschlag etwas dämpft und die Sache ins Prinzipielle erhebt. Es wäre richtig, wenn der Parteitag bezüglich der Entscheidung der Magdeburger Parteioffiziation beiträgen würde. Die Erklärung läßt erkennen, daß Landberg zweifellos einen Disziplinbruch begangen hat, sogar angesichts des Feindes, in Gegenwart der bürgerlichen Reichstagsabgeordneten. Es ist selbstverständlich, daß unsere Parteigenossen an allen öffentlichen Kundgebungen absolute Abstinenz zu üben haben. Das entspricht der bisherigen Anschauungen der überwiegenden Majorität der Parteigenossen davor, daß es nicht begreiflich ist, wie trotzdem mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß uns ein politischer Machtzuwachs entgangen ist, die Präsidentenaffäre behandelt wird. Ich erinnere an eine Veröffentlichung des liberalen Abg. Walstein aus Altuna, der zutreffend hervorgehoben hat, daß gerade vom monarchistischen Standpunkt aus die Teilnahme eines Sozialdemokraten einfach unerträglich sei, denn sie bedeutet die Anerkennung, Verehrung und Verherrlichung des monarchistischen Prinzipes. Man muß solchen Kundgebungen fernbleiben und darf auch kein Verhalten zeigen, das als Jumeigung für derartige höfische Demonstrationen gedeutet werden kann.

Baron-Brandenburg:

Die Frage der Sonderkonferenzen hat nicht nur hier im Saale, sondern auch draußen im Lande das Interesse außerordentlich in Anspruch genommen und eine große Erregung um nicht zu sagen Wut, hervorgerufen. Wenn man der Sache den Stachel ausbrechen will, dann muß eine motivierte Erklärung abgegeben werden, entweder von Hoch oder von der Fraktion oder vom Parteitag. Auch die Frage des Kaiserhochs muß vom Parteitag festgelegt werden, natürlich im entgegengekehrten Sinne von Landberg. Mein Antrag Nr. 206* zeigt zwar ein etwas theoretisches Gesicht, aber er hat eine eminent praktische Bedeutung. Wir haben in der Partei recht sonderbare Einzelanschauungen über diese Fragen, die ungeheuer gefährlich werden könnten. Wir haben ganz besondere Veranlassung, und deutlich dahin auszusprechen, daß wir Gegner der Todesstrafe sind. Wir müssen unsere Verachtung gegen den Henker zum Ausdruck bringen. Das sozialistisch-konfessionelle Mörderhandwerk muß der Verachtung der Massen anheimfallen. (Sehr richtig!) Nun zu der anderen Frage. Die Offenlichkeit

* 206. Reichstagsfraktion und Parteivorstand werden beauftragt, angesichts der bevorstehenden Strafrechtsreform eine populärwissenschaftlich gehaltene Broschüre über die moderne Strafrechtslehre im Gegensatz zur sogenannten klassischen Theorie zu veröffentlichen und in ihr unseren Standpunkt zu präzisieren. In dieser Abhandlung ist gleichzeitig unser prinzipieller Kampf gegen die Todesstrafe zu propagieren.

Der Parteivorstand wird gleichzeitig beauftragt, gemeinsam mit der Reichstagsfraktion mindestens halbjährlich eine Zusammenstellung der kräftigsten gerichtlichen und militärgerichtlichen Urteile zur Brandmarlung der Klassenjustiz zu veröffentlichen und eine Flugdrift herauszugeben.

leckt danach, darauf auf Weis regelmäßig zu lesen, wie die Klassenjustiz wütet. Nichts wird und mehr Anhänger und Betrüder der Klassenjustiz bringen, als eine systematische Registrierung aller Fälle. Wir dürfen nicht bloß Krieg dem Kriege ansagen, sondern auch Tod der Todesstrafe und Tod der ganzen Klassenjustiz.

Dr. Frank-Mannheim:

Ich bedaure, daß Hoch in unsere Verhandlung trotz seiner Versicherung, daß er und seine Freunde dem Frieden in der Partei dienen wollen, einen so scharfen Ton hineingetragen hat. (Sehr richtig!) Er stellt es so hin, als wenn ich oder einer meiner Freunde aus Süddeutschland diese Anträge gegen die Sonderkonferenzen gestellt habe. Aber von den vorliegenden Anträgen ist nicht ein einziger aus Süddeutschland. (Sehr richtig!) Wir haben gehört, daß die Genossen von Niederbarnim einen solchen Antrag gestellt haben. Wäre ich zu meinem Bedauern noch nicht die Genossen von Niederbarnim in parteilichsten Fragen auf meiner Seite gehabt. (Heiterkeit.) Ich muß es als einen bedauerlichen rednerischen Aniff bezeichnen, als ob die Süddeutschen in erster Linie zu versuchen, gegen diese Konferenzen vorzugehen. Hoch hat gegen diese Anträge zweiierlei Gründe vorgebracht. Erstens: Die Revisionisten hätten angefangen. Zweitens: Die Konferenzen wären unentbehrlich. Das sind zwei Argumente, die sich schlecht miteinander vertragen. Die zweite Behauptung, die Konferenzen seien unentbehrlich, ist wichtiger. Meines Erachtens ist es in politischen Dingen recht gleichgültig, zu unteruchen, wer angefangen hat, wenn eine Tatsache da ist. Die Konferenzen sind eine Tatsache, die wir hinnehmen müssen. Ich kann aber nicht anerkennen, daß sie unentbehrlich sind. Sie dienen nicht dem Ausgleich der Gegensätze, nicht der Versöhnung. (Sehr richtig!) Hoch ist dafür ein Beispiel. Man kann ohne sie auskommen. Dafür haben wir Süddeutschen ein Beispiel gebracht. Im „Vorwärts“ steht, daß wir auch hier zu Sonderkonferenzen zusammengetreten sind. Wir sind auf dem ganzen Parteitag nicht eine Minute zusammengetreten, sondern haben uns darauf beschränkt, das auf uns wirken zu lassen, was hier gesagt wurde. (Ledebour, auf David, Südbum und andere zeigend: Dort sitzt ja Ihr ganzer Aktionsausschuß!) Das ist einfach eine Erfindung. Sie müssen nicht glauben, daß andere dieselbe Geheimorganisation haben, wie Sie, Genosse Ledebour. (Hört, hört! — Ledebour: Jaule Ausredel!) Die Konferenzen existieren. Wer damit angefangen hat, das auszuklären, ist ein wertloses Beginnen. Zahllose Genossen im Reich meinen, wir können ohne die Konferenzen auskommen, wenn wir alle uns nur als Sozialdemokraten fühlen! (Beifall.) Ich kann im Name meiner süddeutschen Freunde erklären, daß wir im Sinne dieser Ueberzeugung auf diesem Parteitage auch schon gehandelt haben.

Das ist eine derartige Entstellung der Wahrheit, daß ich allen Anlaß hätte, Hoch die scharfen Worte zurückzugeben, die er gegen einzelne meiner Freunde gebraucht hat. Wie war denn die Sache? Nachdem der Vorstand einen neuen Vorschlag gemacht hatte, den wir bis dahin nicht kannten, hat die Sitzung zu unterbrechen, damit man sich im Rahmen der Kommission prinzipiell unterhalte und verständige, nicht nur mit meinen süddeutschen Freunden, sondern auch mit dem Parteivorstand (Frank u. a.: Sehr richtig!) und mit Hoch von Mann zu Mann. Es war keine Geheimkonferenz, sondern ein zweckmäßiges Verhandeln innerhalb und im Rahmen der Kommission. Eine private Verteidigung von einem zum anderen zu verhindern, das will kein Mensch. Hier handelt es sich aber um etwas anderes. Das sind Konferenzen, die eben im Begriff sind, sich in Sonderorganisationen auszubilden. (Sehr richtig!) und (Hört, hört!) Das bringt auf die Dauer die Partei in Gefahr. (Sehr richtig!) Wollen Sie heute nicht dazu kommen, diese Konferenzen zu verhindern, dann werden Sie ein anderes Mal dazu kommen, vielleicht, wenn es zu spät ist. Wollen Sie kein Verbot aussprechen, dann würde ich wenigstens empfehlen, daß der Parteitag den bringenden Wunsch ausspricht, daß diese Sonderkonferenzen abgeschafft werden. Dann wollen wir nach einem Jahre uns wieder unterhalten und sehen, ob es nicht besser der Partei gedient hätte, wenn die Konferenzen nicht zu einer Parteiinstitution erklärt werden, wie Hoch das will.

Lorenz - Riederbarnim

begründet seinen Antrag: Seitdem die Sonderkonferenzen eine Rolle in der Partei spielen, haben auch die Genossen, die nicht Parlamentarier sind, versucht, sich dieses Mittels zu bedienen, nicht im Interesse der Partei, sondern zur Bereicherung persönlicher Interessen. Alle diese Fragen, die auf Sonderkonferenzen behandelt werden, gehören in die Organisation. Wir bedauern, daß die Parlamentarier nicht einig vorgehen. Das sind keine Kaffeekränzchen. Die Konferenzen in Eisenach und die Magdeburger Konferenz, sie verfolgen ganz bestimmte Zwecke, wenn sie auch keine Beschlüsse fassen. Nun sagt man, man habe sich bedrohen auf Sonderkonferenzen eingelassen, weil die anderen es auch so gemacht haben. Wenn man den Frieden will, dann soll man nicht nachmachen, was andere tun, wenn es nicht richtig ist. Verständige Genossen sollen den anderen mit gutem Beispiel vorangehen. Nehmen Sie unseren Antrag an.

Röske verliest folgenden eben eingegangenen Antrag Sindermann: „Der Parteitag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Genossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte bestehender Richtungen vermeiden. Der Parteitag geht über sämtliche Anträge, betreffend die Sonderzusammenkünfte, zur Tagesordnung über.“

Rebel:

Parteigenossen! Ich habe mich zu einem ganz bestimmten Thema, dem Antrag 104, zum Wort gemeldet. Bevor ich aber auf diesen Punkt eingehe, bin ich doch gezwungen, gegenüber dem Genossen Meerfeld einige kurze Bemerkungen zu machen. Meerfeld hat geäußert, daß wir uns an der Präsidentenwahl beteiligen haben. Nun kann man ja über diese Frage verschiedener Meinung sein, und ich selbst habe lange auf dem Standpunkt gehandelt, daß wir uns unter keinen Umständen daran beteiligen sollen. Dann aber ist von der Fraktion, als sie stark wurde und eine Stärke erlangte, daß sie glaube, nach der bisherigen Praxis im Reichstag auf einen Präsidentenanspruch haben zu können, eine andere Taktik eingeschlagen worden, und man hat sich dafür ausgesprochen, einen Kandidaten aufzustellen. Die Gegner haben ja unser Recht nicht bestreiten können. Sie haben sich aber nicht entschließen können, uns zuzustimmen, und so sind wir mit unseren Stimmen für unseren Kandidaten immer unterlegen. Diesmal stand die Sache für die Gegner anders. Wir waren die stärkste Partei im Reichstag, und nach dem bisher, wenn auch nicht regelmäßig geübten Brauch hatten wir Anspruch auf den ersten Präsidenten. Nun haben wir selber anerkannt, daß bei unserer Stellung gegenüber dem Reich und dem Reichstag wir auf diese Stelle keinen Anspruch erheben wollen. Aber ich muß das aussprechen, daß wir unter allen Umständen unseren Kandidaten aufstellen und dafür eintreten wollten. Dagegen war man bürgerlicherseits bereit, einen Vizepräsidentenposten uns abzurufen. Das ist dann Scheidemann geworden. Dieses Verhalten entspricht nur der Taktik, die wir bisher gehabt haben. Meerfeld hätte vor Jahren auftreten und uns warnen müssen, wenn ihm dieser Standpunkt nicht behagte. Nun glaubt er, wir hätten eine Art moralische Niederlage erlitten, als Scheidemann nachher nicht niedergedacht wurde. Genossen! Darüber waren wir in der Fraktion gar nicht im Zweifel, daß das nur eine vorübergehende Erscheinung auf dem Präsidentenstuhle wäre. (Heiterkeit.) Wir sagten und sofort, man macht uns in diesem Augenblick Konfessionen. Die Gegner waren auf unsere Stimmen für die Präsidentenwahl angewiesen, und so haben sie unseren Kandidaten die Stimme gegeben, um ihn nachher in der bekannten Taktik vom Präsidentenstuhl herunterzuschleusen. Wir haben uns dabei gar nichts vergeben, nach keiner Richtung hin, und ich verhehe nicht, wie Meerfeld mit diesem lebhaften Eifer sich gegen unser Verhalten empören konnte. Er jagte weiter, man hätte von den 110 Abgeordneten Taten verlangt. Die hat man auch 1908 verlangt, als wir mit 80 Mann in den Reichstag rückten. Ich habe damals in Dresden nachdrücklich davor gewarnt, sich Illusionen hinzugeben,

daß man von einer Partei, sei sie noch so stark, Taten verlangt, wenn sie in der Minorität ist. Wir können also auch jetzt aus einer Minoritätspartei die 24 Proz. der Mitglieder des Reichstages ausmachen, keine Majorität machen. Wir haben getan, was wir konnten. (Zufimmung.) Wir haben eine Reihe von Anträgen und Interpellationen gestellt. Wir haben uns an allen Debatten lebhaft beteiligt. Mehr zu tun waren wir außerhande. Bis heute haben wir nicht einmal einen einzigen Initiativantrag zur Verhandlung bringen können, da überhaupt noch keine Sitzung des Reichstages mit der Erörterung von Initiativanträgen beschäftigt hat, weil seine übrigen Aufgaben die Zeit und Kraft des Reichstages völlig in Anspruch nehmen. Wie wir gegen den Willen der Mehrheit Taten hervorbringen könnten, das mag uns Meerfeld auseinandersetzen.

Der Antrag 104 verlangt, daß Doppellandidaturen vermieden werden. Im Prinzip stimmen wir alle dieser Auffassung zu. Ich glaube, gegen früher ist das eine ganz bedeutende Besserung, die in diesem Verhältnis eingetreten ist. Aber einen Beschluß zu fassen, daß überhaupt Doppellandidaturen für den Reichstag und Landtag nicht aufgestellt werden dürfen, davon müssen wir Sie auf das allergnädigste warnen. (Sehr gut!) Die Sozialen haben allerdings einen solchen Beschluß gefaßt und durchgeführt, aber ich bedaure das. Der Tag wird kommen, wo wir erkennen, daß das ein großer Fehler war. (Sehr richtig!) Reichsgesetzgebung und Landesgesetzgebung greifen fortgesetzt ineinander. Die Landesgesetzgebung wirkt auf das Reich und umgekehrt. Da ist es für eine Fraktion wie die unsrige, eine absolute Notwendigkeit, daß wir in unserer Mitte Männer haben, die mit den einzelnen Landesangelegenheiten vertraut sind, die uns genau unterrichten können, und uns entsprechende Vorschläge geben können usw. Wir würden es als einen Schloß für unsere Sache ansehen müssen, wenn aus Bayern, Württemberg, Baden auf einmal alle die Männer verschwinden sollten, die zugleich Landtagsabgeordnete sind. Das geht nicht. Sie können die Zahl der Doppellandidaturen beschränken; das ist auch bereits geschehen, denn groß ist die Zahl nicht. Aber wie die Dinge jetzt liegen und wie das Verhältnis sich im Reiche gestaltet hat, sind sie eine Notwendigkeit. Deswegen rate ich Ihnen dringend, im Interesse der Gesamtpartei den Antrag abzulehnen, wenn die Antragsteller nicht nachziehen sollten, ihn zurückzugeben. (Beifall.)

Noch ein paar Worte über die Sonderkonferenzen, das viel erörterte Thema. Diese Konferenzen sind schon zirka 40 Jahre lang in der Partei, wenn auch nicht regelmäßig, geübt worden. Wir haben in den achtziger Jahren in der Fraktion, als sie 24 Mitglieder zählte, zwei sehr stark unterschiedene Gruppen feststellen können, namentlich bei der Frage der Dampfer-Subvention. Es waren damals 18 : 6, und zwar waren die sechs die Linke, wogegen ich selbstverständlich gehörte. (Heiterkeit.) Wir würden aber nur fünf gewesen sein, wenn der sechste, der auch noch mit uns stimmte, seiner inneren Herzensmeinung hätte folgen dürfen. Aber er hatte eine sehr vernünftige Frau. Die Frau hatte ihm geraten, als er nach Berlin ging: Hore, August, wenn Du jetzt in den Reichstag kommst, mußt Du regelmäßig mit Bebel stimmen (große Heiterkeit); Bebel ist ein sehr vernünftiger Mensch (erneuete Heiterkeit), was ich zugeben will. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Du so handelst, handelst Du recht. (Allgemeine Heiterkeit.) Er stimmte also dabei mit uns. Wir in der linken Gruppe brauchten natürlich keine Sonderkonferenzen abzuhalten, aber die übrigen 18 hielten ihre Konferenzen ab, um uns in der Fraktion glücklich niederzulegen; daher haben wir uns verständigt. Wir sind einstimmig gegen die Dampfer-Subvention aufgetreten. Von da ab war in der Fraktion des Reichstages von Sonderkonferenzen irgendwelcher Art nicht mehr die Rede. Sie sind erst wieder eingegangen zu Anfang dieses Jahrhunderts. Ich will niemand einen Vorwurf machen, aber im Interesse der Wahrheit muß ich konstatieren, wie die Sache gegangen ist. Frank hat darauf hingewiesen, daß die süddeutschen Parlamentarier landsmannschaftliche Konferenzen abgehalten haben; aber sie haben dabei auch ihre Kritik festgelegt und sich verständigt, in der Budgetfrage gemeinsam zu stimmen. Diese Art der Verständigung ist später auf den Reichstag übertragen worden und ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich sage, daß im Reichstage der Glaube vorherrscht, daß die rechte Seite der Fraktion regelmäßige Zusammenkünfte habe und dabei ihre Kritik für Fraktion und Reichstag bestimme. (Hört! hört!) Und da erst ist auf der anderen Seite das Verlangen entstanden, sich in Sonderkonferenzen zu vereinigen. Das haben wir ja nicht allein in der Fraktion gehabt, sondern es ist auch mittelweise auf den Parteitag übertragen worden. (Hört! hört!) Deshalb möchte ich Ihnen dringend empfehlen, daß Sie den Antrag Sandermann annehmen, denn die anderen Anträge dürfen Sie ja gar nicht annehmen. Wer von Ihnen kann denn mit gutem Gewissen für den Antrag Mühlheim stimmen, wonach die sogenannten Sonderkonferenzen auf das schärfste verurteilt werden, wer kann für die Anträge Reddinghausen, Lübeck, Köln stimmen, wo überall die schärfste Verurteilung ausgesprochen wird, wo doch ein großer Teil von Ihnen selber zu den Sündern gehört? (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich habe mich ja nicht daran beteiligt; der Vorstand selbst hat auch diese Zurückhaltung geübt. Wir werden uns ja alle sehr freuen, wenn es künftig ohne diese Sonderkonferenzen geht. Ich bitte Sie, lehnen Sie diese Anträge alle ab.

Noch eine Tatsache aus dem letzten Reichstag. Als der Reichstag zusammentrat, haben beide Teile der Fraktion unter den eigenen Mitgliedern geworden, um ihren Anfang nach Möglichkeit zu sichern. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Das war ein sehr ungewöhnliches Verhältnis. Da kam eine ganze Menge der neuen Fraktionsgenossen zu mir und beschwerte sich bitter, indem sie erklärten: da werde ich gefeilt und dort werde ich gefeilt. Ich will aber zu keiner Seite gehören; aber wenn ich zu keiner Seite trete, habe ich keine Aussicht, als Abgeordneter heranzukommen oder in die Kommissionen gewählt zu werden. (Hört! hört!) Da haben wir im Fraktionsvorstande den Beschluß gefaßt, der Fraktion vorzuschlagen, es sollten diese Art von Sonderkonferenzen, soweit sie sich auf die Parla-

mentarische Beziehungen beziehen, aufhören. Es sollen bei den Rednern und bei den Wahlen in die Kommissionen die neuen Vorschläge dem Fraktionsvorstande zugehen. Die Parteigenossen sollen sich bei ihm melden, und der Vorstand soll dann unparteiisch entscheiden, die Kandidaten notieren und dann vorschlagen. Das ist ausgezeichnet gegangen und wird auch weiter so gehen. Wir alle, und ich speziell, werden uns sehr freuen, wenn die Sonderkonferenzen aufhören. Ich bitte Sie daher, den Antrag Sandermann annehmen zu wollen. (Lebhafte Beifall.)

Koske teilt mit, daß ein Schlußantrag eingegangen ist. — Lebedour spricht dagegen.

Der Schlußantrag wird mit großer Majorität angenommen.

Frank hat ausgeführt, ich hätte die Vorgänge in der Kommission unrichtig dargestellt, indem ich behauptet hätte, er habe die Unterbrechung verlangt, damit an der Besprechung auch Genossen teilnehmen könnten, die nicht in der Kommission waren. Nein, ich habe nicht in geringster Weise eine solche Andeutung gemacht. Wir lag ein solcher Vorwurf durchaus fern. Ich habe lediglich den Ausdruck „Sonderkonferenzen“ gebraucht und auf einen lächelnden Zuruf sofort erklärt, wie ich das meine.

Wurm (zur Geschäftsordnung): Nachdem Frank die Zustimmung gegeben hat, daß seine Freunde und er nicht die bisherigen Gepflogenheiten fortsetzen werden, Sonderkonferenzen abzuhalten, und nachdem auch durch unseren Redner zum Ausdruck gebracht war, daß wir nur in der Notwehr zu unserem Beschluß gekommen sind, ziehen wir unseren Antrag zugunsten des Antrages Sandermann zurück. (Bravo!)

Lebedour beantragt, die Sitzung jetzt zu vertagen. Reinert-Gannover: Ich bitte, daß wir noch heute das Schlußwort entgegennehmen. Ich hörte heute von einem Genossen den Zwischenruf: „Ihr wollt wohl erst eine Sonderkonferenz abhalten?“ (Heiterkeit.) Es wird vernünftig sein, wenn wir heute noch das Schlußwort hören. Denn da die Richtung Lebedour jetzt täglich Sonderkonferenzen abhält, muß verhindert werden, daß in das Schlußwort Dinge hineingelegt werden, die ausschlaggebend sind für die Richtung Lebedours.

Lebedour: Ich weise die Insinuationen von Reinert zurück. Es handelt sich einfach darum, daß wir vertagen, damit wir einen Ausweg ins Freie ohne Rücksicht und Sonderkonferenzen machen können. (Heiterkeit.)

Die Vertagung wird beschlossen.

Vors. Haase: Es ist Ihnen allen bekannt, daß im Mai dieses Jahres in Budapest die Arbeiter auf die Straße gegangen sind, um für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu demonstrieren. Diese Demonstrationen werden jetzt fortgesetzt. (Bravo!) In den Straßen von Budapest ist Blut geflossen. (Hört! hört!) Die Regierung glaubt, den Schrei des Volkes nach einem freien Wahlrecht durch Waffen unterdrücken zu können. (Sehr laut.) In Budapest herrscht gegenwärtig der Terror des Polizeifäßels. Die ungarischen Arbeiter werden aber, ebenso wie es früher die österreichischen Arbeiter getan haben, nicht eher ruhen, als bis das Privilegienparlament beseitigt und das Wahlrecht erkämpft ist, das sie erstreben. Die Wahlrechtskämpfer in Ungarn können versichert sein, daß die deutsche Sozialdemokratie ihren Kampf mit der vollsten, innigsten Sympathie begleitet. (Bravo) Aus Ihrer Zustimmung ernehme ich, daß der Parteitag sich diesem Wunsche anschließt und den ungarischen Kämpfern die besten Grüße übermittelt. (Lebhafte Zustimmung.)

Schluß 2 1/2 Uhr.
Die Nachmittags-Sitzung fällt aus.

Soziales.

Umgangsformen des Betriebsleiters.

In der Pianofabrik von Weidmann ist es seit dem Streik der Hängelöhner nicht recht zur Ruhe gekommen. Fortgesetzt hatten sich die Arbeiter über Nachschiffe zu beklagen, die ihnen durch Anordnungen des Betriebsleiters Hamann verursacht wurden. Aus einem derartigen Anlaß schickten die Arbeiter am 13. Juni drei ihrer Kollegen zu Herrn Hamann, um wegen einer Beschwerde vorstellig zu werden. Herr Hamann erklärte den drei Kommissionsmitgliedern, daß sie entlassen seien und den Betrieb sofort zu verlassen hätten. Als die Kommissionsmitglieder sich aus dem Kontor entfernt hatten, rief Herr Hamann ihnen nach: „Solche Lämmer kommen in die Fabrik.“ Zwei Mitglieder der Kommission forderten den Betriebsleiter Hamann wegen Beleidigung vor Gericht, wo er sich am Dienstag zu verantworten hatte. Doch Herr Hamann die betreffende Äußerung gebraucht hätte, gab er zu. Er will aber durch eine Drohung des einen Kommissionsmitgliedes gereizt worden sein. Die Kläger bestritten dies ganz entschieden, ebenso auch die Angaben, welche der Angeklagte sonst noch zu seiner Entschuldigung anführte. Feststellungen konnten in dieser Hinsicht nicht gemacht werden, denn nachdem der Angeklagte die beleidigende Äußerung selbst zugegeben hatte, sah das Gericht von einer Verweigerung ab und verurteilte den Angeklagten Hamann zu einer Geldstrafe von 10 M.

Hätte ein Arbeiter den Betriebsleiter einen Dummel genannt, dann wäre er sicher nicht mit einem so milden Urteil davon gekommen, auch wenn der Arbeiter von dem Betriebsleiter ausserhalb gereizt worden wäre. In solchen Fällen pflegt die Justiz die ganze Strenge des Gesetzes walten zu lassen.

Aus der Frauenbewegung.

Großstadt und Säuglingssterblichkeit.

Fast alljährlich berichtet die Statistik von neuen Erfolgen in dem Kampfe gegen die Gefahren, die der Volksgesundheit drohen.

So ist fast in allen europäischen Staaten in den letzten Jahren die Säuglingssterblichkeit entschieden geringer geworden. Von 100 Lebendgeborenen starben im Juli 1906 im Deutschen Reich durchschnittlich 18,5 Säuglinge, d. h. Kinder, die unter einem Jahr alt waren. Im Jahre 1910 war die deutsche Säuglingssterblichkeit bereits auf 16,2 Proz. gesunken. Etwas günstiger stehen die Ziffern für Preußen. Im Verlauf der Jahre 1906 bis 1910 ergab sich ein Rückgang von 17,7 auf 15,7 Proz. Die häufig gebörte Behauptung, die Großstädte beförderten die Säuglingssterblichkeit in besonderem Maße, verliert für die großen deutschen Städte übrigens an Geltung. Im Jahre 1910 hatten nur zwei deutsche Großstädte hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit ungünstigere Ziffern als das gesamte Reich aufzuweisen. Es waren das München, wo auf je 100 Lebendgeborene 16,6 Säuglinge starben, und Breslau, das mit einer Säuglingssterblichkeit von 18,8 Proz. die unbefriedigtesten Verhältnisse unter den deutschen Großstädten befand. Gegenüber die entsprechende Ziffer für Berlin zwischen 1906 und 1910 von 17,7 auf 15,7 zurück. In Hamburg berechnete sich der Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit 1910 auf 14,9 Proz., in Leipzig auf 15 Proz. Stuttgart verzeichnete einen verhältnismäßig niedrigen Prozentsatz von 14,4 Proz. Bei weitem die besten Erfolge in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit weist Dresden auf, wo im Jahre 1906 von 100 Lebendgeborenen noch 16,7 Kinder unter einem Jahr starben, während der Prozentsatz 1910 nur noch auf 12,9 stand. Eine relativ geringe Abnahme der Säuglingssterblichkeit ist in Oesterreich festzustellen. Von 1903 bis 1909 sank hier der Index von 21,5 auf 20,9. Doch schreitet die Besserung in den Städten schneller vorwärts; in 70 größeren Gemeinden Oesterreichs ergab sich zwischen 1906 und 1910 ein Rückgang der Indexziffer von 18,2 auf 16,2. In Wien starben 1910 von je 100 Lebendgeborenen 16,7, ehe sie das erste Lebensjahr vollendet hatten. Die höchste Säuglingssterblichkeit unter allen europäischen Ländern wird für Rußland beobachtet. Nach den letzten vorliegenden Ziffern starben im Russischen Reich 1901 auf je 100 Lebendgeborene 27,2 Säuglinge. Geradezu erschreckend hoch ist die Säuglingssterblichkeit in Ostasien, wo 1910 nicht weniger als 93,1 von je 100 Lebendgeborenen vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben. Sehr bezeichnend für den Unterschied in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ist die Tatsache, daß in nun von Rußland völlig eingebelebten Finnland die Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit auf nur 11,1 Prozent stand. Ueberhaupt sind es ganz allgemein die skandinavischen Länder, die in hygienischer Beziehung überaus weit vorgeschritten sind. Dänemark mit einer Indexziffer der Säuglingssterblichkeit von 9,8 Proz., Schweden mit einer solchen von 7,2 Proz. und Norwegen mit nur 7,1 Proz. aller Lebendgeborenen können mit Recht über das Ergebnis ihrer Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit befriedigt sein.

Gerichts-Zeitung.

Künstliche Grammoophonplatten. Ein umfangreicher Prozeß wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften und Darbietungen in Form angeblich künstlicher Grammoophonplatten begann heute unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lilla vor der 12. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt waren der Kaufmann Paul Sommerfeld, der Geschäftsführer der Firma Pathé frères-Paris, der Direktor der Firma Tofago-Reford-Werke G. m. b. H. Hermann Eisenberg, der Geschäftsführer der Grammoophonfabrik Weiß u. Co. Ludwig Berliner und mehrere andere Grammoophonplattenfabrikanten und Händler. — Als Verteidiger der Angeklagten fungierten die Rechtsanwälte Wilh. Korn, Schindler, Herrwig und Danziger; die Anklage wird von dem Dekanenten für unzüchtige Schriften und Darbietungen aller Art bei der Staatsanwaltschaft I, Staatsanwaltschaftssekretär Heintzmann, vertreten. Das Gericht beschloß für die ganze Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der Öffentlichkeit die Öffentlichkeit auszuschließen. Auf Antrag des Rechtsanwalts Wilh. Korn beschloß jedoch das Gericht, mehrere Vertreter der Sprechmaschinenindustrie und die Vertreter der Presse zu der Verhandlung zuzulassen. — Vor einiger Zeit wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft I zu derselben Stunde in zahlreichen Berliner und auswärtigen Grammoophonhandlungen und Schallplattenfabriken eine Hausdurchsuchung vorgenommen, welche zu der Beschlagnahme folgender Platten führte: „Die Entstehung des Adels-Narshes“, „Der Nöhlerheinsländer“, „Eine feine Familie“, „Ankl. der fromme Grenadier“, „Mühdies Mahrebe vor der Hochzeit an seine Tochter“, „Hauswirt Klauke“ und „Wenn der Bräutigam mit der Braut durch die Feder zieht“. Diese Platten sollen nach Ansicht der Anklage unzüchtigen Inhalts sein. — Die Angeklagten bestritten, soweit sie zugeben, überhaupt von dem Text der Platten Kenntnis gehabt zu haben, daß diese irgendwo unzüchtig wirken könnten. Sie handelte sich in allen Fällen um derbvolles Couplet, die in zahlreichen Kabarets und Varietés öffentlich zum Vortrag gebracht worden seien, ohne daß der Jenfer dagegen eingeschritten sei. Von Rechtsanwalt Korn wurde u. a. darauf hingewiesen, daß das von der Staatsanwaltschaft jetzt als unzüchtig bezeichnete Couplet „Ankl. der fromme Grenadier“ vor gar nicht langer Zeit von dem früheren Oberpostdirektor, jetzigen Kabarettfänger Appelbaum anlässlich einer Festlichkeit im Landwehrt Kasino in Gegenwart des Kaisers zum Gehör gebracht und von diesem lebhaft applaudiert worden sei. — In der gestrigen Verhandlung sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zwei Sprechmaschinen im Sitzungssaal aufgestellt worden, auf welchen die angeblich unzüchtigen Platten zu Gehör gebracht werden sollen. Unter den geladenen Zeugen befinden sich mehrere bekannte Künstler, u. a. der alte Martin Bendix, Claire Waldorf, ferner der Kriminalkommissar von Belp und mehrere Kriminalbeamte. Für die Verhandlung sind zwei Sitzungstage in Aussicht genommen. Wir werden über den weiteren Verlauf berichten.

Billige Bücher für die Leser des „Vorwärts“

Aus-schnelden!

Jubiläums-Ausgabe 1912

100. bis 110. Tausend

Carl Tanera

KRIEG UND FRIEDEN

Erstes und letztes von C. Tanera, Hauptmann a. D.

Illustriert von E. Zimmer

633 Seiten Text, Leserkonform, mit über 600 Illustrationen, 24 Vollbildern und Doppeltafel mit einem prächtigen Farbendruck und hübschem Leinwandband gebunden, mit mehrfarbiger Deckelprägung.

Der ehemalige Hauptmann Tanera ist ein so bekannter und beliebter Militärschriftsteller, daß zu seiner Empfehlung nicht gesagt zu werden braucht. Seine Schilderungen aus dem Kriege, wie aus dem Manöverleben sind so natürlich und geschwehrt, daß jeder, der ebenso für das ernste Kriegshandwerk wie für das humorvolle und anmutige Manöverleben Interesse hat, beim Lesen der einzelnen Erzählungen und Schilderungen seine heile Freude empfindet. Die die augenblicklichen Situationen begleitenden trefflichen Textillustrationen stellen alles so lebendig vor, als wenn man es miterlebt hätte. Aus dem erstere Inhalt des Werkes mögen folgende kleine Episoden erwähnt werden: Die Besatzung von Orléans im Dezember 1870 — Ein Weihnachtsabend an der Loire — Requiem in Frankreich — Ein Ordonsarriv — Loigny — Im Gefecht von Vauville — Bei Beaugency — Orleans zum ersten Male erobert — usw. usw.

Voll des köstlichen Humors sind dagegen I. B. die Kapitel: Zum Mörder verdorben — Die Rede des Vizefeldwebels Schnitzel — Ein Fall von Hirschschlag — Kriegskunst — Eine stürmische Werbung — Der Kommissarfall — Der Reservetiger — Choleraische Naturen — Der Quartiermacher — und viele andere mehr.

Früherer Preis M. 15,00 jetzt für alle Leser d. Ztg. M. 3,50

2bändige illustrierte Klassiker

In feinen leinonen Geschenkbänden

Goethes Werke
Schillers Werke
Reuters Werke

Freiligraths Werke
Gerstäckers Werke
Dickens Werke

2 Bände für nur M. 3,00

Alle Werke 12 Bände für nur M. 17,50 franko

Die Werke sind reich illustriert nach Gemälden der berühmtesten Illustratoren: Prof. Wilh. v. Kaulbach — A. v. Kreling — J. A. Ramberg — C. Jäger — A. Müller — W. Lindenschmidt — R. Beytschlag — Ludw. Richter u. a.

Jeder Staatsbürger muß über die gültigen gesetzlichen Bestimmungen unterrichtet sein, denn Unkenntnis des Gesetzes schützt vor Strafe nicht! Es ist deshalb nötig, daß in jedem Hause sich befindet:

Das Bürgerliche Gesetzbuch

nebst Ein- u. Ausführungsgesetzen mit ausführlich. Kommentaren. Gemeinverständlich dargestellt und für den praktischen Gebrauch erläutert von den Rechtsanwälten Dr. Korn, Ebstein, Kurnick, Pinzner, Schwarz und Justizrat Richard Haenschke.

Die zahlreich aufgenommenen Formulare sind eine außerordentlich wertvolle Zugabe, da hierdurch viele Formalitäten ohne Hinzusetzung eines Rechtsanwaltes vom Laien selbst erledigt werden können, wodurch Zeit und Kosten erspart werden. Es wird besonders auf die ausführlichen Kommentare hingewiesen.

3 Preis nur Mk.

Legitimationschein

für die Leser des „Vorwärts“

Leser des „Vorwärts“

einzuwenden an:

Humboldt-Verlag, G. m. b. H., Berlin

Lützowstraße 107/108.

Unterzeichner bestellt hiermit unter Nachnahme:

..... Tanera, Krieg u. Frieden à M. 5,50

..... Schillers Werke, 2 Bde. . . . 3,-

..... Goethes Werke, 2 Bde. . . . 3,-

..... Reuters Werke, 2 Bde. . . . 3,-

..... Freiligraths Werke, 2 Bde. . . . 3,-

..... Gerstäckers Werke, 2 Bde. . . . 3,-

..... Dickens Werke, 2 Bde. . . . 3,-

..... Ganss Kollektion, 12 Bde. . . 17,50

..... Bürgerl. Gesetzbuch . . . 3,-

Über M. 5,- franko.

Jedes Buch wird, falls nicht gefehlt, zurückgenommen.

Name: _____

Stand: _____

Wohnung: _____

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 19. September, nachmittags 6 Uhr.

Vorsitzer Michelot eröffnet nach 6 1/2 Uhr mit einem Nachruf an den verstorbenen Oberbürgermeister a. D. und Ehrenbürger Dr. Kirchner die Sitzung. Die Versammlung hört die Rede stehend an.

Stadtverordnetenvorsteher Michelot: Meine sehr verehrten Herren! In aufrichtiger, tiefer Trauer, das Herz voll Wehmut, haben wir gestern unseren verehrten Oberbürgermeister und jüngsten Ehrenbürger, Herrn Dr. Martin Kirchner, zur letzten Ruhe begeben. Wer konnte wissen, ja wer konnte auch nur ahnen, daß die letzten Abschiedsworte, die wir in Ihrem Namen hier am 27. Juni an ihn richten durften bei seinem Abschied aus dem Amte, daß es die letzten Worte sein sollten, die wir lebend an ihn richten konnten. Es waren Worte der Dankes und der Verehrung, die wir hier zusammen für den Verstorbenen empfanden; Worte des tiefgefühltesten Dankes für alles das, was er in selbstloser Hingabe des eigenen Ja allezeit für das Wohl der Stadt und seiner Bürger getan und geleistet. Es waren keine leeren Worte; sie kamen aus dem Herzen. Die von uns gefassten Beschlüsse in betreff seiner Person geben darüber das beste Zeugnis. Nun ist der treue Mann dahingegangen und hat unsere Liebe und Dankbarkeit mit ins Grab genommen, und uns bleibt nur die Erinnerung an die schöne Zeit der gemeinsamen Arbeit. Sie kennen seine letzten Bestimmungen, die er in seiner so großen Weisheit erlassen, und so müssen auch wir uns in diesem Augenblicke einige Reflexe auferlegen. Die großen Verdienste unseres Martin Kirchner bedürfen nicht mehr der Worte. Wohin wir blicken — überall empfinden wir die Spuren seiner jugendreichen Tätigkeit. Es bleibt uns nichts, als neben den vielen Klagen unser herzlichstes und schmerzliches Bedauern auszudrücken, daß dem Entschlafenen für seine treue Arbeit nicht noch ein sonniger und friedvoller Lebensabend beschieden war. Der Name Martin Kirchner, geschmückt mit der Bürgerkrone, die ihn ziert, wird eingetragenen stehen mit goldenen Lettern in der Geschichte der Stadt und wird in den Herzen unserer Bürgerkraft nicht erlöschen. (Beifall.)

Stadtv. Gassel (A. L.): Meine Herren! Es ist mir die Ehre zuteil geworden, namens der Reuen und der Fraktion der Linken zu erklären, daß wir durchaus einig sind mit unserem verehrten Herrn Vorsitzenden in dem Gefühl wehmütigen Schmerzes über den so jähem Abtritt unseres verehrten Martin Kirchner. Wir werden seines edlen, vornehmen Charakters, seiner treuen, nimmer müden, sich selbst aufopfernden rastlosen Pflichterfüllung, seiner tiefen Kenntnis, hohen Begabung und hohen Verdienste um die Stadtgemeinde Berlin und ihre Bewohner in Zukunft stets gedenken. Das Andenken an diesen wahrhaft vornehmen, von wahrhafter Pflichttreue besessenen und wahrhaft großen Mann wird nimmer verkümmern. (Beifall.)

Stadtv. Heimann (Soz.): Meine Herren! Auch meine Freunde wünschen in diesem Saale zum Ausdruck gebracht zu haben, daß auch sie über den plötzlichen Gang des Verstorbenen von Trauer erfüllt sind. Wir haben den Verstorbenen stets hoch geschätzt als einen Mann von unantastbarem Gerechtigkeitsgefühl, dessen Ja ein Ja, dessen Nein ein Nein gewesen ist, dessen Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen bei jeder Gelegenheit zutage traten. Seine Arbeitsfreudigkeit, seine Leistungen erschienen unerschöpflich und mühten jedem, der ihn umfassen beobachtete, stets von neuem Staunen und Achtung abnötigen, gleichviel, wie man sich zur Richtung seiner Arbeit stellte. Der Verstorbenen war ja auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet unser Gegner. Auf manchen Gebieten haben wir bekämpft, was er verteidigt; auf anderen haben wir das gewünscht, was er bekämpfen zu müssen glaubte. Aber auch in der Hitze des Kampfes haben wir alle dem Verstorbenen persönlich unsere Verehrung niemals verweigert, haben niemals vergessen, die Verhältnisse gegenseitig einzufassen, die ihn häufig genug gehindert haben, das durchzuführen, was er wünschte. Nur der Unbefangene, der den unvermeidlichen Kampf beobachtet konnte, den der Verstorbene bei Widerständen aller Art innerhalb und außerhalb dieses Hauses zu führen hatte, nur der wird zu einem wirklichen, richtigen, klaren Urteil über die Art seiner Amtsführung gelangen. Wir glauben einen solchen unbefangenen Blick und bewahrt zu haben, und erkennen an, daß wir den Verstorbenen bei seinen Bestrebungen um die Hochhaltung des Selbstverwaltungsbereiches fast stets da gefunden haben, wo er noch unserer Meinung zu stehen hatte; daß in einer Zeit so häßlicher Entwidlung, wie sie keine Stadt Europas durchgemacht hat, unser Gedanke in den Händen eines Mannes lag, an den kein unlauterer Gedanke heranreichte, haben wie stets anerkannt und danken es dem Verstorbenen noch in dieser Stunde. Als er sich vor kurzem verabschiedet hat, sein Amt niederzu-

legen, haben wir dies aufrichtig bedauert, und so herzlich wie nur irgend jemand haben wir ihm, der sich in seiner Tätigkeit nur spärlich Ruhe und Paß gegönnt, noch viele Jahre ungetrübten Lebensgenusses gewünscht. Nun hat ein grausames Geschick es leider anders gefügt. Gestern ist ein Mann zur Ruhe getragen worden, von dem wir überzeugt sind, daß alles, was er getan und gelassen, nach seiner ehrlichen Ueberzeugung zum Wohl und Heil unserer Stadt geschehen ist. Sein Andenken wird auch bei den Berliner Sozialdemokraten ein geschätztes und ehrenvolles sein. (Beifall.)

Der Vorsitzende verliest die beträchtliche Anzahl der eingelaufenen Beileidschreiben.

Hierauf wird nicht, wie ursprünglich verlautete, die Verhandlung zum Zeichen der Trauer abgebrochen, sondern die Versammlung tritt in die eigentliche Tagesordnung ein.

In der Ausschuh zur Vorberatung der Vorlage wegen Abänderung der Dienstausweisung für die Schulkommissionen sind auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Krons und Manasse gewählt worden.

Zur Beschlußfassung steht zunächst eine Magistratsvorlage betr. Anwendung von Maßregeln gegen den Elektrotechniker Oswald Schulze, Münstr. 4, der wegen Nichterfüllung seiner Pflichten als Mitglied der Einkommensteuer-Berechnungskommission, Unterkommission 205, für drei Jahre der Ausübung seines Rechtes und der Teilnahme an der Vertretung und Verwaltung der Gemeinden für verlustig erklärt und um ein Viertel stärker zu den Gemeindeaufgaben herangezogen wird.

Stadtv. Imberg (A. L.): In der letzten geheimen Sitzung wurde beantragt, die Angelegenheit in die öffentliche Sitzung zu verlegen, weil wir in der Öffentlichkeit konstatieren wollten, wie wir über diese Pflichtvergehen denken. Wir haben in früheren Zeiten derartige Dinge mit allzu großer Bornehmheit in der geheimen Sitzung behandelt und von den uns zustehenden Strafmitteln keinen Gebrauch gemacht. Aber das war nicht ganz recht und es zeigt ja die Vorlage, daß eine derartige Bearbeitung der Dinge in den Kreisen der Bürgerschaft, die sich der Gemeindegemeinschaft widmet, vielfach Unlust verursacht und Lust und Freude an der Arbeit vereitelt. Wir bitten darum ohne weitere Ausschuhberatung um Ihre Zustimmung zu der beantragten Maßnahme und bedauern es, daß uns keine schärferen Mittel zu Gebote stehen.

Stadtv. Fröhlich (Soz.): Der Magistratsantrag findet die vollste Zustimmung meiner Partei. Es kann nicht scharf genug gerügt werden, wenn ein Bürger die ihm übertragenen Ehrenpflichten eines Beamten so verlegt. Wir erklären darin nicht nur eine grobe Pflichtwidrigkeit, sondern auch eine Mißachtung städtischer Institutionen, und wir wollen feststellen, daß wir nicht gewillt sind, mit uns Schindluder treiben zu lassen. Ich möchte prinzipiell keinen Vergleich ziehen zwischen der Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit meiner Freunde außerhalb des Saales und den Kreisen, denen Herr Schulze angehört; ich glaube, der Vergleich fällt zugunsten der letzteren aus. (Widerspruch.) Ich möchte nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß wir schon oft gebeten haben, bei der Besetzung derartiger Ämter tiefer in unsere Kreise hineinzugehen, in die Kreise der gewerbetreibenden Bevölkerung. Die Spuren weisen nicht darauf hin, daß Sie sich allzu sehr um die Arbeiterkraft bekümmern; wir haben im Gegenteil das Gefühl, daß auch an den Magistratsämtern keine große Reue herrscht, mit uns zu verhandeln und einen uns naderstehenden Parteigenossen in die Verwaltung hineinzubringen. Es steht doch fest, daß der Opfermuth und die Opferkraft in den Kreisen der Arbeiter weit größer ist, als bei den besitzenden Klassen. (Anfolge der wachsenden Unruhe werden die Ausführungen des Redners immer schärfer verstanden. Der Vorsitzende weist die gegen einzelne Parteien gerichteten Worte des Redners scharf zurück.) Ich bitte Sie also nochmals, bei Besetzung dieser Ehrenämter recht viel auch auf unsere Kreise zurückzukommen. (Rückruf: Verhältnismäßig!) So „verhältnismäßig“ ist das bis jetzt gar nicht geschehen. Sie brauchen keine Angst zu haben, daß wir auf dem Wege der Kommissionsbesetzung den sozialdemokratischen Zukunftsstaat in die Verwaltung hineinschmuggeln wollen. (Große Heiterkeit. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen erfolgte Schluß der öffentlichen Sitzung um 1/7 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Die Flugblattverbreitung im „Paradiesgarten“ zu Treptow befaßigt trotz des freisprechenden Urteils des Kammergerichts (Kt. 1. S. 12. 12) seit einiger Zeit fast täglich das Reichsgericht, und zwar erfolgte trotz der Entscheidung der höchsten Instanz bisher regelmäßig Verurteilungen. Jetzt scheint

aber auch in Neubölln die bessere Einsicht zur Geltung zu kommen. In einem am letzten Donnerstag verhandelten Termin wurde der Angeklagte freigesprochen. Dieser Freispruch erfolgte sogar auf Antrag des Staatsanwalts. Da muß man doch fragen, wie ist es möglich, daß in ein und derselben Frage die Staatsanwaltschaft deselben Gerichts einen so entgegengesetzten Standpunkt einnehmen kann. Wie es scheint, liegt es nur daran, daß in den Terminen, in denen eine Verurteilung erfolgte, als Amtsanwälte jüngere Referendare und Richter fungierten, denen der Kommentar von Landmann, auf dem das Kammergerichts Urteil fußt, ebenso unbekannt ist wie das Urteil selbst. Nach der neuesten Entscheidung des Schöffengerichts darf wohl erwartet werden, daß nunmehr die noch ausstehenden ca. 20 gleichen Termine aufgehoben werden. Sollte das nicht geschehen, so muß sich in allen Fällen das Berufungsgericht nochmals mit diesen Bagatellen beschäftigen, da der Verband der Gastwirtschaftlichen, auf dessen Veranlassung die gerichtlichen Entscheidungen beantragt sind, ein Interesse daran hat, endlich auch den unteren Gerichten und Polizeibehörden klar zu machen, daß die Flugblattverbreitung in Wirtschaftsgärten nicht der polizeilichen Erlaubnis bedarf.

Beseeligtes Rechtsgefühl war es, welches eine Frau Schlegel veranlaßte, sich über das Verhalten des Schuhmanns Selzer zu äußern. Die Folge davon war eine Sistierung, eine Anklage und Verurteilung der Frau Schlegel zu 3 M. Geldstrafe wegen groben Unfugs. — In der von Frau Schlegel angerufenen Berufungsinstanz wurde gestern folgender Tatbestand festgestellt. In der Petersburger Straße hatte sich eines Abends aus Anlaß einer Sistierung ein zum großen Teil aus Kindern bestehender Auflauf gebildet, den zu zerstreuen der Schuhmann Selzer im Begriff war, wobei er lebhafteste Armbewegungen machte. In diesem Augenblick kam Frau Schlegel zur Stelle. Sie hatte den Eindruck, als ob Schuhmann Selzer mit der Hand ausholte in der Absicht, einen Jungen zu schlagen. Im Vorbeigehen sagte Frau Schlegel: „Das wird ja immer schöner, jetzt will der Schuhmann schon Kinder schlagen.“ Nun fuhr der Schuhmann die Frau an: „Wer hat geschlagen!“ — Die Frau antwortete: „Ich habe ja nicht gesagt, daß Sie geschlagen haben.“ Darauf der Schuhmann: „Machen Sie, daß Sie weiter kommen.“ Die Frau entgegnete: „Sie werden doch erlauben, daß ich spazieren gehe.“ Hierauf schritt Schuhmann Selzer zur Sistierung, indem er Frau Schlegel am Arm packte, was diese sich verbat, worauf ihr der Schuhmann einen Stoß in den Rücken versetzte, daß die Frau an die Wand flog. Auch auf dem Fluß der Polizeiwache ist Frau Schlegel ihrer Angabe nach gestochen und gepufft worden.

Gegen den Schuhmann Selzer schwebt aus diesem Anlaß ein Verfahren wegen Körperverletzung. Frau Schlegel aber ist, wie schon gesagt, vom Schöffengericht wegen Beteiligung an einem Auflauf und wegen Nichtbefolgung einer Anordnung des Schuhmanns bestraft worden.

Vor dem Berufungsgericht vertrat der Staatsanwalt den preussisch-polizeifremden Standpunkt: Niemand habe das Recht, einen Polizeibeamten wegen seines Verhaltens Vorhaltungen zu machen. Wer von einem Polizeibeamten aufgefordert werde, weiter zu gehen, der habe den Mund zu halten und der Aufforderung Folge zu leisten. Beschwerden könne er sich später. Demgegenüber gab der Verteidiger, Rechtsanwalt Fuchs, zu bedenken, daß man solchen blinden Gehorsam wirklich nicht erwarten könne von einer Frau, die der ganzen Situation nach glauben konnte, der Schuhmann habe Kinder schlagen wollen und deren Muttergefühl und Rechtsempfinden sich darob empörten.

Das Gericht ließ die begriffliche Erregung der Angeklagten zwar als Milderungsgrund gelten, aber nach dem Nachdruck des Geschehenen wurde sie auch hier verurteilt, denn sie ist ja nicht sofort weitergegangen, als der Schuhmann das von ihr verlangte, und hat sich dadurch zwar nicht des groben Unfugs — wie die erste Instanz annahm —, aber doch der Uebertretung der Strafensordnung schuldig gemacht, wofür sie 2 M. Strafe und die Kosten zu zahlen hat.

Für Landarbeiter tut genug! Auf einem Rittergut im Kreise Neumarkt erkrankten während der Ernte mehrere galizische Erntearbeiter unter Vergiftungserscheinungen. Die Untersuchung ergab, daß das den Leuten gelieferte Deputatmehl und Brot von schlechter Beschaffenheit war. Das chemische Untersuchungsamt Breslau stellte fest, daß das Mehl ein ekelhaftes Aussehen zeigte und von ausgewachsenem Getreide herkam. Da einem Bäckermeister Dein aus Neutun von mehreren Rittergütern die Lieferung des Deputatmehls und Brotes übertragen ist, wurde dieser angeklagt und von der ersten Breslauer Strafkammer zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. — Die wirklich Schuldigen, die Agrarier, die bei Abschluß der Lieferung zweifellos die Preise drückten, gingen leider straffrei aus. Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen.

und traut er sie. Aber auch Lamar, der Zigeunerpoet, liebt Pleana inbrünstig. Sie erteilt jedoch dem liebestrunknen Dichter einen Korb. Die zweite Szene spielt auf der von hellem Mondlicht überflossenen Ebene. Pleana hat nun doch ihr Herz an den Sänger verloren. Während Radu schläft, verbringt sie in Tamars Hütte die Nacht. Radu erwacht und hört die Liebenden. Da faßt ihn rasender Zorn. Er übergeht die Hütte mit einer Flasche Petroleum, zündet sie an und läßt sein Weib mit dem Dichter verfohlen — die herbeigekommene Menge hält er mit seinem Dolche von der Rettung der Liebenden ab. Sodann zieht er mit seinem Nachschrei in die Nacht hinaus.

Aus dieser kurzen Analyse erkennt man bereits das Kraße der Handlung, die am Ende auf die Nerven fällt, ohne sich irgendwie durch echte Schönheit auszugleichen. Naturgemäß leidet die Komposition darunter. Der Schluß mag sehr wirksam für ein Varieté der Weltstadt sein. Aber in Text und Musik vermischt man das Treffsichere, Zwingende der „Bajazzo“.

Kleines feuilleton

Hinter den Kulissen von Bayreuth. In eine den gewöhnlichen Sterblichen fremd verschlossene Welt führt ein Aufsatz des französischen Musikschritstellers Louis Schneider in den „Annales“ hinter die Kulissen von Bayreuth. Schneider ist von dem Maschinenmeister des Bayreuther Theaters, Friedrich Kranich, der bereits Mitarbeiter Richard Wagners war, durch die Habrill aller hiesigen Theater und Herrlichkeiten geführt worden. Das Wort „unmöglich“ existiert für diesen Künstler der Dekoration nicht. „Kranich macht Regen und schön Wetter in Bayreuth. In Gesellschaft der berühmten Musikmeister bin ich auf die Bühne gelangt und habe dort begreifen gelernt, daß der Orchesterdirigent und er die beiden Könige dieses Reiches sind und daß der Sänger im allgemeinen nicht mehr bedeutet, als ein einfacher Musiker in dieser ungeheuren musikalischen Regierung.“ Bühne und Orchesterraum, das sind die beiden Treibenden, die unter einer einheitslichen harmonischen Leitung stehen. Schneider weist für das Orchester besonders auf die geheimnisvolle Wirkung hin, die darin liegt, daß die Musiker ihre Instrumente nicht im Orchesterraum stimmen dürfen, sondern dafür einen besonderen Saal angewiesen erhalten, so daß sich die Stimmen der Musik nicht nur aus einem geheimnisreichen Dunkel, sondern auch aus einem tiefen Schweigen plötzlich erheben und das Wunder der Klangverbreitung dadurch erhöht wird.

Auf der Bühne ist alles gepolstert, alles mit Filz belegt. Das Pferd Grane, der treue Gefährte Brunhildens, kann das Publikum nicht hören durch den Lärm seiner Rufen. Sein Musikinstrument darf die Bühne betreten, wenn er nicht Knautschkissen an den Schuhen hat, so scheinen diese 125 Menschen — denn es sind 125 — wie Fliegen geräuschlos zu hattern, wenn sie ihre Arbeiten ausführen. Oir sind die gewaltigen Felsen, von deren Höhe die Walküren ihr „Gotototol“ rufen. Diese Felsen bestehen aus einer einzigen gewaltigen Masse; sie sind auf Knautschkissen befestigt und verschwinden leicht und schnell unter der Hand der Walküren, bald ist es notwendig macht. Aber wie erheben sich diese Felsen, bald im Licht des Tages, bald im düsteren Dämmer der Nacht, bald in den bleichen Reflexen des Mondes! Kranich führt mich an einen Apparat, eine Art „Orgel“ für das elektrische Licht. Diesem Instrument gehören die 4000 Lampen der Bühne, die überall in fünf Grundstufen geteilt sind. Man es sich um ein volles Rot auf der Bühne handeln oder um die Beleuchtung der Leinwand des Hintergrundes für die aufsteigende Sonne oder um das Erscheinen einer einzigen Person im roten Licht mitten auf der Bühne — ein einziger Griff durch den Elektriker bringt diese Lichteffekte in einer genau bestimmten Stärke plötzlich oder langsam hervor.

Zahlreiche Gesangsmeister, die in den Kulissen aufgestellt sind, bezeichnen den Musikmeister auf das Genaueste den Moment, wo

sie die Dekoration zu verändern haben. Es gibt kein Glodenzichen, sondern alle Befehle werden durch elektrische Lampen gegeben. Die Dekorationen werden elektrisch bewegt, so daß keine Maschinen in den sogenannten „Schürboden“ über der Bühne kommen und ein Unglücksfall unmöglich ist. „Ich wandere weiter durch diese wunderbare Welt des Sdachs, die in uns jene feenhafteste Illusion hervorruft. Da liegt in einem Saal ruhig und zusammengefaßelt der Drache Siegfried. Dort das Reich der Wolken: durch diese um große Stangen zusammengerollten Meter Wusteln wird also meine Phantasie nach Walhalla geführt. Da ist Wollenschiff, der 3000 M. kostet! Aber was bemerke ich da oben. Es sind hölzerne Tannen: eine Erfindung Kranichs. Die Glocken im Parkfell, die hierher verbracht sind, um einen tieferen und dunkleren Ton zu haben.“

Man sieht aus dieser Schilderung, welchen übertriebenen Wert die Wagnerianer auf jene Hilfskräfte legen, die ihnen beinahe zur Hauptsache werden.

Musik.

Leoncavallos neue Oper im Londoner Hippodrom. Die Uraufführung von Leoncavallos neuer Oper „Die Zigeuner“ („I Zingari“) war schon mit großer Spannung erwartet worden: Der Maestro hatte die Oper eigens für die „Hippodrom“-Musikhalle komponiert und erklärt, sie überträfe an Schönheit und dramatischer Wirkung die „Bajazzo“. Nach der Premiere können wir und vorläufig dieser Ansicht kaum anschließen. Es mag sein, daß die enorme Ausdehnung des Varietétheaters die Klangeinheiten und die gesamte musikalische Wirkung arg beeinträchtigt, daß die Oper auch unter dem überberitischen Libretto (vielleicht nicht vom Komponisten) und der selbst für eine Londoner Musikhalle trassen Handlung leidet.

Eine ausgesprochene Eigenart ist den „Zigeunern“ nicht abzuzureiten. Der Komponist war bemüht, ein romantisches Milieu zu schaffen. Er hat Rumänien zum Schauplatz auserkoren, durchsetzt das Ganze mit der sonderbaren chromatischen Skala, auf denen sich die rumänischen Volkstänze aufbauen, denen er jedoch einen stark italienischen Charakter aufprägt. Leoncavallo ist mit diesem Werk direkt zur „Kammeroper“ zurückgekehrt. Das Tenorsolo, das den Namen „Blaue Augen“ führt, dürfte mit der Zeit große Popularität erlangen und vielleicht „Lache, Bajazzo“ Konkurrenz machen. Die musikalische Erfindungskraft wirkt jedoch nicht überwältigend.

Die neue Oper zerfällt in zwei Szenen. Die erste spielt sich in einem Zigeunerlager, die zweite auf einer Ebene Rumaniens ab. An den Ufern der Donau gewahren wir inmitten seiner Zigeuner den Häuptling in Kadentten verfunken. Jede Nacht verläßt seine Tochter Pleana das Lager. Die Stunden vergehen ihr unter Küssen mit Radu, einem abenteurernden Trägen. Radu und Pleana werden überrascht und gebunden ins Lager gebracht. Als die beiden Liebenden ihr Geheimnis dem Vater eröffnen, segnet

Notizen.

— Musikchronik. Ein neues Quartett hat Prof. Henri Marteau ins Leben gerufen. Es wird in diesem Winter drei Abende in der Singakademie geben. Der Genossenschaft gehören neben Marteau die Herren Amar, Kreiner und Quaita an.

— Die Humboldt-Akademie veröffentlicht ihr Programm für das 4. Lebrvierteljahr 1912, das 200 Vortragsreihen enthält. Die Vorlesungen umfassen, wie früher, die Gebiete sämtlicher Wissenschaften und ihrer praktischen Anwendung. Das Lebrvierteljahr beginnt am Mittwoch, den 9. Oktober. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten sind im Hauptbureau, Kurfürstenstr. 166, I, 1-3 usw. erhältlich.

— Aus dem Nachlasse Theodor Storms wird demnächst die Novelle „Die Armeinfünderglocke“ als Beigabe zu dem von seiner Tochter veröffentlichten Lebensbild herausgegeben werden.

— Ein Monistenloster, d. h. eine Forstungshütte für Monisten, will Prof. Ostwald, der Führer des Monistenbundes, in der Nähe von Eisenberg in Sachsen errichten.

— Eine mittelalterliche Tierplastik wurde in Mainz gefunden. Beim Umbau eines Konzerthauses stieß man in der Tiefe von etwa 5 Meter auf die Sandsteinfigur eines mächtigen Löwen, der auf einer Sandsteinplatte ruht, die vorderbrannt vorgesteckt und den ausdrucksvollen Kopf zur Seite gedreht. Die in weichen roten Sandstein hergestellte Plastik dürfte etwa aus dem 9. Jahrhundert stammen.

— Ein Wolfgang Kirckbach-Denkmal wurde auf dem Friedhof in Lichterfelde-West zum Andenken an den vor sechs Jahren verstorbenen verdienten Schriftsteller enthüllt.

Unserem Genossen 40a
Richard Schröder nebst
 Frau
 die herzlichsten Glückwünsche
 zur Silberhochzeit.
 Zahlstelle H. 14, Bez. Neutölln.
 Richard, Du weicht nicht!

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 Nieder-Barnim.**
 Bezirk Nieder-Schönhausen.
 Den Mitgliedern die traurige
 Nachricht, daß unser Genosse, der
 Schriftföhrer
Wilhelm Lehmann
 Ullandstr. 49, plötzlich verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 den 20. September, vormittags
 11 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof
 Nieder-Schönhausen, Schönholzer
 Heide, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 241/13 Die Bezirksleitung.

**Deutscher
 Transportarbeiter - Verband.**
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Hausdiener
Paul Lehmann
 am 16. September im Alter von
 26 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Freitag, den 20. September, vormittags
 10 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Lebnankronenhanjes aus
 nach dem Friedhof der Simeons-
 Gemeinde, Tempelhofer Weg, statt.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Arbeiter
August Berger
 am 15. September im Alter von
 34 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Freitag, den 20. September, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des St. Johannesfriedhofes
 im Wilmersdorfer Bezirk, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 66/20 Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Verband
 der Zimmerer Deutschlands.**
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.
 Bezirk 12.
 Den Berufsmitgliedern zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied
Johann Baldowski
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonn-
 abend, den 21. d. Mts., nachm.
 4 1/2 Uhr, auf dem Sebastian-Fried-
 hof in Reinickendorf, Humboldt-
 Straße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 254/18 Der Vorstand.

Deutscher Buehnhänder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Den Mitgliedern die traurige
 Nachricht, daß unsere Kollegin
Emma Bohn
 nach längerem Leiden verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet Freitag,
 den 20. September, nachmittags
 1 1/2 Uhr, auf dem Emmaus-
 Friedhof, Neutölln, Hermann-
 Straße, statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 25/11 Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung des am Sonnabend, den 14. d. Mts., auf so
 schreckliche Weise aus dem Leben gerissenen Fabrikanten
Hermann Heinze
 findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, auf
 dem Wilmersdorfer Friedhof, Berliner Str. 101, statt.
 393b Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herz-
 licher Teilnahme, für die Ehrungen
 und zahlreichen Transparenzen bei
 der Beerdigung unseres geliebten
 Sohnes und Bruders, des Gast-
 wirts 58A
Johann Heidrich
 sage ich im Namen der Hinter-
 bliebenen allen Freunden, Be-
 kannten und den geehrten Vereinen
 meinen tiefempfundensten Dank.
Wilhelm Heidrich.

Dauftagung.
 Für die zahlreiche und herzliche
 Teilnahme sowie reichen Transparenzen
 bei der Beerdigung meines ge-
 liebten und unvergesslichen Mannes
Ferdinand Schmidchen
 sage ich allen Freunden und Be-
 kannten, den Arbeitern der Firma
 Koch & Klee, der Tischlerei J. Böller,
 den Genossen des 4. Wahlkreises,
 Bez. 153, insbesondere dem Herrn
 G. Bohne für die kostreichen Worte
 am Sarge meinen herzlichsten Dank.
Witwe Schmidchen
 nebst Kindern.
 62a

Dauftagung.
 Für die Beteiligung an der Be-
 erdigung meines lieben Mannes, des
 Schankwirts
Siegfried Eichmann
 sage ich allen Freunden und Be-
 kannten sowie den Spar- und Lotteriever-
 einigten, den Kollegen der A. E. G.,
 dem Wahlverein, dem Transport-
 arbeiterverband, der Brauerei Bayen-
 hof meinen besten Dank.
Wilhelmine Eichmann
 nebst Kindern.
 17a

**Zähne, Plomben, beste Aus-
 führung, Billigste Preise.**
 Hegr. 1889.
**Olga Jacobson, Invaliden-
 str. 145. II.**

**Außerordentliche
 General-Versammlung**
 der
 Vertreter der Arbeitgeber und
 Arbeitnehmer
 der
**Orts-Krankenkasse
 der Maschinenbauarbeiter
 und verw. Gewerbe zu Berlin**
 am
Montag, den 30. September,
 abends 8 1/2 Uhr,
 im **Rosenthaler Hof, Rosen-
 thaler Str. 11/12.**
 Tagesordnung:
 1. Antrag des Vorstandes: Die
 außerordentliche Generalversammlung
 wolle beschließen:
 Der Vorstand wird beauftragt, auf
 Grund des Artikels 18 des Ein-
 richtungsstatutes zur Reichsversicherungs-
 ordnung bei dem Ver-
 sicherungsamt sofort den Antrag zu
 stellen, daß die Ortskrankenkasse der
 Maschinenbauarbeiter und ver-
 wandten Gewerbe zu Berlin nach
 den Vorschriften der Reichsversiche-
 rungsordnung zugelassen wird.
 2. Bericht über den Stand der
 Zentralisation der Krankenkassen.
 3. Verschiedenes.
 Anträgen und Beschwerden, zu
 welchen die Einsicht in die Kassen-
 bücher notwendig ist, müssen mündlich
 oder schriftlich behufs Beantwortung
 derselben in der Generalversammlung
 bis zum 27. September c. dem Vor-
 stande mitgeteilt werden.
 Da die Versammlung präzis
 8 1/2 Uhr eröffnet wird, so ist pünk-
 tliches Erscheinen der Herren Ver-
 treter unbedingt erforderlich.
 Nach Schluß dieser außerordent-
 lichen Generalversammlung findet
 in demselben Lokal eine außerordent-
 liche Generalversammlung der Ver-
 treter der arbeitnehmenden Mitglieder
 behufs Vornahme einer Ersatzwahl
 für das ausgeschiedene Vorstands-
 mitglied Herrn Karl Walow statt.
 Das Mandat legitimiert.
 Berlin, den 19. September 1912.
 Der Vorstand,
 Fr. Schuldt, W. Zahl. 8705



**Du hast die Sachen
 wohl erneuert?
 Nein, die sind mit
 Blendax
 gescheuert!**
 Pakete zu 10 u. 20 Pfg
 Fabrik: Urban & Lemm · Charlottenburg

Leineweber

Berlin C
 Hofstraße 34 Köllnischer Fischmarkt 4-5-6 Fischerstraße 1



Die in dem großen
 Ed-Schaufenster
 Köllnischer Fischmarkt 4
 ausgestellten

45 verschiedenen Ulster u. Paletots

im Preise von
25.— m. bis 105.— m.
 bieten das Neueste in Stoffen,
 Fassons und Farben der Saison

**Knaben- und
 Jünglings-Kleidung**
 nur in eigenen Betriebs-Werk-
 stätten hergestellt, ist preiswert
 und unübertroffen in Sitz und
 = solider Verarbeitung =

Große Auswahl □ Gute Passform □ Billige Preise

Billige Angebote
 bestens bewährter und bestsitzender

Berufs-Kleidung

Herkules-Leder-Hosen Allein-Verkauf. Gestreift oder einfarbig, kernig und stark. Beste Arbeit, Bund aus einem Stück, Schwere Taschen M. 4,50

Weißer Kellner-Jackette Vorseilig in Wasche M. 3,65 u. 2,50

Pa blaue Monteur-Jackette Körper od. Drill, luft- u. wasch-echt. Extra lange Jackette. Verri-gelte Taschen M. 2,45

Setzer-Kittel 3.10 2.50 | Maler-Kittel Starker Nessel 2,00

BaerSohn

Berlin — Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerbe und Industrie

Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbe-polizeil. Vorschriften

Haupt-Katalog Nr. 46 (Neueste Moden) postfrei

Jedes Paket von Dr. Gontner's
 Vellohenseltenpulver
Goldperle
 enthält ein reizendes praktisches
 Kosmetik. 2 1/2

Alleiniger Fabrikant auch der so be-
 liebten Seifencreme „Nigrita“:
 Carl Gontner, Göttingen.

Vertretung für Groß-Berlin: 900/12*
 Max Hirsch, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 219. Tel. Neukölln 9250.

Größte Gänse-Ausschlachterei
 im Süden. 465*
 täglich frische Gänse v. 80 Bl.
 Gänsefleisch 90 Bl., Stückenfleisch 70 Bl.,
 Gänsehälften 70 Bl., Ruten 120 Bl.,
 Gänsefett 90 Bl., Nimmst: v. 3 Bl. an.
 Frau W. Schöning, Annenstr. 22.

**100 Speise-
 Zimmer,**
 Herrenzimmer,
 Schlafzimmer,
 ganz feine gebiegene Sachen.
 — sehr billig —
Speiditionsspeicher
 Neue Friedrichstr. 5-8
 alte Kasernen, Hof.

HUMBOLDT-AKADEMIE

Das neue Vorlesungs-Verzeichnis ist erschienen
 und in den Verkaufsbureaus und Buchhandlungen unentgeltlich zu haben. 102/17

Deutsches Fabrikat

SCHOKOLADE

STOLLWERCK

GOLD SILBER

Drei Preislagen

Drei Grössen

KUPFER

Alle drei Marken, gleich rein und nährkräftig, unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Durch Qualität zum Erfolg!

KAKAO

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelfabrik liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen...

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat...

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (vollständig fettgedruckte Worte)...

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr...

Verkäufe.

Herrmanns 6 Wandbildhaus, Bedermanns Kaufgelegenheit...

Wohnungsaussage und Sommerpaletots von 5 Mark...

Zigarrengeschäft umständlicher mit großer Wohnung...

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise...

Wägen, Dreiwagen, fünf Grobmann, Spandauerbrücke 2...

Soldinerstraße 41, freundliche Stube und Küche...

Möbel.

Wohnungsaussage und Sommerpaletots von 5 Mark...

Zentraler für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen...

Möbelverkauf und Möbelhandel, Vorwärtsleiter erhalten Möbel...

Musikinstrumente, Piano, schwarz, wie neu...

Bilder, Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt...

Fahrräder, Herrenfahrrad, Damenfahrrad...

Geschäftsverkäufe.

Eine gutgehende, seit 28 Jahren bestehende Bäckerei...

Möbelhandlung Androsplatz, Trauliche, Möbelfachmann...

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Witkalt...

Kaufgesuche, Jagdgebisse, John bis 1,25 Mark...

Wohnungen, Ein Zimmer, Küche, Bad, 18 Mark...

Arbeitsmarkt, Beschäftigung gesucht, Schriftliche, Kaffieren...

Stellengesuche.

Beschäftigung gesucht, Schriftliche, Kaffieren, Kontrolle...

Stellenangebote, Schriftliche, Lehrling gesucht, Eugen Huber...

Stellengesuche, Beschäftigung gesucht, Schriftliche, Kaffieren...

Stellengesuche, Beschäftigung gesucht, Schriftliche, Kaffieren...

Stellengesuche, Beschäftigung gesucht, Schriftliche, Kaffieren...

Stellengesuche, Beschäftigung gesucht, Schriftliche, Kaffieren...

Stellenangebote.

Schriftliche, Lehrling gesucht, Eugen Huber...

Stellenangebote, Schriftliche, Lehrling gesucht, Eugen Huber...

Stellenangebote, Schriftliche, Lehrling gesucht, Eugen Huber...

Stellenangebote, Schriftliche, Lehrling gesucht, Eugen Huber...

Stellenangebote, Schriftliche, Lehrling gesucht, Eugen Huber...

Stellenangebote, Schriftliche, Lehrling gesucht, Eugen Huber...

Vermietungen.

Ein Zimmer, Küche, Bad, 18 Mark, Koloniestraße 69...

Vermietungen, Ein Zimmer, Küche, Bad, 18 Mark...

Vermietungen, Ein Zimmer, Küche, Bad, 18 Mark...

Vermietungen, Ein Zimmer, Küche, Bad, 18 Mark...

Vermietungen, Ein Zimmer, Küche, Bad, 18 Mark...

Vermietungen, Ein Zimmer, Küche, Bad, 18 Mark...

Verband der Sozialdemokrat. Wahlvereine Berlins und Umgegend. Sonntag, den 22. September: Flugblattverbreitung in Groß-Berlin.

Treffpunkt früh 8 Uhr in den Bezirkslokalen. Zahlreiche Beteiligung, besonders auch der Genossinnen, ist durchaus notwendig. Der Zentralvorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Schmargendorf. Am Sonntag, den 22. September, morgens 1/8 Uhr, vom Wirtshaus Schmargendorf, Barnimänder Str. 6, wichtige Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Schneider in Ahrensfelde eine Agitationsversammlung für die umliegenden Dörfer statt. Unsere Parteigenossen werden ersucht, sich recht zahlreich an dieser Tour zu beteiligen. Gemeinsamer Treffpunkt um 1/8 Uhr am Marktplatz in der Edisonstraße. Fahrt mit der Straßenbahn bis Friedrichsfelde. Abfahrt vom Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde 3 Uhr 20 Minuten bis Ahrensfelde. Referent in dieser Versammlung ist Dr. Rosjes.

Gichwalde-Schmüdow. Sonntag, den 22. d. M., Flugblattverbreitung. Ausgabe der Flugblätter am Sonnabend, den 21. d. M., abends von 8 Uhr ab im Lokal von Witte. Dienstag, den 24. September: Protestversammlung gegen den Fleisch- und Brotwucher. Der Vorstand.

Weißensee. Wegen der am Dienstag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Schloß Weißensee stattfindenden Protestversammlung der Frauen wird am Sonntag früh 8 Uhr von den bekanntesten Stellen aus ein Flugblatt verbreitet. Wir bitten unsere Mitglieder, insbesondere die Frauen, recht zahlreich daran teilzunehmen. Im Interesse der Versammlung fällt der Frauenleseabend in diesem Monat ganz aus. Die Vorstandssitzung ist am Montag. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung begann mit einer Ehrung des so plötzlich dahingegangenen Oberbürgermeisters a. D. Kirchner. In schlichten Worten gedachte der Stadtverordnetenvorsteher Michael der treuen Arbeit, die der nun Verstorbene zum Wohl der Stadt Berlin geleistet hat. Stadtverordneter Cassel fügte im Namen der drei bürgerlichen Fraktionen eine prägnante Nachruf hinzu, der schlecht zu dem aller Phrasen abholden Wesen Kirchners paßte. Für die sozialdemokratische Fraktion widmete Genosse Heiman dem Verstorbenen ehrende Worte. Er wies treffend auch auf hemmende Widerstände hin, die Kirchner außerhalb und auch innerhalb unserer Verwaltung gefunden hat.

Die Sitzung brachte sonst nicht viel des Bemerkenswerten. Ueber den Magistratsantrag, gegen ein Mitglied einer Einkommensteuer-Voreinsparungskommission wegen Nichterfüllung der ehrenamtlichen Pflichten mit Strafmahregeln vorzugehen, wurde — entgegen dem Wunsch — öffentlich verhandelt. Den freisinnigen hielt hier Genosse Fröhlich vor, wie oft bei der Befolgung solcher Posten sozialdemokratische Mitbürger, die zu treuer Pflichterfüllung bereit wären, übergegangen werden. Die freisinnige Mehrheit wehrte sich durch lärmende Kurse, und der Vorsteher unterbrach zweimal den Redner. Aber zu einer Erwiderung fand keiner der Freisinnigen den Mut. Zugestimmt wurde dem Magistratsantrag, jenes Kommissionsmitglied auf drei Jahre der Ausübung des Rechtes auf Teilnahme an der Vertretung und Verwaltung der Gemeinde für verlustig zu erklären und zu den Gemeindeabgaben um ein Viertel stärker heranzuziehen.

Der nationale Koller der Bärensteinpresse. Seitdem die „Deutsche Warte“, die jahrelang mit einer Handvoll Abonnenten mühselig das Hungerleben fristete, in den Besitz eines Bärenstein-Konjunktions übergegangen ist, bläht sie sich wie ein Pfau. In Nationalismus machen und Sozialisten abmurksen — darin scheint sie gleich Blättchen ähnlichen Schlags ihre vornehmste Aufgabe zu erblicken. So etwas findet ja noch immer kein dankbares Publikum. In der gestrigen Nummer verzapft die „Deutsche Warte“ einen Artikel „Der Kampf um die Jugend“, der mit den folgenden schönen Worten beginnt:

„In der Großstadt treiben allerlei dunkle Existenzen ihr Unwesen. Sie dürfen ungestraft ihre verderbliche Maulwurfsarbeit leisten, weil ihnen gelauert ist, auf Rechte zu pochen, die sie längst verwirkt haben durch ihre Verachtung alles dessen, was den Menschen teuer und wert ist, und durch ihren geifernden Haß gegen Ordnung und Recht. Man kann nur voraussetzen, daß bei diesen Leuten geistige Minderwertigkeit vorliegt, denn ein auch nur einigermaßen gesunder Menschenverstand kann nicht so weit in die Irre gehen, kann nicht so verblendet sein, in der Materie politischer Hygiene die heiligsten Güter der Nation mit Füßen zu treten. Gemeingefährliche Geisteskrankheiten haben das Recht, ihre Lehren zu verbreiten und das Gift ihrer querverfälschten Anschauungen dem Volke einzuschütten.“

Es genügt nicht, die großen Kinder, die aus Mangel an Urteilskraft das Geschwätz glauben und sich bemühen, die Weltordnung in Scherben zu schlagen, zu Karren zu machen — nun will man auch die Kleinen vergiften, will ihnen von vornherein den Kopf vernageln und sie geistig knebeln, damit sie zeitweilig Hörige der dunklen Ehrenmänner bleiben, die in breiterster Offensivität den Staat mit seinen Einrichtungen lästern dürfen. Da sieht man und muß mit verchränkten Armen zusehen, wie die Jugendberberber sich mit ihrem traurigen Handwerk brüsten.“

Den ehrenwerten Verfasser dieser für die Unsterblichkeit geschriebenen Geistesblitze, der sich bescheiden bloß mit „M. Sch.“ andeutet, schlagen wir vor als reif für — den roten Adlerorden.

Das Kuratorium des Schlacht- und Viehhofes hielt am Dienstag seine erste Sitzung nach den Ferien mit einer recht reichhaltigen Tagesordnung ab. Die Sitzung war wieder einmal schlecht besucht, sodas dieselbe zeitweise außer dem juristischen Beirat, Protokollführer und dem Direktor sich der Anwesenheit eines Stadtrates und eines Stadtverordneten erfreute. Wenn auch, wie der Vorsitzende richtig feststellte, dieser Mißstand zum Teil daraus zurückzuführen ist, daß Mitglieder des Magistrats und der Stadtverord-

neten zugleich mehreren Verwaltungen, die gleichzeitig tagen, angehören, so ist doch ein großer Teil der Schuld darin zu suchen, daß ein Kuratorium einer so umfangreichen und wichtigen Verwaltung wie die des Schlacht- und Viehhofes so klein ist, daß seit Jahren von sozialdemokratischer Seite ihre Vergrößerung für notwendig erachtet wurde. Sie besteht heute noch aus 6 Stadtverordneten, drei Stadträten und 2 Bürgerdeputierten. Jetzt soll endlich versucht werden, das Kuratorium um einen Stadtrat und 2 Stadtverordnete zu vergrößern. Zeit wird es! — Für Verhandlung kamen erst eine Reihe Anträge, die der Verband der Gemeindearbeiter namens der Arbeiter gestellt hat. Dem Wunsch der Frauen (Bodenarbeiterinnen) nach einem Umkleeraum wurde entsprochen, indem ihnen das Aufseherzimmer im Kinderstall Nr. 3 zugesprochen wurde. Das von städtischen Arbeitern ausgeführte Mangieren der Eisenbahnwagen für die Schlächter soll beibehalten werden, da das nicht als Privatarbeit anzusehen sei, sondern im Interesse einer regulären Abfertigung, zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sei. Ein Antrag, die Vertretung der Nachwächter in der Zeit vom 1. zum 2. Feiertag voll zu bezahlen, wie an den übrigen Stellen, wurde wegen Herbeischaffung des Materials bis zur nächsten Sitzung vertagt. Ebenso wurde die Frage der Schaffung einer besonderen Kohlenkolonne nicht zu Ende behandelt, weil die Aktien, nach welchen der Antrag aus Gründen der Unmöglichkeit schon einmal abgelehnt war, nicht zur Stelle waren. Der Antrag der Boden- und Mehrschichtarbeiter, einen Aufschlag von 35 Pf. für schwere Arbeiten zu zahlen, wurde abgelehnt, weil es sonst überhaupt schließlich nur noch schwere Arbeit auf dem Schlacht- und Viehhof gäbe. Die Arbeiter, welche bei der verhängnisvollen Desinfizierung der Vieheisenbahnwagen beschäftigt sind, verlangen Schutzbrillen und Schuhbeschütze für ihre Arbeit. Das Kuratorium beschloß, die Schutzbrillen bei dieser Arbeit obligatorisch einzuführen, dagegen die Gummihandschuhe auf Wunsch zu verabfolgen. Nachdem dem Schlachthofinspektor das Gehalt um ein Beträchtliches erhöht wurde — er ist 31 Jahre im Dienste —, war die Gehaltsaufhöhung und die übrigen Besenden wurden auf die allgemeine Erhöhung vertagt. Offentlich erleben sie es. Auch eine Reihe anderer Wünsche der Stenotypen und Hilfsstempel fielen unter den Tisch. Nur der Polizeischlächter war so glücklich, noch 200 M. Entschädigung für besondere Anzeigen zu erwirken. Nachdem noch dem Magistrat ein neuer Bakteriologe für die Fleischschau vorgeschlagen war, wurde einer Reihe von Unterstützungsgebeten (Nubegebühren) zugestimmt.

Eine erschütternde Tragödie spielte sich Mittwochnachmittag in Reutlingen ab. In der Juddstraße 59 ging die 36 Jahre alte Arbeiterfrau Ida Tante, geb. Medeburg, mit ihrem 9 Jahre alten Sohn Fritz freiwillig in den Tod. Die Frau lebte mit ihrem Manne in der glücklichsten Ehe. Nur eins trübte mehr und mehr das Glück des Paares: Der einzige Sohn war schon seit seinem dritten Lebensjahr herzkrank, und das Leiden steigerte sich von Jahr zu Jahr, obwohl die Eltern alles aufwandten, um dem Kleinen Heilung oder wenigstens Linderung zu verschaffen. Die Verschlimmerung des Zustandes machte die Mutter nach und nach so nervös, daß sie schon wiederholt Selbstmordgedanken äußerte. Sie äußerte auch, daß sie dann ihr krankes Kind in den Tod mitnehmen würde. Ihr Mann und die Nachbarn glaubten aber nicht, daß es zum Schlimmsten kommen werde, weil sie sich nach vorübergehender Erregung doch immer wieder beruhigte. Mittwoch jedoch geschah plötzlich das Schreckliche. Als Tante von der Arbeit heimkehrte, fand er die Wohnräume leer und die Küchentür verschlossen. Niemand antwortete auf sein Klopfen. Nichts Gutes ahnend erbrach er die Tür und sah in dem mit Gas angefüllten Raume Frau und Sohn tot daliegen. Die unglückliche Frau hatte alle Tür- und Fensterriegeln mit Tüchern verstopft und dann den Gashahn aufgedreht, um mit ihrem Sohne den Tod zu erwarten. Die Feuerwehr, die gerufen wurde, machte noch Wiederbelebungsversuche, die jedoch bei beiden erfolglos blieben. Nachdem ein Arzt den Tod festgestellt hatte, wurden die Leichen von der Polizei beschlagnahmt.

Telephonanruf für Autos. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Es hat sich unter dem Namen Ida (Auto-Droschken-Anruf) eine Gesellschaft gebildet, welche die telephonische Bestellung von Kraftdroschken vermittelt. Da diese Einrichtung im öffentlichen Interesse liegt, ist der Gesellschaft polizeilich gestattet worden, Plakate mit einem darauf bezüglichen Hinweis in den Straßendroschken aushängen zu lassen. Die Droschkenbesitzer werden mit Rücksicht darauf, daß diese Vermittelung auch für sie vorteilhaft ist, ersucht, den Aushang der Plakate in ihren Fahrzeugen zuzulassen.

Gerüchte von der Ermordung einer Lebedame wurden am Mittwoch von einem Berliner Wochenblättchen verbreitet. Frau Frau v. Sander, eine Bewohnerin des Hauses Martin-Luther-Straße 46, sollte als Leiche in ihrem Bett aufgefunden worden sein, während der Mörder, ein Liebhaber der angeblich Ermordeten, ein Ingenieur, die Flucht ergriffen haben sollte. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitzuteilen in der Lage ist, ist an der Geschichte kein wahres Wort. Die „Ermordete“ befindet sich wohl und munter in ihrer Wohnung und der fragliche Ingenieur noch wie vor in seiner Stellung.

Aus dem Bereiche der Eisenbahnverwaltung wird uns mitgeteilt: Als wir am Sonntag, den 15. September, auf dem Bahnhof Alexanderplatz in den Zug Nr. 247, welcher 6.42 Minuten nach Dahmsdorf-Müncheberg fährt, einsteigen wollten, war zu unserer Ueberraschung ein Schild angebracht, welches besagte: „Reisende mit Sonntagskarten dürfen mit diesem Zuge nicht mitfahren!“ Da Zug Nr. 247 ein Vorzug ist, wozu die Sonntagskarten nur Gältigkeit haben, so wandten wir uns an den diensttuenden Stationsvorsteher. Dieser erklärte: „Mit diesem Zug dürfen Sie mit der Sonntagskarte nicht fahren, sondern mit dem nächsten, der kommt sechs Minuten später!“ Der Stationsvorsteher wurde dann noch von verschiedenen Seiten gefragt und hat immer auf das Schild hingewiesen. Wir warteten nun bis 6.48 Minuten und stiegen in diesen Zug ein. Auf Station Schleißer Bahnhof wurde der Zug revidiert und angeordnet, daß wir zirka 30 bis 40 Personen aussteigen müssen, trotzdem der Zug halb leer war. Der Stationsvorsteher erklärte uns gutmütig, gefälligst noch eine Stunde zu warten, dann käme der nächste Zug, mit dem wir fahren könnten. Wir verlangten das Besondere. Es erfolgte prompt die Antwort, daß es Gott sei Dank abgelaufen sei, wir sollten unsere Beschwerde einreichen. Wir erheben aber diese Beschwerde öffentlich, damit die Eisenbahnbehörden in die Lage kommen, sich öffentlich zu diesem Vorfall zu äußern und daß dafür Sorge getroffen wird, daß derartige Vorkommnisse sich nicht wiederholen.

Mysteriöser Tod eines Berliner Archäologen.

Am Dienstag der vergangenen Woche wurde in dem in der Nähe von Posen gelegenen Unterberger Walde die Leiche des Assistenten am hiesigen Kaiser-Friedrich-Museum Dr. Erich Blume aus Steglitz bei Berlin erschossen aufgefunden. Die Anzeige von dem mysteriösen Todesfall hatte die Gattin des Erschossenen selbst erstattet. Sie erzählte folgendes:

Da ihr Mann zum 1. Oktober nach Hannover versetzt war, habe sie mit ihm an jenem Dienstag einige Abschiedsbesuche gemacht. Sie hätten abends um 8 Uhr nach Erledigung der Besuche von der Station Unterberg nach Posen mit der Bahn zurückkehren wollen, und hätten, da sie eine Stunde zu früh zur Bahn kämen, einen kurzen Spaziergang in den nahegelegenen Wald unternommen. Dort hätten sie sich schließlich auf eine Bank gesetzt, wo Frau Dr. Blume plötzlich ein verdauliches Nuscheln hörte. Sie mochte ihren Mann darauf aufmerksam, dieser erwiderte aber, sie solle keine Angst haben, da er einen Revolver bei sich führe. Dr. Blume habe bei dieser Gelegenheit einen Pulldogrevolver aus der Tasche gezogen und plötzlich sei dann die Waffe losgegangen. Frau Dr.

Blume eilte in ihrer Bestürzung, als sie ihren Mann schwer verletzt zu Boden sinken sah, in das Restaurant Unterberg, um ärztliche Hilfe herbeirufen zu lassen. Als ein Arzt an Ort und Stelle eintraf, war Dr. Blume bereits tot. Die Kugel war, wie die Besichtigung ergab, vom Rinn aus durch das Gehirn an die Schädeldecke eingedrungen, wo sie sich breit schlug.

Die Staatsanwaltschaft leitete sofort eine Untersuchung ein und schenkte den Ausführungen der Frau Dr. Blume, daß es sich um einen Unglücksfall gehandelt habe, Glauben. Die Leiche wurde daraufhin freigegeben und ist inzwischen in Steglitz bei Berlin beigesetzt worden. Es wurden aber Gerüchte laut, nach denen die Gattin des Blume eine gewisse Schuld an dem Tode zugesprochen wird, so daß die Staatsanwaltschaft die Verhaftung der Frau Blume anordnete.

Ein aufregender Unglücksfall trug sich Mittwochnachmittag in der Landsberger Allee zu. Als vor dem Hause Nr. 77 eine Greisin mit einem kleinen Knaben an der Hand den Fahrdamm überschreiten wollte, kam in schneller Fahrt ein Schlächterwagen daher, rief sie um, ging über sie hinweg und verletzte sie so schwer, daß sie benimmungslos liegen blieb. Die entsetzten Zeugen des Unglücks glaubten, daß auch der Kleine ihm zum Opfer gefallen sei. Aber der Knabe war nicht unter den Wagen geraten und war ganz unversehrt davongekommen. Die schwerverletzte Greisin, die einen Bruch des rechten Oberarmes erlitt, wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie benimmungslos daniederliegt. Wie im Krankenhaus festgestellt wurde, hat sie sich auch innere Verletzungen zugezogen.

Protest gegen ungehörige Kintoppvorstellungen. Daß in weiten Kreisen der Bevölkerung oft ein recht gesundes Empfinden gegen Kintoppvorstellungen vorhanden ist, die einen verwerflichen Eindruck hinterlassen, konnte man dieser Tage in einem Kinematographentheater in der Müllerstraße beobachten. Der Film produzierte einen Vorgang in Frankreich. Diese rohe Boxerei fand aber keineswegs den Beifall des Publikums; die Zuhörer murrtun bereits bei Beginn und beim dritten Wiede war die Empörung so stark, daß der Besitzer mit der weiteren Vorführung des Films schleunigst aufhören mußte. Ein recht gesunder Protest gegen verwerfende Vorführungen!

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde vorgestern nachmittag ein Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt feststeht. Er brach vor dem Hause Blumeshof 9 plötzlich zusammen und wurde bewußtlos nach dem nahegelegenen Elisabethkrankenhaus gebracht. Als man dort mit ihm ankam, war er schon tot. Der Verstorbene scheint nach den bisherigen Ermittlungen ein Dr. med. R. Wredow aus Königsberg i. Pr. zu sein.

Auf vorsätzliche Brandstiftung wird ein Riesenbrand zurückgeführt, der in der Nacht zum Donnerstag auf den Holz- und Rümpflagen an der Ecke der Heideberger- und Brodenstraße nahe der Krepotener-Straße zum Ausbruch kam und die Reußföhrer Feuerweh 9 Stunden lang beschäftigte. Uns wird darüber berichtet: Um 12 Uhr nachts kam auf dem großen Lagerplatz von Gräger u. Gümme Feuer aus, das in ganz kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung erlangte. Als die Reußföhrer Wehr um 12 1/2 Uhr mit zwei Löschzügen an der Brandstelle erschien, brannte der Holzplatz schon ringsherum an verschiedenen Stellen. Hier stand ein Stapel Bretter und dort ein Stapel Rundhölzer, hier Latzen und dort Leitern usw. in Flammen. Diese müssen an mehreren Stellen gleichzeitig aufgefunden sein, denn die Stapel, die schon bei Ankunft der Feuerwehr brannten, waren räumlich von einander getrennt, so daß mehrere Brandherde vorhanden waren. Die Feuerwehr mußte stundenlang mit zehn Schlauchleitungen von Dampfwehren und Hydranten Wasser geben, um ein Ueberspringen der Flammen auf die angrenzenden Lagerplätze zu verhindern. Erst nach 9 Uhr konnte sie wieder abrücken. Während des Brandes war besonders von 12 bis 1 Uhr die dortige Gegend taghell beleuchtet. Eine große Menschenmenge sah den Löscharbeiten zu.

Dem Handwagen gestohlen wurden gestern einem Hausdiener der Firma Artur Wolf, Poststr. 7, ein brauner Karton mit unversehrten Kisten im Werte von 400 M. Der Diebstahl passierte vor dem Hause Straßburger Str. 37, wo der Hausdiener Waren abliefern sollte und den Wagen während dieser Zeit unbeaufsichtigt ließ. Die Kisten sind alle mit einem Zeichen versehen, und zwar die Stumpfsche mit einem blauen W und die Rardersche mit einem am Kopfe eingetragenen W. Da der Hausdiener für den entstandenen Schaden aufzukommen hat, ersucht er uns, vor dem Kauf der Kisten zu warnen und das Publikum um zweckdienliche Angaben zur Wiedererlangung der gestohlenen Kiste zu bitten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch wurden, nachdem der Vorsteher dem so schnell hingeshiedenen Martin Kirchner Worte wärmster Hochachtung gezollt, die ersten Punkte der Tagesordnung: betr. Polizeikosten für das Schiffermuseum, Annahme einer Schenkung usw., ohne Debatte angenommen. Bei dem Punkt Statübertretungen bei der Stadtkapitalse für 1911 gaben lebhaft Klagen über die Qualität des Gases Anlaß zu längeren Erörterungen, wobei das älteste Mitglied der Versammlung, der schon 33 Jahre der Gasdeputation angehörende Stadtverordnete Dr. Frank den Schilderungen des Dezerenten von dem glänzenden finanziellen Ergebnis der Gaswerke im letzten Jahr, erwiderte, es sei ja sehr schön, wenn die Stadt aus den Gaswerken einen Ertrag von zirka 5 Millionen M. im letzten Jahre erzielt habe, aber ebenso schön wäre es gewesen, wenn die Konsumenten besseres und billigeres Gas erhalten hätten. Sowohl der Heizwert des Gases, die Wärmeeinheiten wie die Leuchtkraft seien zurückgegangen, letztere durchschnittlich von 16 bis 17 Fernerkerzen auf 9 bis 10. Man hätte nicht immer nur den kaufmännischen Standpunkt festhalten sollen. Diese Ausführungen wurden wohl vom Dezerenten und einigen Mitgliedern der Gasdeputation beklämpft, von anderen aber lebhaft unterstützt und sie fanden den Beifall unserer Fraktion. Eine Vorlage, betreffend die dringend nötige gärtnerische Umgestaltung des iden Terrains vor dem neu errichteten Leichentranke auf Westend wurde trotz des Widerspruches einiger Liberalen ohne Ausschüßberatung angenommen. Eine Vorlage betreffend die Erhöhung der an die Stadt Berlin für die Entwässerung des an das Radialsystem VII der Stadt Berlin angefallenen Charlottenburger ehemaligen 18. Stadtbezirks zu zahlenden Kontributionsbeiträge, erklärte der Berichterstatter Dr. Frenzel für so kompliziert, daß er nicht glaube, daß er diese Angelegenheit, deren Akten bis zum Jahre 1880 zurückgingen, in dieser Sitzung zu klären imstande sei, und die er deshalb ersuchte, einer Deputation zu überweisen, in die von unserer Seite die Genossen Gebert, Scharnberg und Stolh gewählt wurden.

Schöneberg.

Die Frage der Wohnungsinspektion soll nun endlich auch in Schöneberg der Verwirklichung entgegengeführt werden. Die Stadt soll in Bezirkswohnungsämtern verlegt und besonderen Wohnungsinspektoren zugehört werden, die jedem Mieter kleiner Wohnungen unentgeltlich zu beraten berufen sind. Das städtische Amt wird beauftragt, die Zahl der aus zwei und einer Stube bestehenden Wohnungen festzustellen und das Arbeitsamt soll die unentgeltliche Vermittlung der leerstehenden kleinen Wohnungen übernehmen. Eine Wohnungszeitung, die gleichfalls unentgeltlich herausgegeben wird und in Geschäftslokalen ausliegen wird, soll

